

elam

D 2835 E

MAGAZIN FÜR
JUNGE LEUTE

6 Frankfurt / M. 1 September 9 / 70
1,— DM

Bundeswehr:

**Die
geheime
Giftgas-
Bewaffnung**

Modediktatur:

**Protest der
Mini-
Mädchen**



**Science
Fiction**
ZUKUNFT DES GESTERN?

HERAUSGEBER

Pfarrer Willi Heintzeler / Bernhard Jendrejewski / Rolf Jürgen Priemer / Karl Hubert Reichel / Karl Heinz Schröder / Pastor Horst Stuckmann / Werner Weismantel

CHEFREDAKTEUR

Ulrich Sander

STELLV. CHEFREDAKTEUR

Hans-Jörg Hennecke, Dortmund (verantwortlich)

GESTALTUNG

Jerken Diederich

REDAKTION

46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAG

Weltkreisverlags GmbH,
6104 Jugenheim a. d. B.
Alsbacher Straße 65

DORTMUNDER BÜRO

46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAGSGESCHÄFTSFÜHRER

Werner Maletz

PREIS INLAND

Einzelpreis DM 1,— einschl.
Mehrwertsteuer / Jahresabonne-
ment DM 13,— einschl. Zustell-
gebühr

KONTEN

Weltkreisverlag
Deutsche Bank Darmstadt /
Kto.-Nr. 290 221
Postscheckkto. Frankfurt/M.
Kto.-Nr. 2032 90

Druck:
Hosch GmbH.,
Frankfurt/M.



PFUNDS SACHEN

DKP (B)

Die diffamierende Unterstellung, die DKP führe den Kampf um bayerische Seeufer ausgerechnet mit preußischen Hilfstruppen, entspricht natürlich völlig der Methode von Strauß, an primitive nationalistische Instinkte zu appellieren. Nun können aber alle Teilnehmer der Aktion am 11. 7. bezeugen, daß sie echt bayerischen Charakter hatte: Erstens waren die Tragschilder in den Farben Weiß und Blau gehalten, zweitens war es die bayerische Verfassung, deren Artikel 141 die Rechtsgrundlage abgab, und drittens überwog bei den Sprechchören eindeutig der bayerische Dialekt.

„Unsere Zeit“, bayerische Ausgabe vom 8. 8. 1970, gegen die Vorwürfe der CSU hinsichtlich einer Teilnehmerschaft von Kommunisten aus NRW und Westberlin an den Seeufer-Aktionen (siehe elan 8/70).

20 Jahre Deutsch

Der Bayerische Landtag hat seinen Beschluß vom 17. April 1950, wonach an den bayerischen Volksschulen auch die „deutsche Schrift“ zu erlernen ist, mit Beschluß vom 18. März 1970 aufgehoben.

Bildungspolitischer Dienst
25. Mai 1970

Neusprachliches

Menschewiki, das sind die Menschlichen, denn Menschewiki kommt von Menschlichkeit. Bolschewiki, das waren die Unmenschlichen, denn Bolschewiki heißt Bollwerk gegen den Westen. Die Deutschlehrerin D. des Neusprachlichen Gymnasiums Köln-Deutz, lt. „UZ“, 4. Juli 1970.

Strauß †

Ein gewisser Franz Josef Strauß starb in einem Altersheim des Staates Ohio an der Saufleber. Antwort der Petra Müller (18) aus Berlin (DDR) in einer Umfrage der „Jungen Welt“ über mögliche Zeitungsmeldungen vom 6. 1. 2000.

DKP wieder. Auch Jungsozialisten hatten sich in die rote Front eingereiht und „Antiautoritäre“ zeigten unter Hammer und Sichel Disziplin . . .

Für die Rechte bedeutete Kassel das, was für die Linke einmal die Ostermärsche oder die Antinotstandskampagne waren: der lange gesuchte Anlaß, sich zu formieren.

„Deutscher Studenten-Anzeiger“, Juli 1970.

Deutscher Affe

Mit dem 18-Tage-Flug von Sojus 9 wird eine luft- und raumfahrtmedizinische Versuchsperiode zu einem gewissen Abschluß gebracht, die 1948 mit dem Flug eines Affen in der Spitze einer in Deutschland erbeuteten V 2 begonnen hatte.

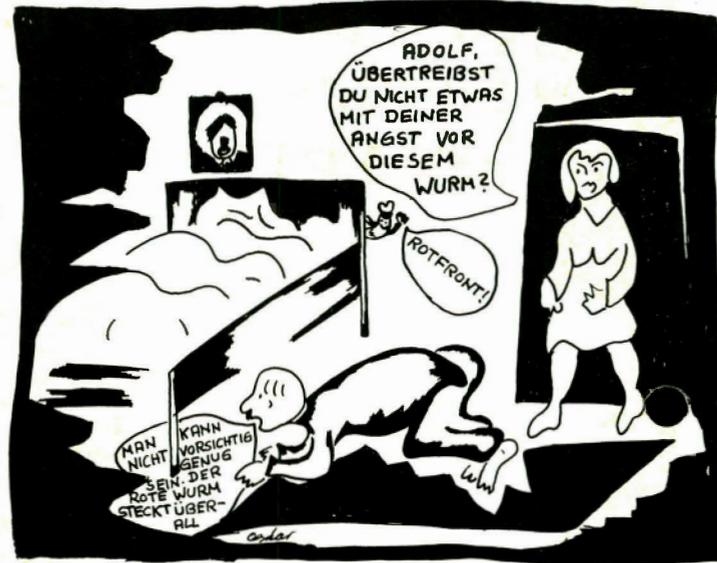
„Die Welt“, 22. 6. 1970

Kassel: Neuer Ostermarsch

Ein SBZ-Flüchtling erkannte zwei FDJ-Funktionäre seiner Heimatstadt in Zivil unter den Fahnen der

Agitpropwurm Willi

Zeichnung: H. Gölzenleuchter



Lieber Leser,



Am 15. Mai 1922 notierte Lenin: „Eine wirkliche Gleichberechtigung der beiden Eigentumssysteme, wenigstens als vorläufiger Zustand, solange nicht die ganze Welt vom Privateigentum und dem ökonomischen Chaos und den Kriegen, die es erzeugt, zur höheren Form des Eigentums übergegangen ist, findet sich nur im Vertrag von Rapallo.“ Dort hatten wenige Wochen zuvor die Vertreter der „beiden Eigentumssysteme“, des kapitalistischen Deutschland und des sozialistischen Sowjetrußland, einen Vertrag abgeschlossen, mit dem diplomatische Beziehungen hergestellt und der beiderseitige Verzicht auf Kriegsschädigungen sowie der Verzicht auf Rückgabe sozialisierter sowjetischer Betriebe an ehemalige deutsche Besitzer vereinbart wurden. Lenin, der Begründer des Prinzips der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, bewertete den Vertrag sehr hoch, weil durch ihn einerseits die Kapitalisten gewonnen wurden, die durch die sozialistische Revolution geschaffenen Realitäten anzuerkennen und andererseits das arbeitende Volk die Möglichkeit erhielt, den Frieden sicherer zu machen und auf dem Weg zur „höheren Form des Eigentums“, zum Sozialismus, voranzuschreiten. Der Vertrag konnte als Waffe genutzt werden gegen jene aggressivsten Kräfte des Kapitals, die mit kriegerischen Mitteln geschichtliche Tatbestände beseitigen wollten.

Doch der „Geist von Rapallo“ schwand, die reaktionärsten Kräfte setzten sich in Deutschland durch – sie besicherten den Deutschen, den Russen und den anderen Völkern Faschismus und Krieg. 55 Millionen Tote – darunter 6,5 Millionen deutsche und 20 Millionen sowjetische – waren das Ergebnis.

Am 12. August 1970 hat nun das kapitalistische Westdeutschland mit der sozialistischen Sowjetunion einen neuen Vertrag abgeschlossen. Nachdem die herrschenden Kreise der Bundesrepublik über 20 Jahre nur ein Ziel kannten: die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu ihren Gunsten zu verändern, so mußte das kapitalistische Westdeutsch-

land in diesem Vertrag erstmals erklären, daß es von der in Europa bestehenden „wirklichen Lage“ ausgehe, „keine Gebietsansprüche gegen irgend jemand“ habe „und solche in Zukunft auch nicht erheben“ werde und „heute und künftig die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich“ betrachte. Ein ganzes aggressives Programm des deutschen Imperialismus wurde so von einem Teil seiner Vertreter öffentlich zurückgezogen. Ein großer Sieg für die Kräfte des Friedens – für die Ostermarschierer, die dafür jahrelang demonstrierten, für die zahllosen Demokraten, die für den Gedanken des Friedens mit der Sowjetunion jahrelang beschimpft wurden, für die Kommunisten, die eingesperrt wurden, weil sie das forderten, was jetzt unterzeichnet wurde, für die Jugendorganisationen, die „Ostkontakte“ pflegten und für die Anerkennung der Grenzen eintraten. Sie alle haben am 12. August 1970 einen Sieg erfochten.

Der Vertrag wurde möglich, weil die Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik die Entspannung in Europa und den Frieden mit den sozialistischen Ländern wünscht. Die SPD/FDP-Regierung kam diesen Wünschen der Menschen entgegen, was Springers „Welt“ zu der Klage veranlaßte, daß sich der Stil des Regierens in der Bundesrepublik „immer stärker plebiszitär verfärbt“. (plebiszitär = durch Volksbeschluß)

Doch die Schlacht für den Vertrag ist noch nicht geschlagen. Der Vertrag ist noch nicht ratifiziert, d.h. durch Beschluß des Parlaments völkerrechtlich verbindlich gemacht worden. Gegen die Ratifizierung des Vertrages haben sich die reaktionärsten Kräfte verbündet, die das Scheitern ihrer Politik nicht eingestehen wollen und noch immer davon träumen, Teile Polens und die DDR zu „befreien“, d.h. ihnen die Segnungen des Kapitalismus zu bringen. Die Strauß, Thadden, Barzel, Guttenberg, Kiesinger und Springer haben immer noch nicht jene Pläne aufgegeben, die nur mit Krieg zu verwirklichen sind. Ihnen muß jetzt Einhalt geboten werden.

Der Vertrag darf nicht die Angelegenheit einiger Politiker bleiben. Wenn die Bevölkerung ihn zu ihrer eigenen Sache macht, wenn sie die Ratifizierung des Vertrages erzwingt und im Geiste des Moskauer Vertrages handelt, um den „internationalen Frieden aufrechtzuerhalten und die Entspannung zu erreichen“ (Vertrag Artikel 1), dann werden die Strauß-Brothers geschlagen.

Zwanzig Jahre lang wurden mit der Hetze gegen die Sowjetunion Milliardenausgaben für eine sinnlose Rüstung begründet. Ein Teil jener Politiker, die Antikommunismus und Antisowjetismus zur Perfektion getrieben hatten, mußte jetzt öffentlich eingestehen: Die Russen kommen nicht. Zwingen wir sie jetzt dazu, auch die Sinnlosigkeit ihrer Rüstung und ihres Antikommunismus einzugestehen. Und danach zu handeln. Z.B. durch Abrüstung und Aufhebung des KPD-Verbots.

Herzlichst

Ulrich Finckh

INHALT

Zukunft

Science Fiction:

Die Zukunft des Gestern	3
Arno Ploogs Fiction	6

Aus der Welt des

Kapitalismus

Peter Schütt:

Kurzmeldungen	9
Krupp-Report	10

Mini oder Maxi

Protest gegen Modediktatur	17
----------------------------	----

Lehrlinge in Aktion

Neue Tariferfolge der

Gewerkschaften	14
Beweise in Zahlen	15
Goldene Handwerkerworte	15
Verstöße gegen	
Jugendarbeitsschutz	16

Jugendpolitische Blätter

Über Internationalismus

und Friedenskampf –

Interview mit

Rolf Priemer (SDAJ)	19
---------------------	----

Strauß und Guttenberg

Was heißt Freiheit und

Selbstbestimmung?	28
-------------------	----

Bundeswehr

Die geheime B- und

C-Rüstung	32
-----------	----

Neues von Soldat 70	34
---------------------	----

Bert Holt: Gegendarstellung	35
-----------------------------	----

Witze

18

elan-Monatsmagazin

23

Polit-Poster

31

Leserpost

36

FOTOS: Manfred Silberzahn, Gangolf Dörr, dpa, ap, Klaus Rose, Bundeswehr, Manfred Scholz.

TITELBILD: Jerken Diederich.



SCIENCE FICTION

Zukunft
des
Gestern?

von
Reinhard
Merker

Weltconvent der Science Fiction-Anhänger

Für Ende August war nach Heidelberg der Weltconvent der Science Fiction-Anhänger einberufen worden. Er wurde organisiert vom Science Fiction Club Deutschland, der etwa 250 Mitglieder umfaßt. Man erwartete etwa 600 Besucher, vornehmlich aus westlichen Ländern: BRD, USA, England, Frankreich. Das sind sicherlich keine aufsehenerregenden Zahlen, und man möchte fragen, warum eigentlich dieses Thema zur Sprache gebracht wird.

Bevor man aber die Science Fiction (kurz SF genannt) als bedeutungslos abstempelt, sollte man zur Kenntnis nehmen, daß in der BRD wöchentlich weit mehr als 200 000 Hefte der SF-Serie „Perry Rhodan“ verkauft werden; daß Erich von Dänikens als Sachbuch verkleidete SF-Romane „Erinnerungen an die Zukunft“ monatlang die Bestsellerlisten anführten; daß in Film und Popmusik unverkennbar SF-Elemente Einzug halten. In den angloamerikanischen Ländern beginnt die SF sogar den herkömmlichen Krimi zu verdrängen!

Was ist Science Fiction?

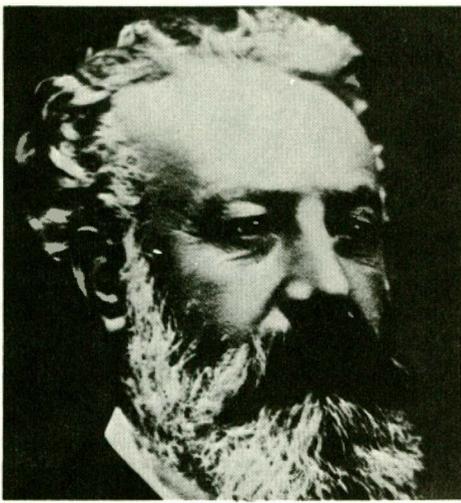
Science Fiction, das heißt frei übersetzt: ‚Literatur, die sich mit den gesellschaftlichen Auswirkungen der Wissenschaft beschäftigt‘. Jeder wird zugeben, daß Wissenschaft und Technik für die Zukunft enorme Bedeutung haben. Andererseits leuchtet ebenfalls ein, daß Wissenschaft und Technik im Dienste des Kapitalismus eine schlimme Drohung bedeuten: Atomenergie steht im Dienste der imperialistischen Drohung, Computer führen zu Massenentlassungen von Arbeiter, psychologische Erkenntnisse werden zur Verdummung der Massen eingesetzt. Im Kapitalismus gehören die wissenschaftlichen Erkenntnisse dem Meistbietenden, nämlich dem Kapitalisten, und daß der in seinem Ausbeutungsstreben keine humanistischen Ziele verfolgt, dürfte klar sein.

Die SF nun hütet sich geflissentlich, gesellschaftskritische Analysen dieser Art zu treiben. In vielen Romanen ist nicht vom Konzernherrn die Rede, sondern allein vom bösen Wissenschaftler, ob er nun Frankenstein, Dr. Mabuse, Fu Man Chu oder sonstwie heißt. Hier wird der Wissenschaftler und zugleich auch die Wissenschaft verteuftelt, obwohl wissenschaftliche Erkenntnisse erst dann schlimme Folgen haben, wenn sie von profitgierigen Mächten mißbraucht werden. Nicht der Wissenschaftler trifft heute die Wahl zwischen gut und böse, sondern eben jene machtvollen Kreise, die die Wissenschaft aufkaufen!

Wissenschaft im Dienst des Faschismus

Jules Verne, einer der Großväter der SF, ersann in seinen Romanen ein mechanisches Spielzeug nach dem anderen und schilderte, wie sich wohlhabende Dandys damit die Zeit vertrieben. Für eine existierte die Problematik der Wissenschaft noch gar nicht. Dieser bürgerliche Unterhaltungsschriftsteller des 19. Jahrhunderts sah alles Mögliche voraus, nur das Wichtigste nicht: daß die Wissenschaft für die bislang ausgebeuteten Massen die Möglichkeit bedeutet, Unterdrückung, Ausbeutung und Entfremdung zu überwinden – daß andererseits aber auch die Wissenschaft im Dienste des Kapitalismus eine Verschärfung von Unterdrückung, Ausbeutung und Entfremdung mit sich bringt.

In den 20er Jahren begann in den USA unter der Schirmherrschaft des deutsch-amerikanischen Ingenieurs Hugo Gernsback (dem übrigens die Wortschöpfung ‚Science Fiction‘ zugesprochen wird) eine Entwicklung, die u.a. zu Serien wie „Perry Rhodan“ führte. Damals begann man, SF im heutigen Sinne zu schreiben, und es fing damit an, daß man die Wissenschaft im Dienste des Faschismus glorifizierte: Mutige Weltraum-Ingenieure stießen bei ihren Kreuzfahrten auf bössartige Außerirdische und erfanden blitzschnell neuartige Waffen, mit denen dieses lebensunwerte Leben ausgelöscht werden konnte. Besonders



Jules Verne: Der SF-Großvater mit dem Spitzzeug für wohlhabende Dandys.

Plan-Leser schreiben:

Presseschau vom Freitag, dem 3. September 2000

Für Perry-Rhodan-Fans ist klar: Das Jahr 2000 wird erfüllt sein von Kriegen in kosmischem Ausmaß. Perry steht als der neue Führer an der Spitze.

Was wird das Jahr 2000 bringen? Wovon wird die Zukunft bestimmt? Was müssen wir tun?

Fragen von heute, auf die die Science-Fiction-Autoren im Geiste des Gestern für morgen Antwort geben wollen. Wer gibt ihnen das Recht dazu?

Wir meinen: Schluß mit der Alleinvertretung der Zukunft durch die Meinungsmanipulateure! Schreibe sich jeder seine Science Fiction selber!

Lieber Leser, teilt uns mit, was Ihr von der Zukunft erwartet. Schreibt uns, wie nach Eurer Meinung die wichtigsten Zeitungsmeldungen vom Freitag, dem 3. September 2000 lauten könnten.

Die besten Einsendungen werden veröffentlicht und mit Büchern und Schallplatten prämiert. Schreibt die Nachrichten von morgen!

bschreckende Beispiele stellen in dieser Hinsicht die Romane des Gernsbackingers John W. Campbell dar („Kosmische Kreuzfahrt“, „Der unglaubliche Planet“), der übrigens ein eigenes großes F-Magazin herausgibt.

viel weiter hat sich die SF bis heute nicht entwickelt. Die Wissenschaft im Dienst einer bewaffneten Raumfahrt – so lautet die Devise. Die Möglichkeiten der Wissenschaft, eine glückliche und zufriedene Erdesellschaft zu schaffen, werden fast nie gesehen. Vorrangig bleibt das Thema des brutigen Kampfes, der Eroberung. In den meisten Fällen werden die Erdmenschchen, die ‚Terraner‘, als die überragende Rasse bezeichnet, die in die Milchstraße hinauszieht, einen teuflischen Feind nach dem anderen besiegt und versklavt – und stets auf der Erde den Notstand aufrechterhält, um weiter erobern zu können. Ein ganz markantes Beispiel ist die „Perry Rhodan“-Serie, die mittlerweile fast 500 Bände erreicht hat.

Bislang heckte das bundesdeutsche Autorenteam (das bisher insgesamt sieben verschiedene Autoren unter der Leitung von K.H. Scheer und Clark Darlton umfaßte) für jeden 50. Band der Serie einen neuen Hauptfeind Terras aus, nur damit die Soldaten unter der Führung Rhodans im Kampfanzug bleiben müssen. Feinde werden erfunden, damit die faschistische, militaristische Grundkonzeption bestehen bleibt! Und dann werden die erfundenen Feinde auch gleich so zurechtgemacht, daß man sie halt umbringen oder ausbeuten muß, weil sie gar so minderwertig sind. Die Problematik der Wissenschaft wird in der „Perry Rhodan“-Serie ausgeklammert; die Autoren erfinden bestenfalls pseudowissenschaftliche Ausdrücke, wenn es um eine neue, phantastische Waffe geht. Und, wie gesagt, auf viel höherem Niveau steht der größte Teil der anderen SF auch nicht. Weltraumfahrt um jeden Preis und Eroberung fremder Planeten ist das Hauptthema.

Man drängt ins All hinaus, fliegt Lichtjahre weit – aber die irdische Welt bleibt unverändert. Die bösen Feinde draußen im Weltall rechtfertigen den ‚terranischen‘ Faschismus, sie zwingen zum permanenten Notstand, sie bringen die Verewigung des kapitalistischen Militarismus, sie garantieren die Zukunft des Gestern.

Die Erlöser aus der Milchstraße

Allerdings zieht sich eine deutliche Trennlinie durch die SF: Neben den überaus zahlreichen Romanen die die oben beschriebenen Motive enthalten, finden sich immer noch viele andere, die ein gegensätzliches Modell aufbauen. Hier sind es gerade die sonst verteufelten Außerirdischen, die der Menschheit Frieden und Ausgeglichenheit bringen. Aber auch hier ist Kritik angebracht: In diesen Romanen lösen nicht die irdischen Menschen ihre Probleme selber, indem sie gegen eine ausbeutende Minderheit aufbegehren, sondern

mystische Wesen aus dem Weltraum schlichten durch ihre überirdischen Kräfte alle Probleme. Autoren wie Clifford D. Simak („Raumstation auf der Erde“) schildern solche Beglückungen durch Außerirdische. Das ist im Grunde überaus verlogen: Die gesellschaftlichen Probleme sind von Menschen verursacht und können von Menschen gelöst werden! Die Massen müssen gegen ihre Ausbeuter aufstehen, diese Bemühung wird ihnen keineswegs von Außerirdischen abgenommen werden. Romane wie die von Simak sind eine illusionäre Beschwichtigung.

Erlösung durch Katastrophen?

Ein Teil der SF sucht sein Thema nicht in der Begegnung mit bösen Außerirdischen, sondern in Katastrophen, etwa in einem Atomkrieg oder einer zweiten Sintflut. Vor allem der US-Autor Robert Heinlein drückt in mehreren Artikeln und SF-Romanen die freudige Gewißheit aus, daß ein Atomkrieg kommen müsse. In „Welt wohin“ von Heinlein heißt es: „Die unmittelbare Zukunft wird die stürmischste und grausamste Periode in der langen und harten Geschichte der Menschheit sein. Sie wird vermutlich den schlimmsten aller Weltkriege mit sich bringen . . . Sie und ich, wir sind noch da, weil wir das Erbgut unzähliger Vorfahren in uns tragen, die gegen den Tod in allen seinen Arten gekämpft und den Kampf gewonnen haben. Wir sind zäh. Wir werden auch das überleben. Die meisten jedenfalls. Die ersten Geplänkel haben wir hinter uns. Die Hauptsache kommt noch. Aber es ist nichts für Muttersöhnchen.“

In einer solchen rauen Atmosphäre blühen nach Meinung von Heinlein und zahlreichen anderen Autoren die Herrenmenschen auf: Sie überleben die Nachatomkriegs-Metzeleien und werden zu Stammvätern neuer Rassen, die die Welt beherrschen werden. Das Reaktionäre dieses Konzepts liegt offen auf der Hand. Ganz ähnlich verhält es sich mit der Bedrohung der Menschheit durch äußere Einflüsse – Meteore, Sonnenstrahlung etc. In den SF-Romanen, die solche Vorkommnisse schildern, gelangen meist Männer, die geschickt manipulieren und hart kämpfen können, an die Spitze der überlebenden Gruppe. Nach der Katastrophe gehört die Zukunft unangefochten den Faschisten!

Wiederum ist eine zweite gegensätzliche Gruppe von Romanen zu erwähnen. Es sind zumeist masochistische Machwerke, in denen die Katastrophe als eine Art Erlösung begrüßt wird. Die Romane des J.G. Ballard („Die Kristallwelt“, „Welt in Flammen“) sind das beste Beispiel dafür. Hier wird die Menschheit einfach wieder zu toter Materie; das individuelle Bewußtsein geht verloren, verflüchtigt sich in mystischen kosmischen Weiten. Statt eines gemeinsamen Aufbegehrens im Interesse einer besseren Gesellschaftsordnung wird

ALLES NOCH
FRISCHES BLUT.
PERRY RHODAN MUSS
GERADE VORBEIGE-
KOMMEN SEIN!

KILL!
KILL!
KILL!

DA HABEN WIR WIEDER
EINEN PLANETEN IN
DIE LUFT GEJAGT.
3 MILLIONEN TOTE.
EINFACH MIT COSMO-
LASER!

TOLL,
WAS!

SCHON WIEDER
EINE NEUE
TECHNISCHE
ERFINDUNG!
TÖTET
TOLL!

ARNOLD

GANZ SCHÖN
TRAURIG, WAS SICH
SCIENCE-FICTION-
AUTOREN SO AUS-
DENKEN!

WAS WIR IN
VIETNAM KÖNNEN,
KÖNNEN WIR HIER
IM WELTALL SCHON
LÄNGST! KILL!!!

HILFE!

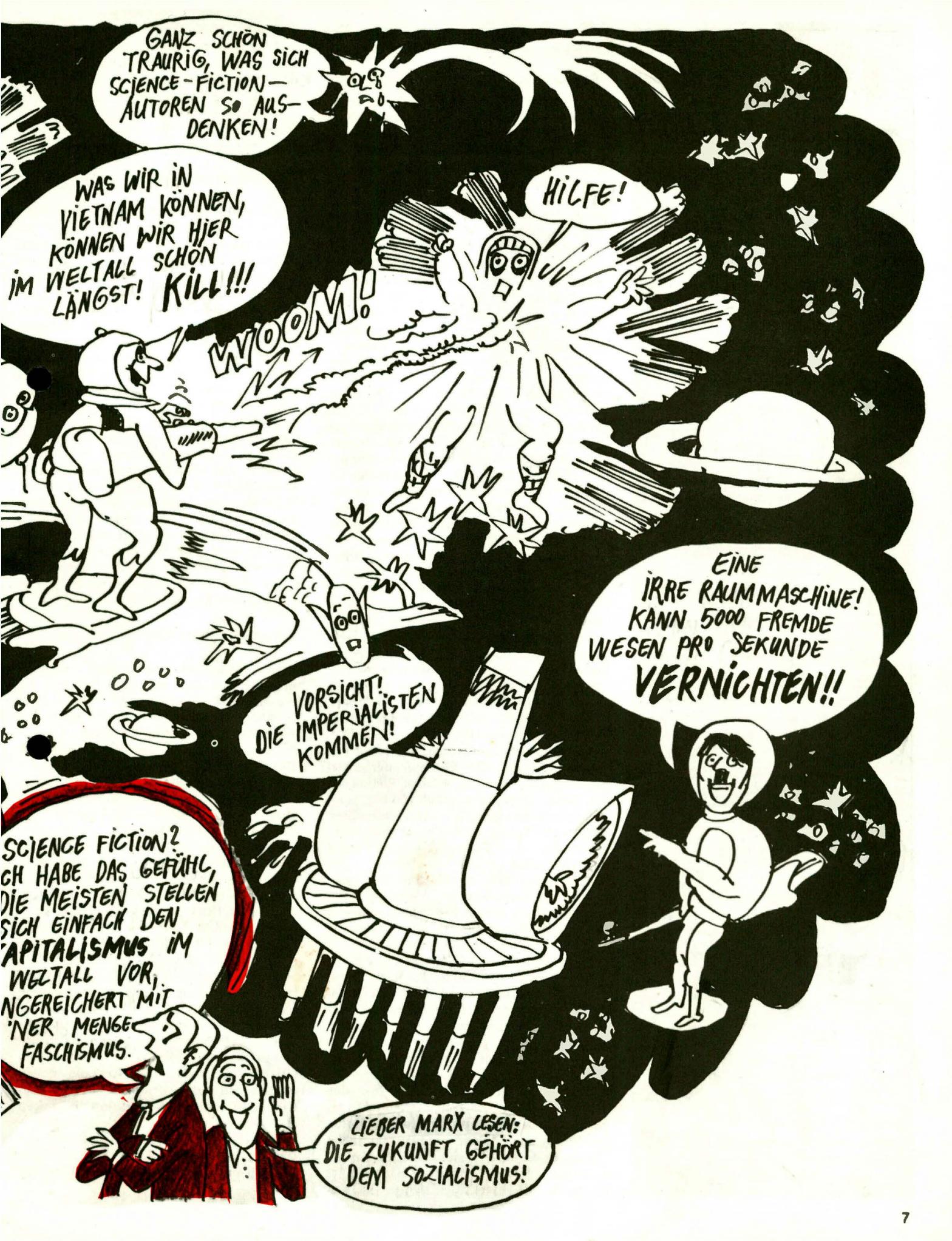
WOOOM!

EINE
IRRE RAUMMASCHINE!
KANN 5000 FREMDE
WESEN PRO SEKUNDE
VERNICHTEN!!

VORSICHT!
DIE IMPERIALISTEN
KOMMEN!

SCIENCE FICTION?
ICH HABE DAS GEFÜHL,
DIE MEISTEN STELLEN
SICH EINFACH DEN
'APITALISMUS IM
WELTALL VOR,
NGEREICHERT MIT
'NER MENGE
FASCHISMUS.

LIEBER MARX LESEN:
DIE ZUKUNFT GEHÖRT
DEM SOZIALISMUS!





1. Auflage vergriffen . . .
die zweite bereits ausgedruckt —
Sie können wieder bestellen . . .

Kleine Rote Reihe Nr. 6 Wilhelm Schwettmann LENIN und die Jugendbewegung heute

Diese Broschüre sollte jeder lesen, der sich für Lenins Beitrag zur Entwicklung der marxistischen Jugendpolitik und deren Bedeutung für die heutige antiimperialistische Jugendbewegung interessiert.

„Klassenbewußtsein fällt nicht vom Himmel“, „Die Misere der Lenin-„Töter“, „Der Opportunismus und die Selbständigkeit“, das sind nur einige Kapitel, mit denen man sich allein, aber auch in seiner Jugendgruppe beschäftigen kann.

Übrigens: Der Rabatt für Jugendgruppen (ab 15 Exemplare) beträgt 30 v. H. Und das bei einem Preis je Exemplar von nur DM 1,—

Jetzt wird ausgeliefert:

Kleine Rote Reihe Nr. 7 Peter Schütt (Herausgeber) „Linkes Lesebuch“

mit Beiträgen von Dietrich Kittner, Dieter Süverkrüp, Josef Büscher, Hannes Stütz, Richard Limpert, Fasia Jansen u. a.

Ein Lesebuch der besonderen Art — gut zu verwenden für die Diskussion und Agitation. Preis: DM 2,—.

Bestellungen an:

Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund
Brüderweg 16

also das Glück in der Vernichtung aller Menschen gesehen!

Maschinen und Drahtzieher

Das Motiv von außerirdischen Drahtziehern, die die Erdgesellschaften beeinflussen, trifft man in der SF häufig an. Bisweilen wird sogar die lächerliche These aufgestellt, daß sämtliche irdischen Kriege von außerirdischen Mächten ferngelenkt worden seien, so in John MacDonalds „Herrscher der Galaxis“ und E.F. Russells „Die Todesschranke“. Solche Vorstellungen lenken davon ab, daß bestimmte Gesellschaftsformen aus sich heraus Kriege hervorbringen. Der Nationalsozialismus in Deutschland war keineswegs von äußeren Kräften gelenkt, wie manche Okkultisten (unter ihnen vor allem die Franzosen Pauwels und Bergier) glauben wollen — sondern die bislang erschreckendste Selbstentlarvung der bürgerlichen, kapitalistischen Gesellschaft, die hier ihren faschistischen, inhumanen Kern offen zeigte. Äußere Mächte ins Spiel zu bringen, hieß Augenwischerei zu treiben. Kleinbürgerliche Resignation spricht aus Erzählungen wie Philip K. Dicks „Mr. Chiens Halluzinationen“: Dort erscheinen alle irdischen Abläufe als Produkte aus dem kranken Gehirn eines Überwesens — es sei sinnlos, meint Dick, sich dagegen aufzulehnen.

Das Motiv einer Beeinflussung von außen kann auch von einem anderen Gesichtspunkt her betrachtet werden. Viele Bürger dieser Gesellschaft haben das berechtigte Gefühl, manipuliert zu werden. Aber sie scheuen sich, diesem Gefühl strikt nachzugehen. Sie haben unterbewußte Angst davor, die wahren Manipulateure zu entlarven. Und so greift man nur zu bereitwillig zu den SF-Märchen von mächtigen Außerirdischen, die die Geschehnisse auf der Erde kontrollieren, Krieg und Frieden, Wirtschaftskrisen und Hochkonjunktur von außen her regeln. Der SF-Leser, der unterschwellig Genuß an solchen Phantasien hat (oder sie sogar wörtlich glaubt), übersieht mehr und mehr die Gefahr von seiten der tatsächlichen Drahtzieher: der Großunternehmen, Zeitungskonzerne und Machtpolitiker.

Marx schrieb über den technischen Fortschritt im Kapitalismus: „All unser Erfinden und unser ganzer Fortschritt scheinen darauf hinauszulaufen, daß sie materielle Kräfte mit menschlichem Leben ausstatten und das menschliche Leben zu einer materiellen Kraft verdummen.“ Marx hatte auch in bezug auf die SF recht; dort nämlich werden Computer und sonstige elektronische Erzeugnisse meist als eigenmächtige Wesen geschildert, die sich anschicken, die Welt zu erobern, während andererseits der Mensch immer mehr zur Leistungsmaschine wird. Der SF-Autor A.E. van Vogt („Die Welt der Null-A“) erreichte hierin den unbestrittenen Höhepunkt; seine Helden haben sämtliche ‚Drüsenfunktionen‘ (zu denen selbstverständlich auch die sexuellen gehören) erfolgreich unterdrückt und sorgen als un-

fehlbare Menschenautomaten für das weitere Schicksal der Milchstraße.

Hier wird ganz kraß ein wesentlicher Zug des technokratischen Kapitalismus beleuchtet, der den Computer zum stählernen Götzen erhebt — und den Menschen mehr und mehr zu einem technischen Funktionselement macht.

Was SF-Fans glauben

Der Großteil der bundesdeutschen SF-Fans ist, wie aus einer Umfrage hervorgeht, beruflich frustriert. Das, verbunden mit einer Angst vor tatsächlichem politischem Engagement, erklärt zwei Erscheinungen: Einmal das Bedürfnis, sich innerhalb einer kleinen Gruppe als Freizeitfaschist aufzuspielen, und zum anderen die Eigenart vieler Fans, im Club eine Art Mutterleib zu sehen, der Schutz vor der bedrohlichen Umwelt bietet. Wie in jedem Fluchtklub vor der Gesellschaft, sprießen auch im Kreise von SF-Fans sektiererische Anschauungen. Das reicht von ultrarechten Gruppen, die Raubrittergeschichten über eine in Barbarei zurückgefallene Menschheit schätzen und selbst Turniere abhalten, über elitäre Zirkel, die sich als wichtige Geheimorganisationen begreifen, bis zu Arbeitsgemeinschaften, die ‚linke‘ Gedanken niederschreiben, aber nicht weiter denken als bis zum Umsturz der ‚reaktionären‘ Clubsatzungen. Auch grassieren noch Übermensch-Ideologien und autoritär gegliederte „Perry Rhodan“-Clubs.

Aufgeklärte Massenliteratur

Eine tatsächlich aufgeklärte Massenliteratur, die sich mit dem Problem der Wissenschaft beschäftigen würde, muß ernsthaft angestrebt werden — gegen den Widerstand der kapitalistischen Massenverlage, die meist nur erzkonservative Klischees dulden. (Der „Perry Rhodan“-Autor William Voltz wurde z.B. hart unter Druck gesetzt, als er mit positiver Tendenz über einen Wehrdienstverweigerer der Zukunft schreiben wollte!)

Das Diktat des Kapitals über die Wissenschaft muß bekämpft, der notwendige Kampf der Massen gegen ihre Ausbeutung und die Erringung einer besseren Gesellschaft mit Hilfe der Technik müssen stark betont werden. Der Weltraum darf nicht länger Freistätte für Flucht und Kampf sein, sondern allenfalls Ort einer friedlichen Begegnung mit dem Außerirdischen. Diesen Forderungen kommt die wissenschaftliche Phantastik sozialistischer Autoren, wie von Stanislaw Lem (Polen), Iwan Jefremow und den Brüdern Strugatzki (UdSSR) und Carlos Rasch (DDR), sehr nahe. Ihre Romane stehen ethisch und gedanklich weit höher als das Gros der westlichen Produktion und zeigen eine echte, wünschenswerte Zukunft — nicht aber jene perverse Zukunft des Gestern, in der ein einfalllos verkleideter Kapitalismus weiterhin sein Unwesen treibt.

Kurznachrichten aus der freien Welt

Von Peter Schütt



Griechenland

Die Richter in Athen handeln vorausschauend: In Ihren Prozeßberichten nennen sie weder den Namen des Richters noch des Staatsanwaltes; auch die Kronzeugen bleiben ungenannt. Die Richter nennen nur die Verurteilten beim Namen, denn allein Ihr Name bleibt.

Taiwan

Die USA haben kürzlich 18 neue Starfighter an Tschiangkaischek geliefert. Sollten die USA nach jahrzehntelanger Bündnistreue die Absicht haben, den Generallssimus fallenzulassen?

Nordvietnam

Warum haben die USA Nordvietnam keine Kriegserklärung übersandt? Weil ihre „Präsenz in Südostasien“ den Krieg zur Genüge erklärt!

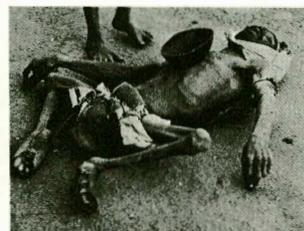
Persien

Im Lande herrschen Ruhe und Ordnung & Co.



Guatemala

Die Regierung von Guatemala sorgt sich um jedes Menschenleben. „Taktvoll und diskret“ wie ein Beerdigungsunternehmen.



Indien

Wundersames erzählen Indiens Priester über das Leben nach dem Tod. Über das Leben der Inder vor dem Tod schwelgen sie sich aus.

Kambodscha

Ein Flugreiseprospekt der PANAM nennt Kambodscha ein Reich der Künste. Mit amerikanischer Entwicklungshilfe hat jetzt eine neue Kunstgattung in Kambodscha Fuß gefaßt: die Kriegskunst.

Indonesien

Der Diktator rechtfertigt die Konterrevolution: „Die Bande schrie: Hunger. Da wußte ich: Die Kommunisten. Das Volk rief: Demokratie. Da hatte ich den Beweis.“

Pakistan

In Pakistan regiert der Hunger allmächtig, solange die Gottergebenheit stärker ist als der Hunger.



Israel

Die israelischen Truppen stehen längst auf Kriegsfuß; sie wissen nur noch nicht, wem sie den Krieg in die Schuhe schieben sollen.

USA

Die Bomben fallen. Die Kurse steigen.

Südvietnam

Sinngemäßes Zitat des Generals Ky: Wer unseren Pazifizierungsplänen keinen Glauben schenkt, der wird dran glauben müssen, so oder so.



Venezuela

Wir brauchen Handlungsfreiheit in Venezuela, erklärte USA-Präsident Nixon, und ließ die Freihandelszone der USA entsprechend erweitern.

Die Krupp-Story im elan

Von Rentnern Lehrlingen und Hilfsarbeitern

von Jörg Hennecke Wolfgang Dersch



Kaum ein Konzern unseres Landes wurde so stark zum Faktor in der Machtpolitik, zum Symbol der totalen Unterordnung der Volksinteressen unter die Konzerninteressen, wie Krupp.

Seit das Unternehmen vor 159 Jahren gegründet wurde, entwickelte es sich rasch zur Waffenschmiede. Kein Krieg wurde seither in Europa geführt, der von den Essener Kanonenkönigen nicht mit Geschützen und Granaten beliefert wurde.

Doch die Profite aus dem Vormachtstreben des deutschen Imperialismus reichten Krupp nicht aus. Als 1911 – 100 Jahre nach Firmengründung – das 50.000 Geschütz die Essener

Werkhallen verließ, belieferte Krupp 52 Regierungen in aller Welt. So gab es für Krupp keinerlei Risiko, als die deutschen Imperialisten 1914 den 1. Weltkrieg vom Zaune brachen.

Riesenprofite aus der deutschen Rüstung erbrachten nur einen Teil der Profite. In Flandern wurden Tausende junger deutscher Soldaten von Granaten zerfetzt, die aus dem britischen Waffenzentrum Vickers stammten. Sie trugen eingepreßt die Buchstaben „KPZ“ – Krupp-Patent-Zeitzünder. Somit konnte auf Villa Hügel auch für jeden gefallenen deutschen Soldaten 60 Mark an Lizenzgebühren eingestrichen werden. Als Deutsch-

land den Krieg 1918 verloren hatte, war Krupp um 400 Millionen Reichsmark Gewinn reicher.

Der verschwiegene Herr Gustav konstruiert Kanonen

Der deutsche Imperialismus rettete sich über die Niederlage im ersten Weltkrieg hinweg. So konnte auch Krupp trotz Verbot der Waffenproduktion an der illegalen Aufrüstung der Weimarer Republik teilhaben. Mit kräftiger Hilfe der Reichsregierung ging das lukrative Rüstungsgeschäft weiter, nur daß man zur Beruhigung der alliierten Sieger nunmehr anstelle von Panzern von Traktoren sprach. Freimütig gab Gustav Krupp später zu: „Nur durch die verschwiegene Tätigkeit deutschen Unternehmertums konnte nach 1933 unmittelbar der Anschluß an die neuen Aufgaben erreicht werden. Fast alle Geschütze des zweiten Weltkrieges waren bereits 1933 in vollem Umfang entwickelt. Die Firma stand bereit, die Massenproduktion aufzunehmen.“



Kaiser Wilhelm II und Krupp – 1912. Zu dieser Zeit liefert Krupp seine Kanonen bereits an 52 Regierungen in der ganzen Welt.

„Genießet, was Euch beschieden ist. Nach getaner Arbeit verbleibt im Kreise der Eurigen und sinnt über Haushalt und Erziehung. Dabei werdet Ihr frohe Stunden erleben. Aber für die große Landespolitik erspart Euch die Aufregung. Höhere Politik erfordert mehr Zeit und Einblick in die Verhältnisse, als dem Arbeiter beschieden ist.“

Aus der Arbeitsordnung der Firma Krupp um 1900.

Hitler und Krupp – 1940. Die Essener Waffenschmiede wird zum Eckpfeiler der totalen Kriegsführung.

Ein 32-jähriger Rentner mit 166.666,70 DM monatlich. Hitzefrei für Lehrlinge.

Ausbildungsplan für Hilfsarbeiter. Das alles gibt es nicht? Das ist absurd? Mag ja sein, aber in der BRD bekanntestem Großbetrieb, dem Krupp-Konzern, ist fast alles möglich. Auch, daß ein aktiver Jugendvertreter auf die Straße geworfen wird - aber das kennt man ja schon aus anderen Betrieben ...

Er ist 32 Jahre alt, fährt einen dunkelroten Rolls-Royce, trinkt gern Martini und läßt sich in den 72 Zimmern seines Schlosses Blühnbach von 70 Angestellten bedienen. Doch Blühnbach ist nicht die einzige Bleibe des Arndt von Bohlen und Halbach - wie der volle Name des letzten Krupp lautet. Und der Rolls-Royce ist bei weitem nicht sein einziges Fahrzeug. Arndt ist Rentner. Nicht daß er arbeitsunfähig wäre. Aber seine Rente beträgt jährlich zwei Millionen DM. Wer würde da noch arbeiten? Für den Betrag einer einzigen Jahresrente dieses Kalibers müßte ein Krupp-Arbeiter 132 Jahre schuften.

„Junge, geh nach Hause und arbeite“

Playboy Arndt weiß, woher seine Millionen kommen. In Essen sind 79.500 Arbeiter in den Krupp-Konzernbetrieben damit beschäftigt, sie ihm zu verdienen. Auf Lebenszeit, denn Arndt hat sich abgesichert. Viele Kruppianer wissen, wie der Hase läuft. Aber dem Krupp-Erben ist es nicht einmal peinlich, von Angesicht zu Angesicht denen gegenüberzustehen, auf deren Kosten er sein Schmarotzerdasein führt. Wie einmal in Nizza, wo Urlauber von Krupp den millionenschweren Nichtstuer entdeckten.

„Junge, geh nach Hause und arbeite, anstatt hier unser Geld zu vertrinken.“ Das

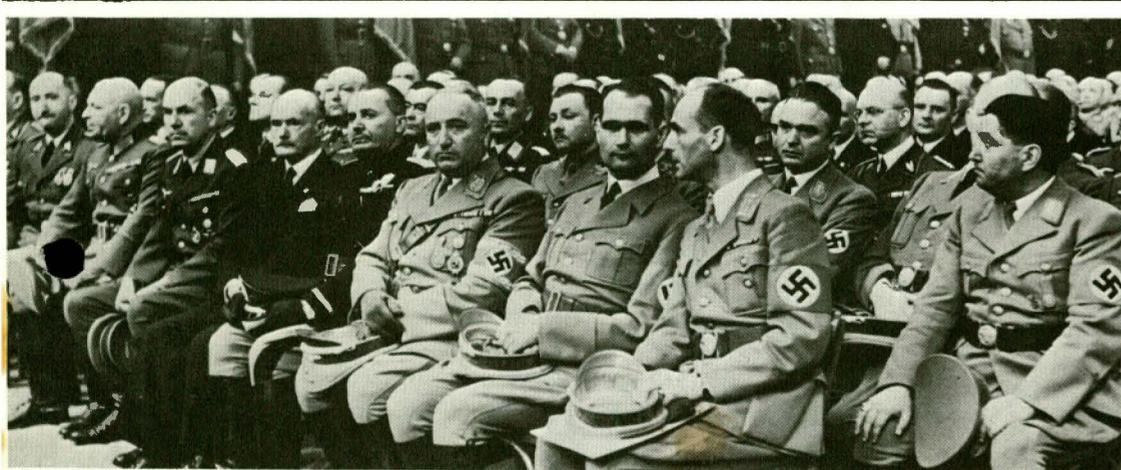
haben sie ihm ins Gesicht gesagt. Sein Kommentar: „Diese dümmlichen Angriffe lassen mich kalt.“ Zynismus? Kaum. Arndt ist wie seine Vorfahren fest davon überzeugt, daß durchaus gerecht ist, wenn Zehntausende von Arbeitern für das süße Leben der Krupps sich plagen.

„Grüßen Sie den Werkschutz“

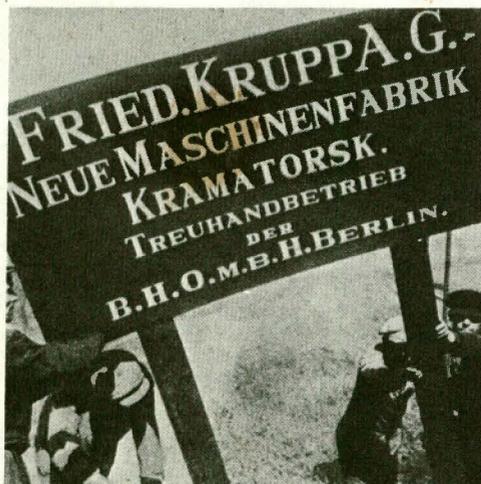
Essen, Altendorfer Str.100. Vor dem Krupp-Haupteingang warten Jugendliche mit Tonbandgeräten auf den Feierabend der Lehrwerkstatt. Sie stehen hier nicht zum ersten Mal, um Lehrlinge nach ihrer Berufsausbildung zu befragen. Sie planen eine Veröffentlichung über die Lehrlingsausbildung. Aber heute kommt kein einziger Lehrling durch das Tor. Lediglich am Fenster zeigt sich eine ältliche Konzernangestellte mit einem Fotoapparat. Blitzschnell schießt sie einige Bilder von den wartenden Interviewern. „Grüßen Sie den Werkschutz von uns.“, rufen ihr die unfreiwilligen Stars nach.

Am nächsten Tag stellt sich heraus: die Krupp-Leitung hat von dem Vorhaben der Lehrlingsbefragung Wind bekommen. Ihre Reaktion: alle Lehrlinge der Lehrwerkstatt durften schon um 14.30 Uhr anstatt 16 Uhr heim.

Die Krupp-Chefs haben berechnete Angst, wenn ihre Berufsausbildung unter die Lupe genommen werden soll. Längst sind die Zeiten vorbei, wo man vor gläubigen Zuhörern die Einführung des Krupp-



Um seine „verschwiegene Tätigkeit“ in Milliardenprofite umzumünzen, setzte Gustav Krupp frühzeitig auf Hitler. 4.738.446 Mark läßt er vor 1933 für die Kassen der Nazis springen. Eine Investition, die sich für die skrupellosen Herren des Essener Konzerns hundertfach bezahlt machte. Unmittelbar nach 1933 kann Krupp die Massenproduktion der schon vorher illegal entwickelten Rüstungsgüter aufnehmen. Als Hitler den zweiten Weltkrieg entfesselt, überschreitet der Krupp-Umsatz die Milliarden-grenze.



1. Mai 1940: Die Naziprominenz zeichnet den Konzern als „nationalsozialistischen Musterbetrieb“ aus.

Vernichtung von Arbeitsklaven für Riesenprofite

Gustav Krupp wird Wehrwirtschaftsführer Hitlers und erhält das Recht, sich an den Industriezentren in den besetzten Staaten zu bereichern. Mehr noch: Der Krupp-Konzern als ein Eckpfeiler der totalen Kriegsführung darf hunderttausend Arbeitsklaven bis zur physischen Vernichtung ausbeuten. Auf einen Toten mehr oder weniger kommt es nicht an, die

Das Ziel der Eroberungspolitik: Krupp übernimmt Betriebe in besetzten Gebieten der Sowjetunion.

Von Rentnern, Lehrlingen und Hilfsarbeitern

Stufenplans als revolutionäre Tat feiern konnte.

„Ausbildung“ zum Hilfsarbeiter

Im Geschäftsbericht 1968 der Krupp GmbH kann man nachlesen: „Seit Beginn dieser Versuche (gemeint ist die Einführung des Stufenplans, d.V.) legten 84 Betriebswerker, 36 Facharbeiter, 5 qualifizierte Facharbeiter ihre Abschlußprüfung ab.“

Betriebswerker stellen die Stufe 1 dar; sie sind trotz dieser Bezeichnung nichts anderes als Hilfsarbeiter. Facharbeiter entsprechen nach der Krupp-Einteilung der Stufe 2; sie sind Anlernlinge. Qualifizierte Facharbeiter werden als Stufe 3 bezeichnet, das heißt, sie sind Facharbeiter.

Das dargestellte Ergebnis des Geschäftsberichts macht deutlich, daß im Krupp-Konzern ein Jahr lang 84 junge Menschen auf ihre Hilfsarbeitertätigkeit vorbereitet wurden und 36 junge Arbeiter zwei Jahre lang angelernt wurden. Nur 5 Lehrlinge wurden zu Facharbeitern ausgebildet. Wobei in diesem Geschäftsbericht von der Stufe 4 (qualifizierte Facharbeiter), für die

sowieso nur 10 % aller eingestellten Lehrlinge vorgesehen sind, überhaupt nicht die Rede ist.

Die Berufsausbildung richtet sich auch bei Krupp nach dem Bedarf des Konzerns, nicht nach dem Bedarf der Betroffenen, der jungen Arbeiter. Werden Dreher benötigt, so stuft man Lehrlinge, die den Elektriker-Beruf erstreben, einfach bei der Eignungsanalyse als Dreher ein. Braucht Krupp mehr Hilfsarbeiter, wird die Stufe 1 „vollgeprüft“.

Wie das in der Praxis aussieht, berichteten Lehrlinge auf dem Krupp-Tribunal der SDAJ in Essen (elan Nr. 8/70):

„Vor zwei Jahren bewarb ich mich bei der Firma Krupp um eine Lehrstelle als Maschinenschlosser. Ich wurde auch angenommen. In Halle 9, wo die Grundausbildung durchgeführt wird, mußte ich acht Monate lang feilen. Nach einem Jahr – also nach Ablauf der 1. Stufe – bekam ich dann einen Ausbildungsvertrag als Betriebschlosser, obwohl ich ja mit dem Berufswunsch Maschinenschlosser in die Lehrwerkstatt gekommen war. Als ich meinen Meister darauf aufmerksam machte, daß ich doch Maschinenschlosser werden wollte und die dafür abzulegende Prüfung mit der Note 2,7 bestanden habe, während das Minimum bei Note 3 lag, erhielt ich zur Antwort: Du bist nicht fähig, Maschinenschlosser zu werden. Wieso und warum erfuhr ich nicht – denn eine konkrete Begründung konnte mir der Meister nicht geben.“

Ein anderer Lehrling, der eine „Ausbildung“ als Maschinenschlosser erhielt, berichtete darüber: „Bei der Firma Krupp werden auch Maschinenschlosser ausgebildet. Dazu gehört das Erlernen u.a. von Drehen, Fräsen, Hobeln, Feilen, Bohren, Gewindeschneiden, Schweißen usw. Was aber passiert? Insgesamt 17 Monate lang, und zwar acht Monate in der Grundausbildung und dann noch neun Monate in der Produktion dürfen die Maschinenschlosserlehrlinge feilen, feilen, feilen. Feilen wird in der Prüfung verlangt. 17 Monate feilen stehen aber in gar keinem Verhältnis zu den restlichen Übungen. Die andere Ausbildung kommt damit meines Erachtens viel zu kurz.“

Wie man Hans-Jürgen feuern wollte

Hans-Jürgen Kühn hat sich als Vorsitzender der Gesamtjugendvertretung bei Krupp und IGM-Vertrauensmann immer stark gemacht, wenn es um die Interessen Rechte der Lehrlinge und Jungarbeiter ging. Er hat sich nicht gescheut, gegen die Ausbildungskatastrophe bei Krupp aufzutreten.

„Das ist unser Mann. Der nimmt kein Blatt vor den Mund“. So schätzen Krupp-Lehrlinge ihren gewählten Vertreter ein.

Doch am 14. Juli sollte für die Konzernleitung von Krupp dieser „Spuk“ vorbei sein. An diesem Tag erhielt Hans-Jürgen die fristlose Kündigung. Als Begründung führten die Krupp-Bosse in nicht ganz

SS liefert bereitwillig neue Häftlinge. 1944 existieren 138 firmeneigene Konzentrationslager für Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene, KZ-Häftlinge. In Essen werden gar polnische Kinder an die Werkbänke geprägt. Im gleichen Jahr existieren in Europa 81 Krupp-Betriebe, die einen Jahresgewinn von 110 Millionen RM abwerfen.

Mit der Niederlage des Faschismus und dem Ende des Terrors 1945 schien auch der Krupp-Konzern am Ende zu sein. Alfred Krupp wird vom Nürnberger Kriegsverbrechertribunal zu 12 Jahren Haft verurteilt, aber schon drei Jahre später – im Zuge der Wiederaufrüstungspolitik – entlassen. Die ursprünglich verfügte Beschlagnehmung seines Vermögens wird aufgehoben. Krupp

ist wieder da. Noch verkündet Alfred Krupp, daß er nie wieder Waffen herstellen wolle.

Doch was davon zu halten ist, macht eine Auskunft der Krupp-Direktoren Silber und Gres 1968 deutlich: „Der Konzern ist, was sicher nicht allgemein bekannt sein dürfte, auf dem Rüstungssektor in vielseitiger Form tätig.“

Der „großzügige Verzicht“ des Playboys Arndt

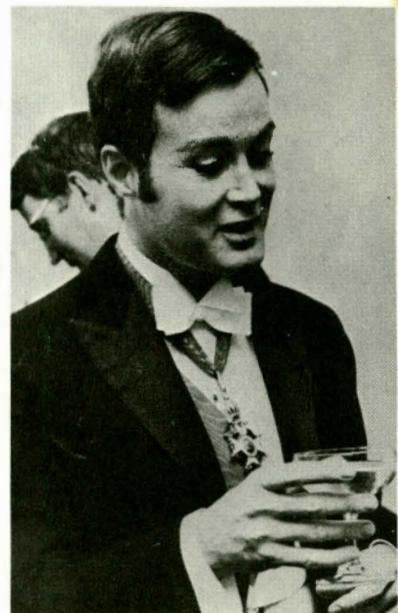
Die zwischenzeitliche Umwandlung des Familienunternehmens in eine Kapitalgesellschaft änderte nichts am Charakter des Unternehmens. Der letzte Erbe der Krupps, Arndt von Bohlen, „verzichtete“ auf das Unternehmen und darf dafür als Frührentner neben seinem Vermö-

gen von 500 Millionen DM eine Jahresrente von zwei Millionen DM durchbringen, die ihm 79.498 „Kruppianer“ erarbeiten müssen.

Zu dem „großzügigen Verzicht“ des Arndt von Bohlen muß aber gesagt werden, daß die Essener Waffenschmiede 1967 – bedingt besonders durch die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen jener Zeit – vor dem Bankrott stand. Das Unternehmen und Arndts zwei Millionen jährlich wurden mit öffentlichen Mitteln gerettet. Der Bund bleichte 300 Millionen DM und das Land NRW 150 Millionen.

Doch das Rüstungsgeschäft blüht wie eh und je – Krupp hat seinen Platz an der Sonne längst wieder eingenommen. Mit der Produktion von Klein-U-Booten, Torpedolaufzügen,

Schiller, Strauß und Berthold Beitz (Vorsitzender der Krupp-Stiftung): Wieder fest im Rüstungsgeschäft.



Playboy Arndt: Zwei Millionen jährlich für's Nichtstun.

„Die pädagogische Absicht in der Lehrlingsausbildung liegt darin, den Auszubildenden zu einem industrie-konformen Arbeitsverhalten zu erziehen.“

Dipl.-Psychologe H.G. Greve, Leiter der Abteilung Berufsausbildung bei Krupp, 1969

perfektem Deutsch an: „Die Kündigung beruht auf schwerwiegende Verstöße gegen die Treuepflicht aus dem Arbeitsverhältnis, insbesondere auf Ihr Verhalten in der Öffentlichkeit in der letzten Zeit. Unter diesen Umständen ist uns eine weitere Zusammenarbeit mit Ihnen ab sofort nicht mehr möglich.“

Was die Krupp-Führung in Panik versetzt hat, war offensichtlich: Hans-Jürgen Kühn war auf dem Krupp-Tribunal der SDAJ aufgetreten. Aber: er trat dort weder als Krupp-Jugendvertreter auf, noch hat er speziell die Krupp-Stufenausbildung aufs Korn genommen. Vielmehr kritisierte er die Ausbildungsmissstände in der Bundesrepublik grundsätzlich und begrüßte, daß immer mehr Lehrlinge aktiv für ihre eigenen Interessen eintreten.

Steckbrief gegen Jugendvertreter

Doch das war den Krupp-Chefs schon zuviel. Was sie danach inszenierten, könnte einem Krimi stammen. Als Hans-Jürgen an seinem ersten Arbeitstag nach dem Krupp-Tribunal am Werktor zum Arbeitsantritt erscheint, wird er vom diensthabenden Werkschutzmann aufgehalten. Der Uniformierte greift zum Telefon und ruft die Werkschutzzentrale an. „Kühn ist hier,“ lautet seine knappe Mitteilung. Auf dem Schreibtisch des Wachhabenden liegt ein Steckbrief. Zwei Fotos sind darauf abgedruckt, beide Male Kühn. Einmal mit Bart, einmal ohne Bart. Dazu eine kurze Personenbeschreibung.

Mit Blaulicht rast ein Werkschutz-Mannschaftswagen heran. Werkschutzmänner springen heraus und umringen den Jugendvertreter. Sie verlangen seinen Werksausweis und ziehen ihn sofort ein. „Sie sind beurlaubt und dürfen das Werksgelände nicht mehr betreten. Alles weitere wird Ihnen schriftlich mitgeteilt.“

Alles weitere, das ist die fristlose Kündigung. Hans-Jürgen bekommt sie am nächsten Tag mit Postzustellungsurkunde ausgehändigt. „Die Kündigungsgründe sind pauschaliert dargelegt. Was ist mit ‚Verhalten in der Öffentlichkeit‘ gemeint? Ich bin erstaunt, daß ich zu den Vorwürfen überhaupt nicht gehört wurde. Die fristlose Entlassung ist ein Schlag gegen die Jugendvertretung. Sie ist ein Schlag gegen die Gewerkschaftsjugend und gegen die Gewerkschaftsorganisation überhaupt.“ Das ist Hans-Jürgen Kühns erste Reaktion zu dem Willkürakt der Krupp-Konzernleitung.

Zur Wiedereinstellung gezwungen

Die Konzernleitung ahnte wohl schon, daß die fristlose Kündigung nicht so glatt über die Bühne gehen würde. Im Kündigungsschreiben baute sie vorsichtshalber die Klausel ein, daß die fristlose Kündigung notfalls in eine fristgerechte umgewandelt werde.

Doch die Konzernleitung hatte die Rechnung dennoch ohne die Kollegen Kühns gemacht. Der Betriebsrat, der bei der Kündigung einfach übergangen worden

war, erreichte, daß die Steckbriefe sofort zurückgezogen wurden. Der Gesamtbetriebsrat von Krupp und der Ortsjugendausschuß der IG Metall kamen überein, die sofortige Wiedereinstellung Kühns durchzusetzen, ansonsten wollten sie zu Aktionen aufrufen. Das Zentrum kritischer Auszubildender der Gewerkschaftsjugend und die SDAJ erklärten ebenfalls sofort uneingeschränkte Solidarität mit dem gekündigten Jugendvertreter. Und in der Schmiede-Gießerei sammelten die Arbeiter Unterschriften für Hans-Jürgen.

Angesichts dieser Solidaritätswelle mußte die Konzernleitung einen Rückzieher machen. Hans-Jürgen erhielt ein Schreiben, mit dem die fristlose Kündigung aufgehoben wurde. Um ihre Pleite zu vertuschen, ließen sich die Chefs von Kühn bestätigen, was ohnehin jeder wußte: daß Kühn auf dem Krupp-Tribunal nicht über den Konzern gesprochen habe. Hans-Jürgen kann nun seiner Funktion, in die ihn seine Kollegen gewählt haben, wieder nachkommen. Krupp mußte einsehen: Willkürakte der Firmenleitung werden von den Betroffenen nicht mehr so einfach hingenommen wie noch vor Jahresfrist.

Damals waren drei Religionslehrer an der Krupp-Werksberufsschule, Otto Seeber, Bruno Peters und Rolf Freitag, als „unerwünscht“ bezeichnet und von der Schule entfernt worden. Das „Verbrechen“ der Lehrer: sie hatten sich mit Lehrlingen und Berufsschülern solidarisiert, die Kritik an der Schule geübt hatten. . .



Panzern, Radarantennen, Torpedofangbooten und Flugzeugen für die Bundeswehr wurden die roten Zahlen überwunden. Auch jetzt, wo kein Krupp mehr an der Spitze des Konzerns steht, mischt die Essener Waffenschmiede kräftig in der Politik mit. Krupp-Direktor Stoltenberg (CDU) vertrat die Interessen des Konzerns bis 1969 als Bundesminister in Bonn. Seit er in der Opposition sitzt, hat die Krupp GmbH nun gleich mehrere Eisen im Feuer: Prof. Dr. Leussink, Aufsichtsratsmitglied, als Minister für Wissenschaft und Forschung; Prof. Dr. Sohn, Vorstandsmitglied der Krupp-Stiftung, als Staatssekretär im Entwicklungshilfeministerium; Dedo von Schenck, ebenfalls Vorstandsmitglied der Stiftung, als Vortragender Legationsrat 1. Klasse im Auswärtigen Amt. Und Krupp-Manager Berthold Beitz, jetzt Vorsitzender der Stiftung, spekuliert darauf, bei der möglichen Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Polen Botschafter in Warschau zu werden.

Auch heute beutet Krupp Zwangsarbeiter aus!

Genau wie im wilhelminischen Kaiserreich, in der Weimarer Republik und im 3. Reich – so machen die Mächtigen an der Essener Altendorfer Straße auch heute Politik – Politik im Konzerninteresse.

Die Ausbeutung hat sich in den vergangenen Jahren im Konzernbereich enorm verschärft. Schafften 1968 genau 87.079 Krupp-Arbeiter einen Gesamtumsatz (ohne Kohlebereich) von 5,41 Milliarden DM, so wurde 1969 mit nur noch 79.498 Arbeitern ein Umsatz von 6,43 Milliarden DM erzielt. Auch die Ausbeutung von Zwangsarbeitern gehört nicht der Vergangenheit an. In der portugiesischen Kolonie Angola macht Krupp durch die Ausbeutung von farbigen Zwangsarbeitern im Erzbergbau Profite. Hemmungslose Profitgier, die über Leichen geht – das ist das Antlitz der Essener Waffenschmiede seit ihrer Gründung. (Aus der Anklageschrift des Krupp-Tribunals der SDAJ, Essen, 3. Juli 1970)



Tarifpolitik für die Jugend

Neue Tarif-Erfolge der Gewerkschaften für die Jugend

Nach der IG Chemie-Jugend legt die Jugend der ÖTV (Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr) den Entwurf eines jugendtarifpolitischen Programms vor. Folgende Forderungen werden u. a. im Entwurf erhoben: 1. In dem Tarifvertrag für die Rechtsverhältnisse der Auszubildenden im öffentlichen Dienst darf es zwischen angehenden Angestellten und Handwerkern bzw. Facharbeitern keine prinzipiellen Unterschiede geben. 2. Mindestalter von Anlernlingen bei 18 Jahren (BBG § 28). 3. Die Ausbildungsvergütung ist prozentual zu staffeln. Als Bezugsgröße gilt ein Mittel von Bundesangestelltentarifgruppe VII, Anfangsgrundvergütung und dem Ecklohn:

1. Ausbildungsjahr 40 %,
2. Ausbildungsjahr 60 %,
3. Ausbildungsjahr 70 %,
4. Ausbildungsjahr 80 %.
4. Jährlicher Bildungsurlaub von 15 Arbeitstagen.
5. Übernahme der Kosten für Lernmittel, z. B. für Fachliteratur, durch den öffentlichen Arbeitgeber.
6. Abschaffung von Prüfungsgebühren.
7. Zur Vorbereitung auf die Prüfung 14 Tage Dienstbefreiung vor der Prüfung.
8. Bekanntgabe der Prüfungsfächer 14 Tage vor der Prüfung.
9. Bekanntgabe der Noten vor der mündlichen Prüfung.

10. Einsicht in die Prüfungsakten.
11. Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungskosten müssen vom Arbeitgeber übernommen werden.

12. Für Auszubildende, Anlernlinge, Praktikanten und Volontäre ist ein Tarifvertrag für vermögenswirksame Leistungen abzuschließen.

13. Kündigungsschutz für Jugendvertreter.

Aus anderen Bereichen werden Erfolge des gewerkschaftlichen Kampfes gemeldet: Für das Westberliner Metallhandwerk vereinbarte die IG Metall einen Tarifvertrag für Auszubildende. Die Ausbildungsbeihilfen erhöhten sich in allen Lehrjahren. Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff vereinbarte für gewerbliche, kaufmännische und technische Auszubildende im nordrhein-westfälischen Tischler-Handwerk einen Tarifvertrag über Ausbildungsvergütungen.

Auf einer Funktionärskonferenz der IG Metall in Velbert wurde die Forderung nach dem Prozenttarif für Lehrlinge erhoben: 30 % des Verdienstes eines 18jährigen Facharbeiters im 1. Lehrjahr, 60 % im zweiten, 90 % im dritten.

Die Gesellenausschüsse der Elektroinnung Bielefeld und Herford kritisierten die Weigerung des Landesinnungsverbandes, Tarifverträge für Lehrlinge abzuschließen.

Wolfgang Batels

Fragen, Fragen und immer dieselben Antworten

Zahlen beweisen die katastrophale Lage in der Berufsausbildung

„Der Lehrling ist nicht, wie es früher einmal gewesen sein mag, eine billige Arbeitskraft. Die Zeiten sind vorüber.“ Und „Wir wehren uns entschieden dagegen, daß man unser Ausbildungssystem als antiquiert und überholt abtut. So schlecht ist es nicht.“ So oder ähnlich versuchen die Verantwortlichen Kritik am Zustand der Berufsausbildung abzutun, wie kürzlich der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Joseph Wild.

Doch täglich werden neue Zahlen bekannt, die die Verschleierungsversuche der Wild und Freunde einfach ad absurdum führen.

So befragte die IG Metall im Kreis Konstanz insgesamt 902 Lehrlinge, das sind 28,6 % der Lehrlinge des Kreises. Davon gaben 88 % an, daß sie ausbildungsfremde Arbeiten verrichten müssen. Dazu gehören Autowaschen, Unkrautjäten, Wäscheaufhängen, Dienstleistungen für den Chef usw. Und am Rande kam ans Licht: 15,9 % beklagten, daß sie zur Strafe geprügelt worden seien. Zu einem ähnlichen Ergebnis kam die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten im Hamburger Raum. Dort wurden 78 % der Befragten mit ausbildungsfremden Arbeiten beschäftigt.

Eine Bochumer Umfrage veröffentlicht in dem IG Bergbau-Organ „Einheit“, kam zu dem Ergebnis, daß neun von zehn Lehrlingen berufsferme Arbeiten verrichten müssen. 10 % der Lehrlinge vertraten die Auffassung, daß mindestens die Hälfte ihrer Lehrzeit nicht für ihre eigentliche Berufsausbildung verwendet wird.

So ist es denn nicht verwunderlich, wenn die für diese Misere Verantwortlichen versuchen, solche Befragungen zu verhindern, und zu boykottieren. So entfalteten in Forchheim bei Nürnberg die Kreishandwerkerschaft und die Industrie- und Handelskammer eine Treibjagd gegen zwei junge Geistliche, die skandalöse Methoden in der Lehrlingsausbildung ans Tageslicht gebracht hatten. Vom Stadtrat erhielten die beiden sogar eine öffentliche Rüge. Man machte ihnen den Vorwurf, sich in Fragen eingemischt zu haben, die sie nichts angehen. Sie hätten im Unterricht nur Fragen zu stellen, die den Glauben betreffen.

Im letzten Jahr wurde in Husum eine Lehrlingsbefragung vom schleswig-holsteinischen Kultusministerium verboten. Jetzt will die SMV des Landes 80000

Fragebögen an den Berufsschulen verteilen. Wenn das Verbot in diesem Jahr vermieden wird, zeigt sich darin die Stärke der Lehrlingsbewegung.

Auch in Hessen versuchten die Unternehmer kürzlich, eine Fragebogenaktion der hessischen Gewerkschaftsjugend zu verhindern. Bei der gegenwärtig laufenden Aktion sollen ca. 70000 Fragebögen an den Berufsschulen ausgefüllt werden. Die Vereinigung der hessischen Arbeitgeberverbände schrieb an den DGB: „Sollten die Fragebogen weiter an Berufsschüler ausgegeben werden, so werden wir hiergegen mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln vorgehen.“

Über eine Fragebogenaktion im Frankfurter Raum berichtete der IG-Metall-Sekretär Walter Lachenmeyer dem Westberliner „Gewerkschafts-Spiegel“: „Mit unserer örtlichen Fragebogenaktion haben wir insofern Schwierigkeiten, weil von Berufsschulen verweigert wird, unsere Fragebogen offiziell in den Klassen auszugeben. Man hat Angst, weil wir den Namen des jeweiligen Betriebes von den Schülern genannt haben wollen. Das Argument der Schulleitungen ist, man müsse die Neutralität wahren.“

Und: „Eine große Kfz-Werkstatt beschäftigt z. B. 500 Personen, davon sind etwa 250 Lehrlinge. Der gesamte Dienstleistungsbetrieb wird von den Lehrlingen bewältigt, die damit als billige Arbeitskräfte ausgenutzt werden. Das geschieht übrigens auch in Parkhochhäusern, denen meist eine Tankstelle mit Wagenpflegedienst angeschlossen ist. Die Pflegedienste werden ausschließlich von Lehrlingen durchgeführt, die oft ein Jahr lang nichts anderes machen als Wagen waschen. Wenn in solchen Betrieben Jugendversammlungen durchgeführt werden sollen, dann gibt es Schwierigkeiten, weil der gesamte Wagenpflegedienst eingestellt werden muß.“

Aber nicht nur Verstöße gegen das Berufsbildungsgesetz sind an der Tagesordnung. Auch gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz wird ständig verstoßen. Bei Betriebsüberprüfungen im Jahre 1969 sind in Baden-Württemberg 5900 Verstöße gegen dieses Gesetz bekanntgeworden. Die Dunkelziffer ist nicht bekannt. Bestraft wurden nur 18 Verstöße. Die Jugend der IG Druck und Papier demonstrierte mit einem Informations-

stand und Flugblättern in Stuttgart gegen diese skandalösen Vorkommnisse.

In einer Antwort auf eine kleine Anfrage im Bundestag mußte Arbeitsminister Arendt zugeben, daß im Jahre 1967 46 389 Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz festgestellt worden sind. 1968 waren es bereits 50 898 Verstöße. Das Ergebnis solcher Verstöße: Im Ausbildungsbereich der Kreishandwerkerschaft Saarbrücken z. B. fielen 23,4% aller Prüflinge durch, also fast jeder vierte.

Auch die Ausbildung in der Berufsschule ist katastrophal, wie Zahlen aus dem Bereich der Industrie- und Handelskammer (IHK) Offenbach beweisen. Bei

einem Rechen- und Deutschtest mit 1150 Lehrlingen erreichten 60% der Geprüften nur Noten zwischen 4,5 und 6. Die Zahl derjenigen, die eine Eins erreichten, läßt sich nur in pro Mille ausdrücken. Und noch eine Zahl: Von den 16,3 Millionen „männlichen Erwerbspersonen“ — wie sie die Statistik nennt — in der Bundesrepublik haben nach Beendigung der allgemeinbildenden Schulen 4,8 Millionen, das sind 30%, keine Berufsausbildung erhalten. Und jene, die einen Beruf erlernen? In 80 von 140 untersuchten Lehr- und Anlernberufen sind, so wurde festgestellt, weniger als die Hälfte der Beschäftigten mit abgeschlossener Berufsausbildung noch in dem erlernten Beruf tätig. Wolfgang Bartels

Jugendvertreterwahlen

In jedem geeigneten Betrieb muß gewählt werden

Die Amtszeit der Betriebsjugendvertretungen läuft aus. Vom Herbst 1970 bis Frühjahr 1971 können nach dem Betriebsverfassungsgesetz Jugendvertreter in allen Betrieben gewählt werden, die mindestens fünf Jugend-

liche beschäftigen und in denen ein Betriebsrat existiert. Die spezifischen Probleme der Jugendvertretertätigkeit sind unverändert: Sie liegen im fehlenden Kündigungsschutz für Jugendvertreter, und das bedeutet,



Goldene Worte

Oberster Vertreter des Handwerks propagiert Verstoß gegen Berufsbildungsgesetz

Das Handwerk hat goldenen Boden, heißt es so sinnig bei mancher Verlegenheit. Doch manchmal verlieren seine Repräsentanten auch goldene Worte. So zum Beispiel der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Joseph Wild. Wir bringen hier einige der Bemerkungen zur Lehrlingsausbildung im Handwerk, die er in einem Gespräch mit dem „Spiegel“ (Ausgabe vom 3. 8. 1970) äußerte.

Wenn selbst der oberste Vertreter des Handwerks öffentlich Verstöße gegen das Berufsbildungsgesetz propagiert, wer wundert sich dann noch darüber, daß dem auch die gängige Praxis entspricht.

„Wenn da und dort sporadisch eine kleine Unruhe entsteht, dann kommt die selten von den Lehrlingen selbst, die Unruhen werden organisiert.“

„Insgesamt gesehen ist der Lehrling heute eine Belastung für den Betrieb und nicht, wie es früher einmal gewesen sein mag, eine billige Arbeitskraft. Die Zeiten sind wirklich vorüber.“

„Erstens sind Lehrlinge keine Hilfsarbeiter, zweitens lernt der Lehrling tatsächlich einen Beruf. Wenn er das nicht erfaßt, dann ist das sein subjektives Empfinden. Drittens, wenn sie einen unzufriedenen Lehrling auf eine Mittelschule oder ein Gymnasium schicken würden, dann wäre er wahrscheinlich noch unzufriedener, dann würde er vielleicht noch mehr überfordern. Ich bin überzeugt, daß viele froh und glücklich sind, daß sie endlich praktische Arbeit leisten können.“

„Wir wollen kein akademisches Proletariat, wir brauchen in unserer Wirtschaft mehr Leute, die ihre Fähigkeit mehr in den Händen haben.“

„Wenn einer mit 14 Jahren in die Lehre kommt, dann ist er noch ein halbes Kind. Dann kann man den Lehrling — jetzt kommt der Erziehungsgesichtspunkt — nicht wie einen Herren behandeln und sagen: So, mein lieber Herr Lehrling, Du darfst nur die und jene Arbeit machen.

Da fallen eine ganze Reihe von Hilfsarbeiten an, der Boden muß gefegt werden, das Werkzeug muß weggeräumt werden, soll der Herr Lehrling das nicht auch machen?“

Auf die Frage, ob Lehrverträge ein Arbeitsverhältnis oder ein Erziehungsverhältnis begründen: „Wir haben immer gesagt: Erziehungsverhältnis mit arbeitsrechtlichem Einschlag.“

Auf die Frage, nach welchen Kriterien der Lehrling erzogen werden soll: „Zur Arbeitsamkeit, zum Fleiß, zur Tüchtigkeit, zur Ehrlichkeit, zur Disziplin, zum allgemeinen Verhalten nach bürgerlichen Tugenden. Ich glaube, damit ist es umschrieben.“

Auf die Frage, ob Erziehung zur Arbeitsamkeit heißt, Putzläppen verteilen, Mülleimer rausstellen, Bier holen und ob damit nicht dem Mißbrauch Tür und Tor geöffnet wird: „Es kommt da auf den Umfang an; wenn der Lehrling jeden Tag eine Flasche Bier für den Gesellen holt, in der Regel nicht.“

Auf die Frage, was die Handwerkskammern den Lehrherren empfehlen, wenn mehr Bier gebraucht wird: „Dann sollten die Handwerkskammern den Meistern sagen: Ihr müßt nicht immer denselben raus schicken, das müßt ihr unter euch irgendwie abwechseln lassen. Wie sollen die Leute sonst zu ihrem Bier kommen, frage ich Sie jetzt?“

„Wenn man Lehrlingen sagt, daß sie vielleicht dreimal den Beruf wechseln müssen, dann lernen sie nicht einmal den ersten Beruf richtig.“

„Sie werden staunen: Mit einer geradezu unheimlichen Sicherheit wissen entweder die Eltern oder die Jungen, was zukunfts-trächtig ist und was nicht. Sie suchen sich die Lehrplätze schon heraus — den Beruf, der zukunfts-trächtig ist, und den Betrieb, in dem sie was lernen können.“

„Wir wehren uns entschieden dagegen, daß man unser Ausbildungssystem als antiquiert und überholt abtut. So schlecht ist es nicht.“

Mitten in der Innenstadt von Ludwigshafen machte die Schülermitverwaltung der Gewerbeschule I mit einem Informationsstand auf die Mängel in der Berufsausbildung aufmerksam. Neben Flugblättern und einer eigenen Zeitung hielten die Schüler auch das Jugendarbeitsschutzgesetz und das Berufsbildungsgesetz bereit, um bei den lebhaften Diskussionen handfeste Beweise in den Händen zu haben. Die Resonanz bei der Bevölkerung war so positiv, daß die SMV sich in weiteren Aktionen für eine Verbesserung der Berufsausbildung einsetzen will.

daß Firmen mißliebige (sprich aktive) Jugendvertreter unter fadenscheinigen Gründen entlassen können; es gibt keine konkret formulierten Mitbestimmungsrechte oder auch nur Mitspracherechte bei Entscheidungen im Betrieb; in der Praxis wird die Tätigkeit der Jugendvertreter oftmals durch Schichtarbeit und Einsatz in abgelegenen Betriebsteilen erschwert.

Trotzdem gibt es hervorragende Beispiele, wie eine aktive Jugendvertretung durch Mobilisierung der jungen Kollegen größeren Spielraum erkämpfen kann. Bei den Hoesch-Hüttenwerken in Dortmund hat die Jugendvertretung den Kampf gegen konkrete Ausbildungsmißstände verbunden mit dem Kampf um eine Betriebsvereinbarung, die folgende Punkte beinhaltet.

1. Rechtzeitige Information der Jugendvertretung über Einstellungen und Versetzungen außerhalb des Umsetzungsplans.
2. Wirksamer Kündigungsschutz für Jugendvertreter.

3. Alle Jugendvertreter werden nur in Frühschicht beschäftigt. Natürlich ist diese Betriebsvereinbarung, die inzwischen abgeschlossen wurde, nur als ein erster Schritt in Richtung Mitbestimmung zu verstehen. Aber sie sollte Schule machen, denn die Verabschiedung eines fortschrittlichen Betriebsverfassungsgesetzes ist auch durch den derzeitigen Bundestag nicht gesichert. Durch solche Vereinbarungen werden die Ausgangspositionen günstiger für den Kampf um ein effektives Mitbestimmungsrecht in allen Fragen, die jugendliche Arbeiter betreffen. Und diese betriebsbezogenen Auseinandersetzungen entwickeln letztlich auch die Selbsttätigkeit der Lehrlinge und Jungarbeiter weiter. Als Ziel für die bevorstehenden Jugendvertreterwahlen muß stehen: In jedem Betrieb, in dem die Voraussetzungen nach dem Betriebsverfassungsgesetz gegeben sind, müssen Jugendvertreter gewählt werden, die einer DGB-Gewerkschaft angehören.

Hans-Jörg Hennecke

Informationen Aktionen

Lehrlings-Folter

Ludwigshafen. Als der 15-jährige Eberhard Jost in der Lohwerkstatt bei der BASF zweimal das Fenster öffnete, wurde er vom Ausbilder Wagner geschlagen und getreten. Weil Jost mehrfach seinen Arbeitsplatz verließ, um Arbeitserkundigungen einzuholen, fesselte Wagner ihn von 10 bis 16 Uhr an die Werkbank und ließ ihn nur zur Mittagspause frei. Andere Ausbilder sahen zu, ohne einzuschreiten. Das berichtet die Gewerkschaftszeitung „Solidarität“. Jugendvertretung, Sprecherkreis der gewerblichen Lehrlinge und der Betriebsrat wandten sich gegen diese mittelalterlichen Erziehungsmethoden.

DGB: Ja zum Lehrlingsstreikrecht

Düsseldorf. Bei richtiger Auslegung des Berufsbildungsgesetzes (BBG) muß die Frage, ob auch Lehrlinge für die Durchsetzung ihrer Rechte streiken dürfen, bejaht werden. Zu diesem Ergebnis kam jetzt der DGB, der die Frage des Lehrlingsstreikrechts hatte prüfen lassen. Wie der DGB-Jurist Dr. Gester erläuterte, kann die Frage nur lauten, ob gewerkschaftlich organisierte Lehrlinge an einem gewerkschaftlich organisierten Streik teilnehmen dürfen, der auch der Regelung von Ausbildungsvergütungen gilt. Der § 10 des BBG stellt fest, daß Ausbildungsvergütungen tarifvertraglich geregelt werden können.

Deshalb ist der DGB der Meinung, daß der Grundsatz gelten muß: Erstreikbar ist, was tarifvertraglich vereinbart werden kann.

Denkmals-Enthüllung

Wuppertal: Im Blaumann und Kittel marschierten Eiberfelder Lehrlinge durch die Geschäftsstraßen ihrer Stadt. Mit den Besen, die sie vor sich her schoben, wirbelten sie den Staub auf, der seit Urgroßvaters Zeiten auf der Lehrlingsausbildung lastet. Mit den Rufen „Bildung statt Fegen“ und „Wir lassen uns nicht länger trimmen — Jugendvertreter wollen mitbestimmen“ enthüllten sie zum Abschluß ihrer Demonstration ein Denkmal: den „Muster-Lehrling“, bewaffnet mit einem Besen und einer Einkaufstasche voller Bierflaschen.

Der „Goldene Besen“

Kiel: Einen „Goldenen Besen“ haben rund 300 Lehrlinge in Kiel der Industrie- und Handelskammer verliehen. Demonstrativ wurde der Besen als „Symbol der Ausbeutung der Lehrlinge“ in den Rasen vor dem IHK-Gebäude gerammt. Zuvor demonstrierte die Lehrlinge durch die Stadt.

Freisprechung

Offenbach/Ingolstadt: Die Industrie- und Handelskammer (IHK) bestellte 1600 Lehrlinge in die Stadthalle. Sie wollte eine erhebende Freisprechungs-

feier abziehen. Doch es kam anders. Die Lehrlinge sprachen sich selbst frei. Von Lehrlingsausbeutung und einer miserablen Berufsschule. Schon bei der Begrüßungsrede des Kammerpräsidenten Giebel kam es zu lauten Mißfalläußerungen. Als dann vier Polizisten in Uniform den Saal betraten, hörte man nur noch „Bullen raus! Bullen raus!“ Der Staatssekretär Schmidt vom hessischen Sozialministerium flehte ins Mikrofon: „Wollen Sie denn Ihre eigene Veranstaltung stören?“ Doch die Lehrlinge machten mit ihren Protesten ihre eigene Veranstaltung.

Als an die 17 Besten Preise verliehen werden sollten, trat ausgerechnet eine der PreisträgerInnen, eine junge Schriftsetzerin, ans Mikrofon und klagte Lehrlingsausbeutung und Berufsschulmiserie an. Sie selbst hatte ihre Lehrstelle wechseln müssen, weil sie sich geweigert hatte, Fenster zu putzen. Die ehemaligen Lehrlinge forderten eine auf die Zukunft gerichtete Ausbildung und lehnten das Berufsbildungsgesetz ab.

Auch in Ingolstadt endete eine Freisprechungsfeier für 1100 Jungen und Mädchen mit Protestrufen, Pfiffen und harten Auseinandersetzungen. Als ein bestellter Danksager — „Wir sind mit Können und Wissen ausgestattet, um das Leben zu meistern“ — den Lehrherren für die „Lehrjahre“ auch noch danken sollte, stürmte unter dem Befehl der 1100 einer der Ehemaligen aufs Podium und rief: „Es geht nicht an, der Jugend Hoffnungen auf die Zukunft zu machen, wenn der Gesellenbrief vielleicht schon nach drei Jahren wieder weggeworfen werden kann und der Beruf gewechselt werden muß.“

Zweimal Unterricht

Frankfurt: Der größte Teil der gewerblichen Lehrlinge bei der Stadt bekommt künftig einen zweiten „theoretischen Tag“ in der Woche in Verbindung mit dem Bund für Volksbildung — die Berufsschulen sind wegen des Lehrermangels nicht in der Lage, den zusätzlichen Unterricht zu erteilen. Das ist das Ergebnis eines Abkommens zwischen dem Personalrat der Stadt, dem DGB-Kreisvorstand und dem Bund für Volksbildung. Der zweite Tag wird schon seit anderthalb Jahren von der Jugendvertretung gefordert. Mit Hilfe eines Streiks in den Ausbildungswerkstätten konnte er jetzt durchgesetzt werden.

Berufsschüler- Sitzstreik

Stuttgart: Die Werner-Siemens-Berufsschule in Stuttgart platzt aus allen Nähten. 70 Klassen sind in „Außenstellen“ untergebracht. Der Wanderbetrieb und der Mangel an Lehrkräften wirken sich auf die Leistungen der

Schüler aus: 40% der Radio- und Fernsehtechniker-Lehrlinge fielen bei der Prüfung durch. Weil die Schüler der jetzigen Abschlußklasse nicht das gleiche Schicksal erleiden wollen, machten sie einen Sitzstreik! Statt der ab September geplanten vier Stunden wöchentlichen Unterricht wollen sie zwölf.

Skrupellose Ausbeutung

Wie ein bundeseigener
Betrieb das Jugend-
arbeitschutzgesetz mit
Füßen tritt

Die Herren der Saar-Gummiwerke in Büschfeld — 1500 Beschäftigte, davon 120 Jugendliche unter 18 Jahren — kümmern sich nicht um die Bestimmungen des Jugendarbeitschutzgesetzes. Jugendliche, viele von ihnen unter 16 Jahren, werden am Fließband in Prämiendarbeit beschäftigt. Andere arbeiten an schweren Heizkesseln, in denen 165 Grad Hitze herrscht. Selbst Jugendliche unter 16 Jahren müssen Überstunden leisten.

Ein Lehrling berichtet: „Ich arbeitete eine normale Arbeitszeit, um dann um 20 Uhr wieder anzufangen. In diesem Falle arbeitete ich bis 23 Uhr. Am anderen Morgen begann meine Arbeitszeit wie üblich.“ Die Jugendlichen stehen siebendreierteil Stunden am Fließband. Die Saar-Gummiwerke — eine Tochter der landes- und bundeseigenen Saarbergwerke AG — gewährt in dieser nur 15 Minuten Pause. Das Jugendarbeitschutzgesetz schreibt mindestens eine Stunde vor. Jugendliche, die Mittagschicht verfahren, arbeiten bis 21.45 Uhr, obwohl nur eine Arbeitszeit bis 20 Uhr zulässig ist.

Die IG Chemie hatte sich schon mehrfach um diesen Betrieb gekümmert. Doch mehrmals mußte sie feststellen, daß nichts geschieht, die Mißstände abzuändern. Ganz im Gegenteil. Im April beantragte die Firma beim zuständigen Gewerbeaufsichtsamt eine Genehmigung für die Fließbandarbeit für Jugendliche, obwohl das generell nicht möglich ist.

Ende Juni wandte sich die Gewerkschaft direkt an das Gewerbeaufsichtsamt. Doch erst als die IG Chemie Maßnahmen gegen die Saar-Gummiwerke ankündigte, kam es zu einer Betriebsbesichtigung. Die Gewerkschaft fordert, daß die Mißstände sofort beseitigt werden und daß strikte Einhaltung der Bestimmungen des Jugendarbeitschutzgesetzes wie auch des Berufsbildungsgesetzes garantiert wird.

Werner Winter



Es fing an mit einer Fünf-Zeilen-Anzeige in der Presse: „Wir suchen Damen für Protestmarsch gegen Midi und Maxi!“ Sechs Tage später — nachdem auch die Dortmunder Lokalpresse getrommelt hatte — kamen über 20.000 junge Leute aus dem ganzen Ruhrgebiet in Dortmund zusammen, um zu demonstrieren „Haut den Mode-Diktatoren ihre Maxis um die Ohren!“

Den Anstoß zu dem fröhlichen — aber in seinem Kern sehr ernstzunehmenden — ersten großen Verbraucherprotest gaben die Sekretärin Marie-Luise Hoppe (25) und acht

ihrer Kolleginnen. Sie hatten sich darüber geärgert, daß die Kaufhäuser zu Beginn des diesjährigen Sommerschlußverkaufs verkündeten: Mini-Röcke müssen vom Lager, sie werden zu Niedrigst-Preisen verkauft — nach dem SSV gibt's nur noch Midi, Mezo (Knie bedeckt) und Maxi.

Wer bisher dem Kinderglauben anhing, der Käufer sei bei uns in den Geschäften König; die Nachfrage reguliere das Angebot in Preis, Qualität und Machart; jeder könne ja tragen, was er oder sie wolle — der mußte sich angesichts solcher Modediktate eines anderen besinnen. Die Modeindustrie kreierte vor

einer Reihe von Jahren den Mini-Rock. Er wurde immer kürzer, und seine Weiterentwicklung stand zuletzt vor der Schwierigkeit, die Liquidation jedweden Rockes propagieren zu müssen. Davor schrecken die Modeindustriellen natürlich zurück, nicht aus Gründen der Moral, sondern aus geschäftlichen: Wie handelt man einen nicht vorhandenen Rock? Dankbar wurden von ihnen daher vor zwei Jahren die starkbetuchten Erscheinungen von Bonny und Clyde auf den Kinoleinwänden begrüßt. Wenn man nicht mehr Jahr für Jahr kürzere Miniröcke verkaufen kann, weil da nichts mehr zu kürzen ist, dann muß eben das superlange Kleid, der maxilange Mantel angeboten und — auf Teufel komm raus — verkauft werden. Wen kümmert es, daß die Mehrheit der Mädchen und Frauen dem Mini treu bleiben wollte? Nicht die Textilindustrie. Zwei Jahre gab sie den Verbraucherinnen Zeit, sich freiwillig für Maxi zu entscheiden. Bist Du nicht willig, so brauch ich Gewalt, ist jetzt ihr Motto. Dagegen traten die Mini-Freunde des Ruhrgebiets in den Kampf. Marie-Luise Hoppe, die die Initiative zum Protest der 20.000 ergriffen hatte, ist für Toleranz auch gegenüber Anhängern der Maxi-Mode, aber: „Es geht doch nicht, daß alle Mädchen und Frauen gezwungen werden, die lange Mode mitzumachen. Ich werde weiter Mini tragen und will nicht, daß in den Geschäften nur noch Maximoden angeboten werden.“

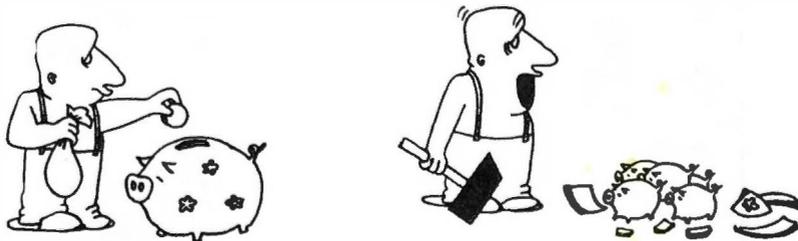
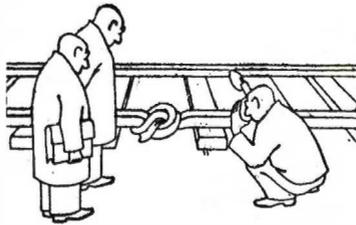
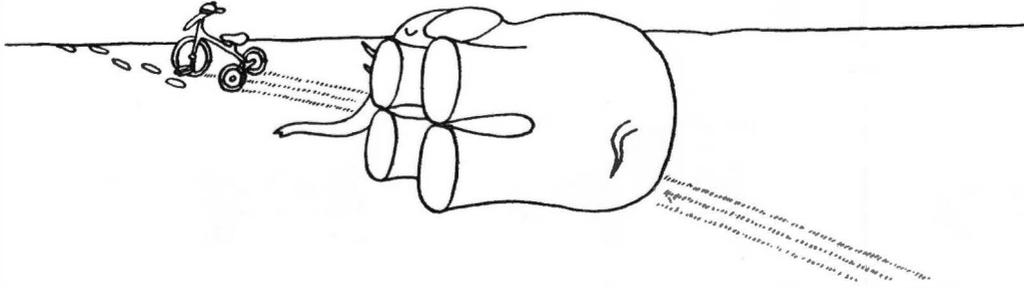
Das Echo ihrer Initiative war überwältigend. Es konnte nicht durch eine schüchterne Gegendemonstration von 40 Maxi-Mädchen geschmälert werden, die einem Aufruf eines Boutiquen-Besitzers (!) gefolgt waren, der einigen seiner Gegendemonstrantinnen auch noch mit Maxi-Utensilien aushelfen mußte. Die große Masse der Mädchen und ihre Freunde und Ehemänner versammelten sich hinter Losungen wie: „Modediktatur — Umsatzsteigerung? Schluß mit der Verbraucherausbeutung“, „Jugend immer noch manipulierbar?“. Einige Demonstranten waren militant: „Krieg dem Maxi“, andere albern: „Auch Fred Feuerstein findet Mini fein.“ Aber alle waren sich einig: „Wer will Maxi? Die Geschäftemacher.“

Ulrich Sander

Mini-Fans gegen Maxi-Profite



O.W.



jugendpolitische blätter

Friedenskampf und Internationalismus heute

Vielfältige internationale Kontakte der SDAJ – Aufgaben der Jugend nach Unterzeichnung des Moskauer Vertrages – Erfahrungen von der UN-Weltjugendversammlung in New York – Lehren für den europäischen Jugenddelegiertenkongreß – Die SDAJ und das Europäische Jugendwerk – Ulrich Sander sprach mit Rolf Priemer, Bundesvorsitzender der SDAJ



elan: Rolf Priemer, die SDAJ hat in diesem Jahr Delegationen nach Vietnam, in die UdSSR, nach Frankreich, Dänemark und Belgien, nach Ungarn, Bulgarien und in die CSSR gesandt. Noch in diesem Jahr wird eine Gruppe der SDAJ nach Nordkorea fahren. Der Jugendverband hatte Vertreter der Jugendverbände aus zahlreichen Ländern bei sich zu Gast, um mit ihnen das gemeinsame Vorgehen im antiimperialistischen Kampf, im Kampf für Frieden und Sicherheit in Europa zu besprechen. Die Solidaritätsaktion „Stundenlohn für Vietnam“ läuft weiter. Gemeinsam mit anderen Organisationen wirkt die SDAJ in der „Initiative Internationale Vietnam-Solidarität“. Was liegt diesen vielfältigen Aktionen zugrunde?

Rolf Priemer: Die SDAJ hat in den zwei Jahren ihres Bestehens vielfältige internationale Kontakte hergestellt, die sie im Interesse der ganzen Jugend unseres Landes nutzen will. Zu Eurer Aufzählung wäre noch zu ergänzen die Teilnahme der SDAJ an der Konferenz der europäischen Jugend

für Sicherheit dieses Kontinents, die gegenwärtig in Helsinki tagt. Dort ist die SDAJ neben 200 anderen Organisationen vertreten.

Friedenskampf nach wie vor aktuell

Worum geht es? Wir halten den Friedenskampf für aktueller denn je. Junge Revolutionäre stehen in der vordersten Reihe des Kampfes für weltweite Abrüstung, gegen Imperialismus und Krieg. Dieser Kampf muß stets konkret geführt werden. Das bedeutet, daß wir konkret gegen die Unterstützung des US-Imperialismus durch die Bundesregierung, gegen ihre finanzielle, politische und moralische Hilfe für die US-Aggressoren in Vietnam, Laos und Kambodscha kämpfen. Dazu gehört der Kampf gegen die atomare Teilhaberschaft der westdeutschen Militaristen und gegen die Aufrüstung der Bundesrepublik mit B- und C-Waffen. Vor dem Hintergrund der atomaren Ambitionen Helmut Schmidts und seiner Generale sowie des sich weiter aufblühenden Rüstungsetats muß erkannt werden, daß auch unter einer von der SPD geführten Regierung der Friedenskampf nicht überflüssig geworden ist, obgleich uns dies viele weismachen wollen. Zu diesem Friedenskampf gehört es, die reaktionärsten Gruppen in diesem Lande – die CDU/CSU, die NPD, den rechten Flügel der FDP, die Generale – zurückzudrängen, die sich das Instrument Bundeswehr nach ihrer Fassung zurechtbauen wollen, um es bei einer für sie günstigeren politischen Großwetterlage

für die Durchsetzung ihrer Pläne nutzen zu können.

elan: Die SDAJ strebt in diesem Kampf das Zusammengehen aller demokratischen, friedliebenden und antiimperialistischen Kräfte an.

Rolf Priemer: Ja, davon lassen wir uns in unseren internationalen Beziehungen leiten. Der Imperialismus, der den Völkern seinen Willen aufzwingen will, wirkt als internationale Kraft. Daher muß auch der Kampf der demokratischen Jugend der Welt gemeinsam geführt werden. So wirkt sie im Geiste des proletarischen Internationalismus und der internationalen Zusammenarbeit.

Auch in der Bundesrepublik sehen wir die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der friedliebenden und demokratischen Kräfte zur Durchsetzung gemeinsamer Ziele. Die SDAJ arbeitet konstruktiv in solchen Bewegungen wie „Initiative Internationale Vietnam-Solidarität“ und „Kampagne für Demokratie und Abrüstung“ mit. Die Tatsache, daß der Frieden in Europa und in der ganzen Welt nicht gesichert ist, macht die Arbeit der Kampagne für Demokratie und Abrüstung notwendig, deren Aufgaben nicht erfüllt sind. Die öffentliche Herabwürdigung der Kampagne durch einige frühere Mitarbeiter ist bedauerlich und politisch kopflos.

Moskauer Vertrag – großer Erfolg

elan: Die SDAJ hat die Unterzeichnung des Moskauer Vertrages zwischen der BRD und

der UdSSR als erfolgreichen Schritt zum Frieden in Europa begrüßt. Sie hat dazu aufgerufen, die reaktionären Kräfte in der BRD zurückzudrängen, die Geist und Inhalt des Vertrages bekämpfen. Wie beurteilst Du das Echo, das dieser Vertrag gerade in der Jugend gefunden hat?

Rolf Priemer: Das Bestreben der fortschrittlichen Jugend in der Bundesrepublik ist seit langem auf gute Beziehungen zu den sozialistischen Ländern, insbesondere zur Sowjetunion gerichtet. Der Vertrag stellt einen Beitrag zur friedlichen Koexistenz dar, indem die Unantastbarkeit des territorialen Status quo beschlossen wurde – ein Ergebnis, das nur im jahrelangen Kampf gegen die reaktionärsten Kräfte erreicht werden konnte. Wenn in der Bevölkerung der Vertrag eine so breite Zustimmung fand, so ist das mit ein Ergebnis des langen Friedenskampfes. Doch mit der Unterzeichnung ist die Sache noch nicht erledigt, vielmehr bietet der Moskauer Vertrag große Chancen für Entspannung und dauerhaften Frieden, für Rüstungsbegrenzung und Abrüstung. Der Vertrag kann zum Segen der Völker in Europa werden und eine Wende in der westdeutschen Politik einleiten, wenn auf die antikommunistische Ostpolitik, die Alleinvertretungsmaßnahme gegenüber der DDR und auf die ungehemmte, alle bildungs- und sozialpolitischen Reformen gefährdende Aufrüstung verzichtet wird.

Wir stimmen der Erklärung des DGB zum Moskauer Vertrag zu, der die Erwartung aussprach, „daß mit diesem Vertrag der Weg zu einer allgemeinen international kontrollierten Abrüstung geebnet ist, damit die Erfüllung der dringend erforderlichen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben nicht länger durch die übergroßen Rüstungsausgaben behindert wird.“ Sehr richtig haben die Jungdemokraten und Jungsozialisten aus Hessen die Lage beurteilt, indem sie feststellten: „Es kann keine Gemeinsamkeit“ – und hier möchte ich ergänzen: und keine Nachsicht – „mit Politikern geben, die an einer neuen Dolchstoßlegende basteln und Friedenspolitik als Landesverrat diffamieren.“

Solchen richtigen Erkenntnissen sollte jetzt das gemeinsame Handeln der demokratischen Jugend folgen, um die Ratifizierung des Moskauer Vertrages zu erreichen. Schreibe jeder an seinen Abgeordneten, laßt uns die Abgeordneten aufsuchen und sie mit unseren Auffassungen bekannt machen. 81 Prozent der Bevölkerung sind für den Vertrag! Sie und nicht der neonazistische Klüngel um Strauß, Guttenberg, Barzel, Springer und Thadden müssen den Ausschlag geben.

elan: Und die Chancen, die mit dem Vertrag gegeben sind, sollte besonders die Jugend nutzen?

Rechtsradikalen entgegentreten

Rolf Priemer: Ja, die demokratische Jugend muß jetzt alles tun, um den Vertrag vor dem Rechtskartell der Herren Strauß, Barzel, Springer und Thadden zu schützen und seine sofortige, bedingungslose Ratifizierung im Bundestag sowie die Unterstützung der Regierung für den Plan einer europäischen Sicherheitskonferenz verlangen.

In diesem Zusammenhang ist es als sehr bedenklich zu werten, daß die Bundesregierung dem Rechtskartell insofern entgegenkommt, als daß sie die Ratifizierung des Vertrages von den Verhandlungen der vier Mächte um Westberlin abhängig macht. Damit wird das Schicksal des Vertrages der Politik der Westmächte überantwortet, also ein weiteres Stück unserer Souveränität aufgegeben. Außerdem tut man so, als stelle der Vertrag ein Geschenk an die Sowjetunion dar, für das man jetzt ein „Stück Berlin“ erhalten möchte. Die Dinge liegen aber ganz anders. Der Vertrag an sich bringt Vorteile für die Bürger der Sowjetunion, der Bundesrepublik und Berlins wie für alle Menschen in Europa, weil er dem Frieden dient. Die Verquickung der Berlinfrage mit dem Vertrag ist also unzulässig und dient der Reaktion.

Wir müssen daran erinnern, daß auch der Atomwaffensperrvertrag infolge des Drucks von rechts noch immer nicht ratifiziert wurde. Mit einer solchen Hinhaltepolitik muß jetzt Schluß gemacht werden, bevor die CDU/CSU, die NPD, Springer und die Vertriebenenverbände eine neue nationalistische Welle entwickeln können.

Ich meine ferner, der von allen demokratischen Jugendverbänden begrüßte Moskauer Vertrag gebietet auch die Konsequenz, jetzt endlich die Auseinandersetzung mit den neofaschistischen und revanchistischen Kräften in den Jugendringen und Jugendbehörden zu führen. Man kann doch nicht dem Gewaltverzicht und der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern zustimmen und gleichzeitig eine DJO in den Jugendringen dulden und diese wie andere revanchistische Gruppen finanziell unterstützen, die der Politik des friedlichen Ausgleichs entgegenarbeiten.

elan: Gehört dazu nicht auch, daß die demokratischen Jugendverbände jetzt endlich aktiv für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR eintreten müssen, wenn sie in ihrer Zustimmung zu dem Moskauer Vertrag glaubwürdig sein wollen?

Rolf Priemer: Selbstverständlich. Anders sind übrigens auch kaum gute Beziehungen zu den Jugendorganisationen der sozialistischen Länder möglich. Da kann der Bundesjugendring noch so viele Briefe ver-

schicken: Er muß sich in dieser Frage vom Rechtskartell des Herrn Strauß lösen.

Weltjugend gegen Imperialismus

elan: Womit wir bei den Verbänden des Bundesjugendrings und ihrem Wirken wären. Vertreter des DBJR und des Rings Politischer Jugend haben im Juli an der Weltjugendversammlung der UNO teilgenommen, die anlässlich des 25. Jahrestages dieser Weltorganisation stattfand. Die Mehrheit der 630 Delegierten aus aller Welt bezogen einen klaren antiimperialistischen Standpunkt. In den Dokumenten der Weltjugendversammlung wird der Abzug USA aus Indochina gefordert und die Solidarität der Jugend mit den arabischen Völkern und ihrem Kampf gegen die imperialistische israelische Aggression formuliert. Verurteilt wurden die Kolonialkriege Portugals und die rassistischen Regimes in Südafrika und Rhodesien. Die Versammlung geißelte den Faschismus in Griechenland, Spanien und Portugal. Auch gegen die herrschenden Kreise der Bundesrepublik richtete sich wegen deren Hilfe für faschistische und kolonialistische Regimes der Zorn der Jugenddelegierten. Für Europa wurde ein System der kollektiven Sicherheit, die Anerkennung der bestehenden Grenzen, einschließlich der zwischen BRD und DDR, die Gleichberechtigung der europäischen Staaten und die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO verlangt. Ein positives Ergebnis also, das sich sehen lassen kann.

Rolf Priemer: Ja, das Ergebnis der Weltjugendversammlung von New York weist auf hin, daß der antiimperialistische Kampfgeist der Jugend sich weiterentwickelt und immer breitere Kreise erfaßt. Das kann auch die manipulative Berichterstattung der hiesigen Presse nicht weglügen, die bis heute nicht darüber berichtet hat, was wirklich in New York geschah. Diese Presse hat so getan, als ob in New York die Kommunisten das Ruder an sich gerissen hätten. Dabei waren die Kommunisten unter den Delegierten in der Minderheit.

Die SDAJ begrüßt das Ergebnis der Weltjugendversammlung, und wir haben überhaupt kein Verständnis dafür, daß die fünfköpfige Delegation des RPJ und des DBJR das Treffen als „sinnlos“ und „völlig ergebnislos“ bezeichnete. Der Delegierte Norbert Hoyer jammerte gar, die Kommission zum Thema „Weltfrieden und Sicherheit“ wäre „zu sehr politisiert“ gewesen. Das Ergebnis von New York ist eine verstärkte antiimperialistische Politik der Weltjugendbewegung, ein Hinwenden zu mehr Aktionseinheit – und das wird als „sinnlos“ diffamiert. Ich glaube, die Bundesrepublik hatte die falschen Vertreter in New York.

elan: Das zeigte sich auch im Auftreten der fünf Westdeutschen am Sitz der UNO?

Rolf Priemer: Allerdings. Diese Leute trugen offensichtlich nicht zur antiimperialistischen Aktionseinheit der Jugend bei. Der Vertreter des Bundesjugendrings brüstete sich zwar mit Demonstrationen junger Leute gegen die Aggression der USA in Vietnam, aber er schmückte sich da doch wohl mit fremden Federn, denn die jungen Kämpfer, die in der Bundesrepublik gegen den US-Imperialismus demonstrieren, hatten in New York keinen Vertreter. Ich möchte daran erinnern, daß Bundesjugendring und Ring Politischer Jugend die SDAJ zurückgewiesen haben, als diese den Delegiertenplatz für New York beantragte. Auch Gewerkschaftsjugend und Jungsozialisten waren in New York nicht vertreten. Vertreten waren aber Leute, die die sozialistischen Länder des Imperialismus verdächtigt und der DDR ihren friedliebenden Charakter absprechen wollten. Diese Vertreter benahmen sich, wie man jetzt von Vertretern vieler mit uns befreundeter Jugendverbände hört, sehr arrogant, und sie waren stets bestrebt, gegen die DDR-Vertreter zu schießen, um ihnen den Zugang zu Wahlgremien der Versammlung zu versperren. Dennoch wurde ein FDJler zum europäischen Berichterstatter der ersten Kommission gewählt. Die Westdeutschen stellten gar – als nicht alles nach ihren Vorstellungen verlief – den Antrag, die britische Versammlungsleiterin abzuwählen. Sie unternahmen den Versuch, die Bundesrepublik von neokolonialistischer, imperialistischer Politik freizusprechen. Dies, obwohl die Bundesregierung mit dem Boba-Bassa-Projekt gerade zu dieser Zeit den afrikanischen Befreiungsbewegungen in den Rücken gefallen war. Befriedigt konnte Dirk Fischer, CDU-Bürgerschaftsabgeordneter in Hamburg und Vertreter der Jugend Union – neben Vertretern der „Falken“, der Jungdemokraten, der Pfadfinder und der Evangelischen Jugend Mitglied der BRD-Delegation in New York – anschließend feststellen, man habe in New York als „gemeinsam reagierende Delegation“ gehandelt. Es überrascht nicht, daß die westdeutschen Vertreter mit ihren Manövern bei der Mehrheit der Versammlung nicht landen konnten. Dem Ansehen der Jugend unseres Landes haben sie nicht genutzt.

Sollte es – wie in New York von der Weltjugendversammlung gefordert – in zwei Jahren zu einem zweiten derartigen Treffen kommen und eine „demokratische Auswahl der Teilnehmer“ gewährleistet sein, wie in dem Beschluß verlangt, denn sollte die Delegation aus der BRD so zusammengesetzt sein, daß die konsequent antiimperialistisch eingestellte, kämpfende Jugend der Bundesrepublik zu Gehör kommen kann. Dafür werden wir eintreten.

Europäischer Jugendkongreß geplant

elan: Nun könnte man ja bereits bei nächster Gelegenheit den Fehler von New York korrigieren. Wie man hört, wollen das Deutsche Nationalkomitee für Internationale Jugendarbeit und der Europäische Jugendrat (CENYC) vom 3. bis 6. Dezember 1970 in München den ersten Europäischen Jugenddelegiertenkongreß veranstalten. Zu diesem Kongreß werden Vertreter von Jugendorganisationen aller europäischer Staaten eingeladen, mit Ausnahme der staatlichen Jugendorganisationen von Griechenland, Portugal und Spanien. Jedes Land soll durch fünf Vertreter der Jugendorganisationen sowie zusätzlich je drei Vertreter des Parlaments und der Regierung vertreten sein. Als Hauptthema ist vorgesehen: „Die Emanzipation der jungen Generation in Europa“. Das Hauptreferat hält der schwedische Ministerpräsident Olof Palme. Wie man hört, hat Bundespräsident Heinemann die Schirmherrschaft über den Kongreß übernommen. Wie beurteilt die SDAJ dieses Vorhaben?

Rolf Priemer: Nun, wir wissen noch nicht genug darüber, um zu einem abschließenden Urteil gelangen zu können. Ich meine aber, bei diesem Treffen sollte allen relevanten Kräften der demokratischen Jugendarbeit unseres Landes die Möglichkeit gegeben sein, ihre politischen Vorstellungen einzubringen und das Ergebnis mitzugestalten. Sonst würde der Kongreß von vornherein Gefahr laufen, nur bestimmte Richtungen zu vertreten.

Zu begrüßen ist die klare Haltung hinsichtlich der faschistischen Jugendorganisationen Griechenlands, Portugals und Spaniens, die nicht zugelassen werden zu dem Kongreß. Andererseits gehört die revanchistische DJO noch immer sowohl dem CENYC als auch dem DNK an, also den beiden Gremien, die die Initiative zu dem Kongreß ergriffen haben. Diesen Widerspruch müssen die Initiatoren lösen.

Die Jugend unseres Kontinents steht ja vor der Aufgabe, Frieden und Demokratie zu sichern und Faschismus und Revanchismus zu bekämpfen. Dazu gehört auch, daß die Jugend Europas sich zusammenfindet im Kampf für europäische Sicherheit und gegen jene Kräfte in der Bundesrepublik, die die Nachkriegsgrenzen nicht anerkennen wollen und die Aufrüstung forcieren.

elan: Die Initiatoren des Kongresses wären also gut beraten, den Kampf für Frieden und gegen Faschismus in Europa in den Mittelpunkt der Veranstaltung zu stellen und alle, die an diesem Kampf teilnehmen, einzuladen?

Rolf Priemer: Genau, denn die Emanzipation der Jugend kann nur erreicht bzw. – in den sozialistischen Ländern – gesichert werden, wenn Krieg und Faschismus ge-

bannt sind. Der Kongreß muß souverän sein, um eine dementsprechende Tagesordnung zu beschließen.

Worum geht's beim Europäischen Jugendwerk?

elan: Nun soll, wie man hört, auch das Projekt eines europäischen Jugendwerkes in München auf dem Delegiertenkongreß diskutiert werden. Welche Auffassung vertritt die SDAJ dazu?

Rolf Priemer: Der Informationsdienst des Bayerischen Jugendringes bezeichnete es sogar als Hauptaufgabe des geplanten Münchener Delegiertenkongresses, ein europäisches Jugendwerk vorzubereiten. Die SDAJ befürwortet ein Europäisches Jugendwerk, das der europäischen Sicherheit und den gemeinsamen Interessen der Jugend in Europa dient. Auf einige bedenkliche Entwicklungen muß aber hingewiesen werden: Wie jetzt bekannt wurde, will das Ministerkomitee des Europarates in Straßburg Mitte September eine Entscheidung über die Gründung des Europäischen Jugendwerkes herbeiführen. Man geht davon aus, daß staatliche und freie Träger – also Regierungen und Jugendverbände – die geplante Einrichtung tragen sollen. An der Gründung sollen alle Unterzeichnerländer der Europäischen Kulturkonvention – einer Einrichtung des Europarates – teilnehmen. Der Europarat ist eine westeuropäische Einrichtung, und Westeuropa soll offenbar Kern des Europäischen Jugendwerkes sein – erst später sollen die sozialistischen Länder hinzugebeten werden, wenn alles entschieden ist. Es sind also alles kapitalistische Länder, die den Ton angeben, einschließlich das faschistische spanische Regime; das soll auch mitmachen dürfen, wie es besonders die Pläne der Bundesregierung vorsehen. In einem Interview hat Staatssekretär Heinz Westphal vom Bundesjugendministerium die Teilnahme Spaniens mit Hinweis auf die Jugendkontakte zu sozialistischen Ländern begründet und somit jene antikommunistische Hetze der Gleichsetzung von Rechts und Links aufgewärmt. Westphal sagt: „Eine Hofierung von diktatorischen Regimen ist von dieser Bundesregierung nicht beabsichtigt.“ Aber das Franco-Regime soll in einem Europäischen Jugendwerk Gelegenheit bekommen, sich eine weiße Weste zu waschen und die Verfolgungen, den Mord und die Folter gerade an demokratischen Kämpfern der jungen spanischen Generation vergessen zu machen. Dagegen protestiert die SDAJ ebenso wie die Gewerkschaftsjugend und Funktionäre anderer Arbeiterjugendorganisationen leidenschaftlich. Leider fehlt vom Bundesjugendring noch immer jedes Wort des Protestes zu der Einladung an Francos Jugendführer.

elan: Was ist denn nach Deinem Eindruck die Haltung des Bundesjugendrings zu dem Projekt eines Europäischen Jugendwerkes?

Rolf Priemer: Die Verbände des Bundesjugendrings fordern, bei der Vorbereitung und Vorentscheidung über die Errichtung eines Europäischen Jugendwerkes mitverantwortlich teilnehmen zu können. Das ist eine Forderung, die nur zu unterstützen ist. Welche Vorstellungen aber bringen die Verbände des DBJR ein? Was soll die Politik einer Einrichtung sein, an der die Jugendverbände West- und Osteuropas mitwirken sollen? Dazu wird der Bundesjugendring etwas mehr sagen müssen, als er bisher tat, etwa in seinem Memorandum zum Europäischen Jugendwerk, dem offenbar jene modischen Gedanken der Konvergenztheorie des allmählichen Angleichens kapitalistischer und sozialistischer Gesellschaftsordnungen zu Grunde liegen. Ein Angleichen, dem der Sozialismus zum Opfer fällt. In dem Memorandum wimmelt es nur so von Begriffen aus dem Arsenal bürgerlicher Konvergenztheoretiker, wie „Reform des modernen bürokratischen Staates“, „Ähnlichkeit der innenpolitischen Protestbewegungen“, „größere Freizügigkeit“ und „wechselseitige menschliche Begegnung“. Ich frage mich, ob hier der Versuch des Eindringens in die sozialistischen Länder jetzt auf der Jugendflanke erfolgen soll, nachdem die Regierungen und Bundestagsparteien damit Schiffbruch erlitten haben.

elan: Was soll denn nun geschehen? Oder ist die SDAJ gegen ein Europäisches Jugendwerk?

Rolf Priemer: Keinesfalls. Wir sind für ein Europäisches Jugendwerk, in dem die Jugend gleichberechtigt sich begegnet und

Diskussionen und Aktionen für ein Europa ohne Faschismus und Krieg durchführt. Das Europäische Jugendwerk muß seinen Beitrag leisten zur europäischen Sicherheit und zur Aktionseinheit der demokratischen Jugend. In einem Beschluß des 2. Bundeskongresses der SDAJ haben wir ein solches Jugendwerk verlangt, durch das mit gewährleistet wird:

- die völkerrechtlich gesicherte Anerkennung der DDR und der bestehenden Grenzen in Europa,
- vollständige Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs und der Hallstein-Doktrin durch die Bundesregierung, durch westdeutsche Jugendverbände und Parteien;
- Beseitigung des Neonazismus und Revanchismus,
- Nichtigkeitserklärung des Münchener Abkommens von Beginn an,
- Abrüstung.“

Ein Jugendwerk, das nicht auf diesen Grundprinzipien basiert, könnte, so formulierten wir in unserer Resolution weiter, „von reaktionären Kräften in der Bundesrepublik mißbraucht werden, um politische Vorherrschaftspläne in Westeuropa voranzutreiben, Gedanken der Konterrevolution in die Jugend der sozialistischen Länder zu tragen und die Bevormundung der Jugend der DDR und ihrer Jugendorganisationen als nicht gleichberechtigt fortzusetzen.“

Ich meine, angesichts der faktischen Übereinstimmung der Herrschenden mit einigen demokratischen Jugendverbänden in dieser Frage – jeder will das Europäische Jugendwerk, kaum einer sagt, wozu es dienen soll – muß jetzt endlich die inhaltliche Diskussion über das Projekt beginnen. Die SDAJ wird sich an dieser Diskussion beteiligen. Und schließlich kann ich aus vielen Diskus-

sionen mit Vertretern der Jugendorganisationen sozialistischer Länder den Eindruck wiedergeben, daß man dort den Standpunkt der SDAJ teilt und endlich wissen will, welcher Politik ein solches Jugendwerk dienen soll.

elan: Nun, Du hast die Vorstellungen der SDAJ für ein Europäisches Jugendwerk und auch für eine europäische Aktionseinheit der demokratischen Jugend umrissen. Gibt es Ansatzpunkte bei anderen Jugendverbänden, denen Ihr zustimmt?

Rolf Priemer: Selbstverständlich. Grundsätzlich wäre es schon zu begrüßen, wenn die demokratischen Jugendverbände der Bundesrepublik ihre Beschlüsse zur Friedenssicherung in Europa zur Grundlage einer inhaltlichen Diskussion über ein Europäisches Jugendwerk machten. Speziell zum Europäischen Jugendwerk begrüßen wir die antifaschistische Position der Gewerkschaftsjugend. Auch innerhalb der Organisation der Jungdemokraten wurde ein interessantes, konstruktives Papier zum Europäischen Jugendwerk erarbeitet. Und schließlich gibt es ja die Beschlüsse des Jugendcolloquiums der Europäischen Gemeinschaften, denen auch die SDAJ zugestimmt hat. Sie sehen vor: die Anerkennung der bestehenden Grenzen und der DDR, den Ausbau der Rechte der werktätigen Jugend in Westeuropa, das Zusammengehen der demokratischen Jugend im Kampf gegen die Vorherrschaft des Monopolkapitals in Westeuropa. elan berichtete über diese Beschlüsse. Sie könnten mit eine Grundlage für die Diskussion über ein Europäisches Jugendwerk und für die Kooperation der Jugend des ganzen Kontinents abgeben.

elan: Wir danken Dir für Deine Ausführungen.

Was haben die Kommunisten vor?

Motor des Fortschritts

Jugendprogramm der DKP

Für die demokratische Hochschule

Vorschläge der DKP zur Hochschulreform

Bildung – Gesellschaft – Zukunft

Vorschläge der DKP für ein demokratisches Bildungswesen

Zu beziehen durch:

DKP

4 Düsseldorf,
Prinz-Georg-Str. 79

Magazin

Kalter Krieg aufgewärmt

„Radio Freies Europa“
- ein Propaganda-
sender für westliche
„Freiheit“

Von Ronald Sommer

„Hlasi se vam ceskoslovenska stanice rozhlasu Svobodna Europa.“ Mit dieser Ansage und einem Pausenzeichen mit Motiven aus der tschechischen und slowakischen Nationalhymne meldet sich jeden Morgen um 4.57 Uhr „Radio Freies Europa“ mit seinem 19-Stunden-Programm für die Tschechoslowakei. Eine „freie“ Stimme können auch die Ungarn („Szabad Europa Radio“) und Polen („Radia Wolna Europa“) täglich 18 Stunden lang vernehmen. Für Bulgarien und Rumänien stellt RFE jeweils die Hälfte dieser Sendezeit zur Verfügung.

Das Gebäude dieser Radio-Propagandazentrale steht in München am Englischen Garten und ist zur Zeit des Kalten Krieges entstanden. „Radio Freies Europa“ verfügt über 5 Sender bei Holzkirchen und 9 Sender bei Biblis in der Bundesrepublik sowie 18 leistungsstarke Kurzwellensender in der Nähe von Lissabon.

Es ist kein Zufall, daß die Rundfunkanstalt Portugal als Hauptsendestation gewählt hat. Die fast 40 Kurzwellenfrequenzen sind sowohl in der BRD als auch in Portugal registriert. Das ist ein einmaliger Vorgang im internationalen Rundfunkrecht. In den Haupt-Kurzwellenbändern werden bis zu 25 Frequenzen gleichzeitig benutzt mit Sen-

dern, die zum Teil eine Leistung von 500 kW abstrahlen und auf den ohnehin überbelagten Bändern andere Radiostationen erheblich stören. Die rechtliche Zulässigkeit der Sendetätigkeit von RFE auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland ist umstritten. Das Bundespostministerium konnte bis heute keine präzise rechtliche Grundlage nennen.

„Radio Freies Europa“ gehört zur „Free Europe Incorporated“ in New York. Die Organisation wurde 1949 von einer Gruppe amerikanischer Bürger auf privater Basis gegründet und wird vor allem von der Großindustrie in Form von Stiftungen finanziert. Das Komitee betreibt neben dem Rundfunksender nachrichtendienstähnliche Forschungen über die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungen in den sozialistischen Ländern. An den Ergebnissen sind amerikanische Dienststellen, besonders der Geheimdienst C. I. A., stark interessiert.

Die Zielsetzung der „Free Europe Inc.“ zeigt sich im Symbol der Freiheitsglocke mit dem Motto: „That this World under God shall have a new Birth of Freedom“ (Auf daß diese Welt unter Gott eine neue Geburt der Freiheit habe) und verdeutlicht sich durch folgende Aussage: „Der Kommunismus in Ideologie und Praxis ist eine schwere Last für die ihm unterworfenen Völker und stellt eine Herausforderung an die westliche Demokratie dar, welche es zu bestehen gilt.“

Den Hauptkampf gegen diese Herausforderung übernimmt „Radio Freies Europa“, das seine Sender hauptsächlich in einem Land „westlicher Demokratie“, nämlich im Portugal des Diktators Salazar aufgebaut hat. Die Verteidiger der „freien Welt“ — weit über tausend Personen — befinden sich jedoch direkt an der Front: im Münchner Rundfunkhaus, wo die „Foundation Radio Free Europe“ mit jährlich 16 Millionen Dollar den Rundfunkkrieg führt.

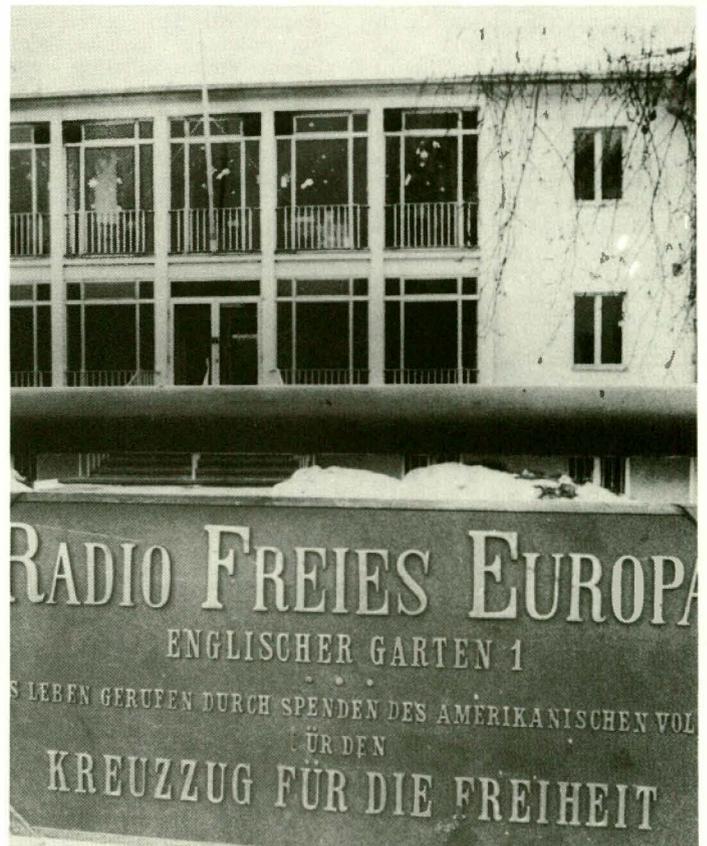
Unter den Mitgliedern dieses Gremiums sind Vertreter bedeutender amerikanischer Industriekonzerne wie „Standard Oil“, „General Motors“ und „U. S. Steel.“

„Radio Freies Europa“ hat längst die primitiven Methoden des Kalten Krieges der fünfziger Jahre überwunden. Heute wird der Propagandafeldzug mit modernen Formen geführt, was die Prinzipien des Kalten Krieges nicht aufhebt, sondern diese verschleiert aufrecht erhält.

Der Sender bringt in seinen Programmen viel Popmusik, auch aus den osteuropäischen Ländern, und überrascht die Hörer mit dem Wetterbericht aus dem betreffenden Land. Dabei bedient sich RFE einer

ganz einfachen Methode: man hört die Sender Osteuropas ab. Neben dieser Informationsquelle dienen sämtliche Presseagenturen der sozialistischen Länder als Nachrichtengeber. Die Abteilung „East Europe Research and Analysis“ hat sich darauf spezialisiert, alle Agenturen von der sowjetischen TASS bis zur ungarischen MTI anzuzapfen. Diese Informationen werden dann illegal an westliche Pressedienste kostenlos weitergegeben.

In einer Sendung des Ungarischen Rundfunks wurde Anfang Juli eindringlich gefragt, ob die Minister Genscher und Scheel die Existenz des Propagandasenders auf dem Boden der Bundesrepublik aufrechterhalten wollen. ■



Jahr für Jahr muß der Lizenzvertrag für den Hetszsender „Radio Freies Europa“ von der Bundesregierung verlängert werden. Das letzte Mal geschah dies am 1. Juli 1970. Gewaltverzicht findet im Äther noch nicht statt.

„Russe müßte man sein“

Wie die „Deutsche Sporthilfe“ olympisches Gold schmieden möchte

Von Hans-Jörg Hennecke

Der ob des östlichen Medail- lenregens bei vergangenen olympischen Wettbewerben und Meisterschaften enttäuschte West-Sportfreund kann einigermaßen beruhigt in die Zukunft blicken.

Schon 1972 in München kann alles ganz anders sein, denn die „Stiftung Deutsche Sporthilfe“ hat den Schleier des Geheimnisses über Ost-Erfolge gelüftet.

Das Ergebnis ist in ganzseitigen Anzeigen zu lesen, die illustrierte wie „stern“ und „Quick“ kostenlos veröffentlichen. Das Foto eines — offenbar in einem sozialistischen Land beheimateten — Kugelstoßers wird da mit der verblüffenden Erkenntnis kommentiert: „Er stößt nicht weiter, weil er Marxist ist. Sondern weil er besser trainieren kann.“ Donnerwetter, wer hätte das vermutet! Und in einer anderen Anzeige sehnsüchtig:

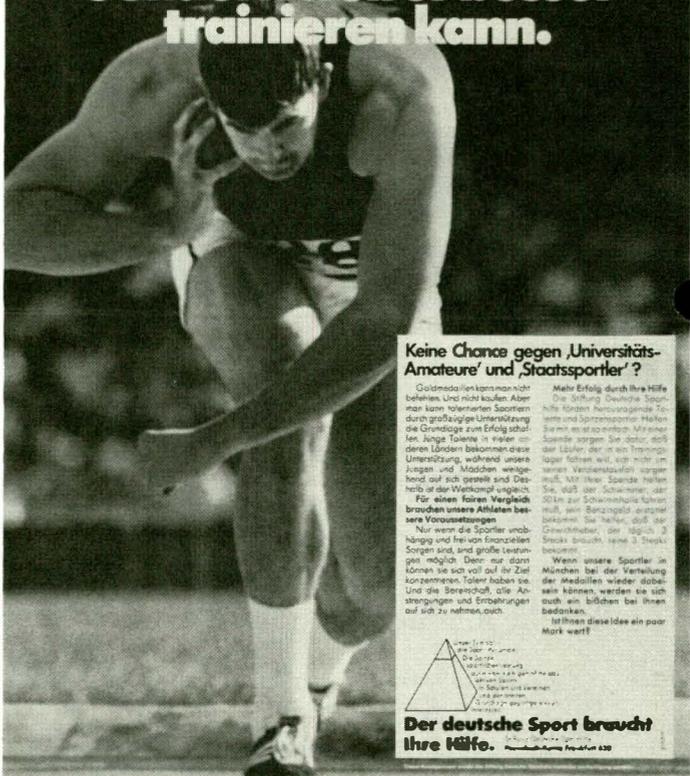
„Russe müßte man sein.“ (Ob das Ärger mit dem Verfassungsschutz gibt?)

So erkennt die Sporthilfe, daß die Sportler der sozialistischen Länder von ihrem Staat gefördert werden, und daß nicht Drohung mit Haft und Verbannung die Sportler antreibt. Denn: „Goldmedaillen kann man nicht befehlen. Und nicht kaufen.“

Und da weist die Sporthilfe den Ausweg: „Helfen Sie mit, es ist so einfach: Mit Ihrer Spende helfen Sie, daß der Schwimmer, der 50 km zur Schwimmhalle fahren muß, sein Benzingeld erstattet bekommt. Sie helfen, daß der Gewichtheber, der täglich drei Steaks braucht, seine drei Steaks bekommt.“

Aha, während also die sozialistischen Staaten alles zur Entfaltung menschlicher Talente leistet, den Massen- und Breitensport in jeder nur möglichen Form fördern (denn daraus entwickeln sich Weltmeister und Olympiasieger), ist in Bonn für so etwas kein Geld vorhanden. Da soll nun der Geldbeutel des Sportfreundes erhalten. Für Benzingeld und Steaks. Währenddessen bauen die sozialistischen Staaten eine Sportförderung aus, der jeder einzelne Bürger teilhaftig wird. Vielleicht wird die Sporthilfe 1972 entdecken, daß der ungarische Kugelstoßer, der polnische Langstreckenläufer, der DDR-Schwimmer oder der sowjetische Speerwerfer den mit 3 täglichen Steaks geförderten BRD-Olympioniken doch überlegen ist. Und eben doch deshalb, weil die sozialistische Gesellschaft sie fördert. ■

Erstößt nicht weiter, weil er Marxist ist. Sondern weil er besser trainieren kann.



Keine Chance gegen Universitäts-Amateure und Staatsportler?

Goldmedaillengewinn man nicht befehlen. Und nicht kaufen. Aber man kann talentierten Sportlern durch großzügige Unterstützung die Grundlage zum Erfolg schaffen. Jüngste Talente in vielen anderen Ländern bekommen diese Unterstützung, während unsere Jungen und Mädchen weitgehend auf sich gestellt und Dethronis der Weltkämpfe ungeachtet.

Für einen fairen Vergleich, brauchen unsere Athleten bessere Voraussetzungen.

Nur wenn die Sportler unabhängig und frei von finanziellen Sorgen sind, sind große Leistungen möglich. Dazu: nur dann können sie sich voll auf ihr Ziel konzentrieren. Talente haben sie. Und die Bereitschaft, alle Anstrengungen und Entbehrungen auf sich zu nehmen, auch.

Mehr Erfolg durch Ihre Hilfe. Die Stiftung Deutsche Sporthilfe fördert herausragende Talente und hochmotivierten Helden. Sie sind es, die uns den Olympiasieg bringen. Sie sind es, die uns den Weltmeistertitel sichern. Sie sind es, die uns den Weltrekord bescheren. Sie sind es, die uns den Weltcup gewinnen lassen. Sie sind es, die uns den Weltmeistertitel sichern. Sie sind es, die uns den Weltrekord bescheren. Sie sind es, die uns den Weltcup gewinnen lassen.

Wenn unsere Sportler in München bei der Verteilung der Medaillen wieder dabei sein können, werden sie sich auch ein bisschen bei Ihnen bedanken.

Ist Ihnen dieses ein paar Mark wert?

Der deutsche Sport braucht Ihre Hilfe.

Stiftung Deutsche Sporthilfe
Postfach 1000, 5000 Köln 1

Bestrickte Heldenbrust

Pullover mit „Special Feeling“

Von Bert Holt

„An aufgeschlossene Menschen!“ wendet sich die Hamburger Firma „Tribus Sportswear — Erwin Schulz“. Denen will sie Baumwoll-Pullis mit Aufdrucken verkaufen: Bilder von Marx oder Elvis Presley, von Mao oder den Beatles, von Ho Tshi Minh oder Twiggy auf der Brust sollen den Kunden helfen, „ihre Zugehörigkeit untereinander“ zu beweisen. Aber „immer mehr wird in letzter Zeit“ nach Sport-

und Freizeitpullovern mit sozialistischen Emblemen gefragt. Die konkurrierende Hamburger „Internationale Textile Print“ betont in ihren Anzeigen für Bundeswehr-Angehörige, es sei besonders „nützlich“, daß solche Pullis mit Wappen und Waffen „dem Träger ein Gefühl des Besonderen“ verleihen. Die Elite der Nation bekommt fünf Prozent Sonderrabatt, „Tribus“ läßt ab 50 Stück gar 10 Prozent nach. Die Firma lieferte ein- bis dreifarbig rollende Panzer, reißende Adler, blitzende Schwerter und fliegende Starfighter unter anderem schon für die besonderen Brüste von Angehörigen der Feldjägerkompanie 4 in Regensburg, des Fallschirmjägerbataillons 313, des Kieler Marineflieger-Geschwaders 5 und des Gebirgsjäger-Bataillons 222 in Mittenwald. Solch außerdienstlicher Kampfschmuck, urteilt „Tribus“ selbst, „ist phantastisch“. Darum „Zögern Sie nicht!“ mit der Bestellung. „Oder wollen Sie hinter anderen zurückstehen?“

Kompaniepullover für Sport und Freizeit

Immer mehr wird in letzter Zeit nach unseren aktuellen Freizeitpullovern für Soldaten gefragt. So entschlossen wir uns, Sie alle in den Genuß dieses preiswerten Angebots kommen zu lassen. Schicken Sie uns eine kleine Skizze mit dem Emblem Ihrer Kompanie und wir bedrucken Pullover nach Ihren Wünschen zu den besten Preisen. (Menge nach Vereinbarung)



RESERVE HAT RUH'

Elektronischer Völkermord

US-Generale suchen in einer Wunderwaffe Rettung vor der Niederlage

Von Wolfgang Bartels

Die USA können ihren Krieg in Indochina nicht gewinnen. Keine der von den US-Militärs angewandten Methoden reichte aus, den Widerstand der Völker Vietnams, Laos und Kambodschas zu brechen; nicht

die Methode, die Bevölkerung eines ganzen Dorfes mit Handfeuerwaffen auszurotten wie in My Lai und auch nicht die Methode, Widerstandskämpfer unter unmenschlichsten Bedingungen in Tigerkäfige unter US-Aufsicht einzupferchen, wie in Con Son.

Jetzt suchen die US-Generale in einer Wunderwaffe die letzte Chance, doch noch zu gewinnen — wie Hitler in seinen letzten Tagen.

Durch einen Brief des Senators Proxmire aus Wisconsin an den US-Kriegsminister kam es ans Tageslicht. Und Springers „Welt“ beschreibt genüßlich die Wirkung dieses „automatisierten Schlachtfeldes“: „Zu Hunderttausenden werden kleine Sprengkörper, als Tigerkot getarnt, über weite Landstriche abgeworfen. Wird dieser „Kot“ durch irgendein Lebewesen berührt, löst ein kompliziertes elektronisches System von hochempfindlichen Mikrofonen und Sensoren, Computern

und Lasergeräten ein riesiges Inferno aus, dem nichts Lebendes mehr entrichten kann.

Die totale Vernichtungsmaschinerie wird unweigerlich in Gang gesetzt, gleichgültig, ob ein Tier, ein Kind oder ein Soldat der Befreiungsarmee der Auslöser war.

Bereits 1969 lobte der konservative Senator Goldwater: „Ich habe eine Reihe dieser Geräte im Einsatz gesehen und bin ganz begeistert davon, was diese Apparate für unsere Bodentruppen tun können...“

Und auch der ehemalige Vietnambefehlshaber Westmoreland sagte: „Gegenwärtig befinden sich Hunderte von Systemen zur Aufklärung, Zielfeststellung, Nachtbeobachtung und Datenverarbeitung entweder im Einsatz oder in der Entwicklung.“

Über zwei Milliarden Dollar ließen die USA sich das Projekt bereits kosten. Doch bis zur vollen Einsatzreife wird das Zehnfache benötigt.

Hauptlieferant jener hochempfindlichen Meßgeräte ist der US-Konzern Hewlett-Packard, dessen Miteigentümer Packard stellvertretender Kriegsminister Nixons ist.

Auch Firmen aus der Bundesrepublik scheinen an dem Projekt beteiligt zu sein. Denn neben dem US-Konzern Hewlett-Packard stellt ausgerechnet die Münchner Firma Rohde & Schwarz solche hochempfindlichen elektronischen Geräte her, die sie vor allem in die USA exportiert. Rohde & Schwarz ist zusammen mit AEG-Telefunken, Siemens und Standard Electric Lorenz an der Firma ESG-Elektronik-System GmbH in München beteiligt, die gegenüber der Bundesregierung für Entwicklungen auf elektronischem Gebiet verantwortlich ist. Erst kürzlich wurde sie mit der FEG Flug-Elektronik GmbH verflochten, in der vor allem die US-Konzerne Honeywell, Litton und Teldix vertreten sind. ■



Die „Zukunftsträchtigkeit“ der Berufsausbildung demonstrierten recht anschaulich Lehrlinge in einem Demonstrationszug durch die Essener Innenstadt. Dies war nur einer der guten Einfälle, mit denen die Arbeitsgemeinschaft kaufmännischer und gewerblicher Lehrlinge auf die schlechte Ausbildung aufmerksam machte. Auch das Wort „Ausbeuter“ wurde symbolisch zu Grabe getragen. Am Beispiel des Unternehmers und SPD-Landtagsabgeordneten Fritz Marquardt hatten die Essener Lehrlinge und ihr Berufsschullehrer Rolf Freitag aufgezeigt, welche Goldesel Lehrlinge für ihre Lehrherren sind. Doch Marquardt fühlte sich durch das Wort „Ausbeuter“ beleidigt und ging vor Gericht. Obwohl das Gericht die von

Freitag vorgebrachten Fakten nicht entkräften konnte, wurde der Lehrer zu 2000 DM Geldstrafe und zum Widerruf des Wortes „Ausbeuter“ verurteilt. Um die Prozeßkosten von 9000 DM zu decken, sammelten die Lehrlinge auf ihrer Demonstration Geld. Es wurde ein Konto zur Unterstützung der Essener Lehrlinge eingerichtet: Sonderkonto Lehrlinge, Michael Kowertz; Nr. 178 997 beim Post-scheckamt Essen.

Ein Ereignis am Rande: Als die Essener Falken auf dieses Konto 300 DM einzahlten, fühlten sich führende Sozialdemokraten so getroffen, daß sie den Falken sofort Wohlwollen und finanzielle Unterstützung kündigten!

Führerschein per Feuerpatsche

So will man Nachwuchs für Selbstschutzwarte locken

Von Bert Holt

Bundesdeutschlands Autofahrer sollen mit Feuerpatsche und Sandeimer den Luftschutzwarten des Zweiten Weltkrieges nahefeiern, Führerscheinebewerber in einem 12-Stunden-Kursus etwas über Bunkerbau und Eichhörnchen-Vorrat lernen. So will es der „Bundesverband für den Selbstschutz“ (BVS).

Bis zur Umtaufe 1968 hatte der BVS noch als „Bundesluftschutzverband“ (BLSV) einige hundert Millionen Steuer-Gelder für Werbung verpulvert unter dem Motto: „Jeder hat eine Chance!“

Jetzt hat der BVS, dem Bundesinnenminister direkt unterstellt, noch eine Chance: Zum Luftschützer brachte angesichts von ABC-Waffen niemand so recht Begeisterung auf. Zum Selbstschutz lassen sich BRD-Bürger eher bewegen, hat man herausgefunden. Der Name des Verbandes wurde geändert — nicht jedoch die Zielsetzung. Die liegt — laut Eigendarstellung — auch darin, jeden „zu einer echten inneren Einstellung zum Selbstschutz zu führen. In solchem Bemühen wird der BVS seit August 1969 von der geänderten Straßenverkehrs-Zulassungsordnung (StVZO) unterstützt.

Die verlangt von jedem Führerscheinebewerber den Nachweis eines Erste-Hilfe-Kursus. Ersatzweise, so Absatz 4, eine Bescheinigung über die Teilnahme an der Selbstschutz-Grundausbildung.

Dr. Bruno F. Schneider, Leiter der Verbandspressestelle: „Das ist für uns natürlich eine recht gute Gelegenheit, die Fragen des Selbstschutzes an den Mann zu bringen.“ Denn der BVS macht — dank Steuergeldern — gratis: Wer sich in 12 Stunden zum Selbstschützer ausbilden läßt, zahlt keinen Pfennig.

Führerschein-Bedingung sind indes laut StVZO nur sechs Stunden Erste Hilfe. Solche Kurz-Kurse führt zum Beispiel das Rote Kreuz durch und verlangt 10 DM Unkostenbeitrag. Aber: Wer in 16 Stunden den ganzen Erste-Hilfe-Lehrgang des DRK absolviert, kann die 10 DM sparen.

Trotz solcher Konkurrenz ist — so Dr. Schreiber — dank der „permanenten Werbung“ schon „ein Ansteigen der Ausbildungsquote zu bemerken“. Wer jedoch den Selbstschutz-Kursus absitzen will (der flugs von 10 auf 12 Stunden verlängert wurde), erfährt keineswegs mehr über Erste Hilfe am Unfallort als die Teilnehmer eines Kurzlehrgangs beim DRK.

Denn er wird nicht nur in der „Bekämpfung von kleinen Bränden“, in „Rettung und Selbstbetreuung“ unterrichtet. Er wird auch eindringlich „auf den Verteidigungsfall hingewiesen, in dem sich diese Gefahren voraussichtlich vervielfältigen werden.“

Und aufgrund solch weiser Voraussicht „enthält diese Ausbildung“ für den Autofahrer in spe auch gleich „Angaben über Schutzmöglichkeiten und

richtiges Verhalten bei dem Einsatz von atomaren, biologischen und chemischen Kampfmitteln, sowie Hinweise auf die zweckmäßige Ausstattung von Schutzräumen.“

Und da der BVS seine Schäflein nicht verkommen läßt, hören alle Kursusabsolventen auch gleich einiges „über eine hauswirtschaftlich vernünftige Bevorratung für Krisen und Notfälle“.

Der BVS — mit 20 Schulen, 10 Landesstellen, 401 Ortsstellen und „Beauftragten in jeder Gemeinde“ für den Ernstfall organisiert — braucht solche Eichhörnchen: Er hat alle Gemeinden in „Selbstschutz-Blocks“ gliedern. Ein solcher Block besteht aus vier bis acht „Selbstschutz-Gemeinschaften“, für deren höchstens 125 Mitglieder der Verband „alle einsatzfähigen Bewohner“ jedes Hauses in der Kartei hat.

Jede „Selbstschutz-Gemeinschaft“ aber braucht ihren „Selbstschutzwart“ in BVS-Drillich und Schutzhelm, der gut mit Feuerpatsche und Sandeimer umgehen kann. Und eben diese will der BVS künftig aus Führerscheineaspiranten rekrutieren.



„Kommunistenscheiße“

Ein aufschlußreicher Testversuch

Von Arno Behrlich

Vor geraumer Zeit machte ich mir den Spaß, in einer Versammlung jene Kapitel aus dem Grundgesetz und der Verfassung von NRW vorzulesen, die sich mit Enteignung und Mitbestimmung betassen. Die Quelle nannte ich nicht, sondern fragte die Versammelten, woher das wohl sein könnte. Die vielsache Antwort kam spontan: „Aus Propagandaschritten der SED oder DKP.“ Nun hat sich, wie die schwedische Zeitung „Aftonbladet“ berichtet, ein amerikanischer Reporter am Unabhängigkeitstag einen ähnlichen Scherz erlaubt. Er schrieb die Unabhängigkeitserklärung groß ab und fragte 300 Teilnehmer einer kirchlichen Veranstaltung, wer das wohl verfaßt haben könnte. 28 Prozent sagten: „Lenin“. Andere antworteten: „Von einem Kommunisten“ oder „Von einem, der unserem Land nicht wohlgesonnen ist“; „Von einem Hippie“.

Das brachte den Reporter auf die Idee, die Unabhängigkeitserklärung in jenem Teil, der alle Menschen als von Gott gleichgeschaffen erklärt, als Petition abzuschreiben und um Unterschriften zu bitten. Als er auf Miamis Straßen die Leute dazu aufforderte, zeigte es sich, daß von 50 Personen nur eine zur Unterschrift bereit war. Zwei Personen schrien: „Kommunistenscheiße“. — Jemand sagte: „Sei vorsichtig mit deiner Propaganda gegen die Regierung.“ Ein anderer wollte die Polizei rufen, während wieder ein anderer sagte: „Man sollte FBI von diesem Unsinn unterrichten!“ Einer der Angesprochenen las den ganzen Text und meinte: „Das muß das Werk eines Irren sein. Wer wundert sich da noch über die qualvolle Diskrepanz zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit hier bei uns und in dem Lande, das sich gern „Führungsmacht der freien Welt“ nennen läßt.“

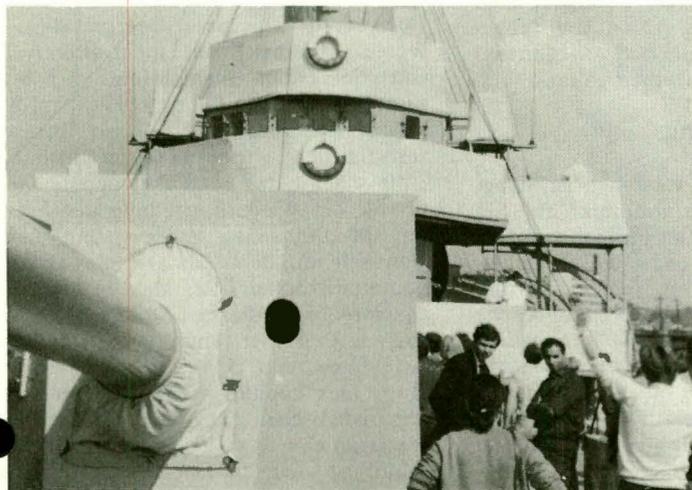
UdSSR aus erster Hand

1. Freundschaftslager
Komsomol - SDAJ
beendet

Von Doris Wichard

Auf dem 2. Bundeskongreß
der SDAJ sprachen die Vertre-
ter des Leninschen Komsomol

Junge westdeutsche Sozialisten auf dem Revolutionsschiff
Aurora



der Sowjetunion die Einladung
aus: 250 SDAJler sollten drei
Wochen lang das Land Lenins
kennenlernen. Am 26. Juli war
es soweit: bei Brest überquer-
ten wir die sowjetische Gren-
ze. In Minsk, der Hauptstadt
Belorußlands, legten wir am
Ehrenmal der Opfer des Fas-
chismus einen Kranz nieder.
In Moskau schließlich empfing
uns das ZK des Komsomol.
Über Leningrad ging es weiter
zum Zielort unseres Lagers.
Begeistert nahmen uns 100
Komsomolzen im Lager Noorus
an der Ostseeküste auf. Sie be-
mühten sich, uns während des
Aufenthaltes soviel wie mög-
lich von ihrem Land zu ze-
igen. Gemeinsam besuchten
wir Betriebe und Kolchosen.
Wir diskutierten mit Experten

Themen wie: Berufsausbildung
in der UdSSR, die Stellung der
Frau, die Pionier- und Kom-
somolbewegung. Ebenso trafen
wir mit Veteranen der Okto-
berrevolution und der Roten
Armee zusammen. Ein Höhe-
punkt des Lagers war ein ge-
meinsamer Arbeitseinsatz als
solidarische Hilfe für das
kämpfende Vietnam. Neben
politischen Schwerpunkten ka-

men aber auch sportliche Wett-
kämpfe und freundschaftliche
Einzelkontakte nicht zu kurz.
Als Freunde sind wir zu den
Komsomolzen gefahren. Daß
diese Freundschaft noch fester
geworden ist, verdanken wir
unserem ersten Treffen. Jeder
war sich darüber im klaren,
daß noch viele Treffen Kom-
somolzen — SDAJ folgen wer-
den. ■

Neue Ost- politik?

Bonn läßt immer noch
Kalten Krieg spielen

Von Hans Kluthe

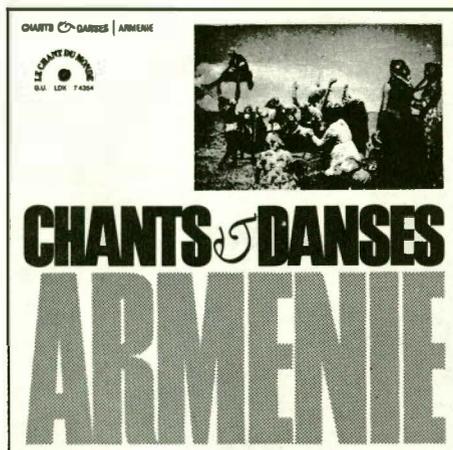
Willy Brandt fährt nach Mos-
kau — Deutsch-sowjetischer
Vertrag abgeschlossen — Oder-
Neiße-Grenze anerkannt —
Neue Ostpolitik!
In der BRD scheint sich ein
Klima der Verständigung zu
den sozialistischen Staaten an-
zubahnen — außenpolitisch.
Doch was geschieht in der
BRD? Wie steht es um die Be-
ziehungen zwischen beiden
deutschen Staaten? Kann in
der BRD endlich objektiv über
die DDR informiert werden?
Zwei Dinge, die sich in der
letzten Zeit ereigneten, sind

symptomatisch dafür, daß
auch in dieser Situation der
erste sozialistische deutsche
Staat immer noch diskriminiert
wird.

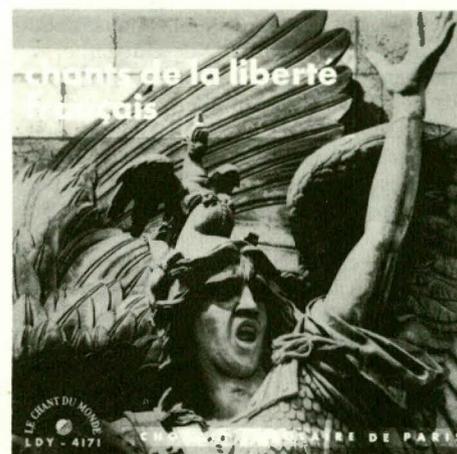
1. Eine Ausstellung über die
DDR, die im Jugendfreizeit-
heim Vahrenwald (Hannover)
gezeigt werden sollte, ist von
der sozialdemokratischen Stadt-
verwaltung untersagt worden.

2. Mit Beschluß des Amtsge-
richts Bonn vom 16. 7. 1970
wurde eine vom Zentralrat der
FDJ herausgegebene Broschüre
„Bonner Staat — Feind der Ju-
gend“, die der Jugendpresse-
club zur Information seiner
Mitglieder bestellt hatte, be-
schlagnahmt.
Das zeigt, daß man trotz neuer
Ostpolitik nicht bereit ist, die
Beziehungen zwischen beiden
deutschen Staaten zu normali-
sieren und statt dessen weiter
kalten Krieges übt. Die Konse-
quenz daraus für die demokra-
tischen Kräfte der BRD muß
sein: Zwingen wir die Bundes-
regierung durch verstärkte Ak-
tionen, die DDR völkerrecht-
lich anzuerkennen!

Folklore Revolutionäre Lieder



Diese beiden und über
100 weitere
Titel erhalten Sie bei der



Weltkreis-Verlags-GmbH
Schallplatten
46 Dortmund, Brüderweg 16

„Über eines werden wir nie mit uns reden lassen: über das Recht aller Deutschen, in Freiheit über sich selbst zu bestimmen.“ (Richard Stücklen, Vorsitzender der Bonner CSU-Landesgruppe, auf dem letzten CSU-Parteitag.) Kein Tag vergeht, ohne daß Leute wie Thadden, Strauß, Guttenberg, Springer und Stücklen nach „Freiheit“ und „Selbstbestimmung“ rufen. Fordern die reaktionären „Retter des Vaterlandes“ Freiheit und Selbstbestimmung für die Arbeiter von Krupp (Essen) und Leuna (DDR)? Oder meinen sie ihren Profit, ihre Macht? Für die elan-Leser ist der marxistische Journalist Dr. Günther Kertzsch der Sache auf den Grund gegangen. Er fragt: „Wer soll eigentlich selbst bestimmen?“ Und er stellt fest: „Was unter Freiheit zu verstehen ist, hängt offenbar vom Klassenstandpunkt ab.“

Zum Beispiel: „Freiheit“...

Der Freiherr von Guttenberg liebt es, sich prinzipiell und klassenmäßig auszudrücken. Als Multimillionär, feudaler Großgrundbesitzer und führender CSU-Politiker vertritt er den reaktionären, aggressiven Standpunkt des Imperialismus entschieden und ziemlich offen. Für diese Offenheit muß man ihm in gewisser Weise dankbar sein. Denn gegenwärtig herrscht in der Bundesrepublik die Neigung vor, strategische Absichten mit unbestimmten Ausdrücken zu verschleiern. Wenn dann ab und zu im Klartext gesprochen wird, so kann das vielen die Orientierung erleichtern. Kürzlich gab Guttenberg gegenüber dem Journalisten Günter Gaus in einem Fernsehgespräch folgendes Bekenntnis ab: „Ich bin der Meinung, daß alles politische Tun nur darauf gerichtet sein darf und sein muß, den Raum der Freiheit so weit als möglich zu gestalten. Und wenn ich das sage, dann meine ich dies nicht nur für mich und für mein Volk, dann meine ich dies natürlich auch für meine Nachbarn.“

Schlüsselwort „Freiheit“

Das ist deutlich und doch nicht ganz deutlich. Es kommt auf das richtige Verständnis des Wortes „Freiheit“ an. Gaus sieht darin das „Schlüsselwort“ von Guttenbergs politischem Vokabular und fragt ihn, was damit gemeint sei. Guttenberg weicht aus. An der Aufgabe, die „Freiheit“ zu definieren, sei er bis heute gescheitert. Schließlich gelangt er doch zu einer wesentlichen Bestimmung: „Je mehr der einzelne an finanzieller Bewegungsfreiheit hat, um so mehr kann er seine Freiheit nützen und ausbauen.“ Auf die Frage, ob arme Menschen frei sein können, antwortet Guttenberg: „Leider nur in geringem Maße.“ Der Multimillionär und Großgrundbesitzer hat Freiheit – jedenfalls in der Bundesrepublik, wo das System der kapitalistischen Ausbeutung noch immer besteht, die großen Eigentümer mächtig sind und die Staatsmacht den großen Eigentümern dient.

Deshalb ist die Bundesrepublik für die Reichen ein freier Staat. Ihr Sprecher,

Guttenberg, wird geradezu überschwenglich: „Ich glaube, daß die Deutschen nie einen freieren Staat gehabt haben.“ Er will sagen, es gab nie einen Staat, wo die Reichen so reich waren. Logischerweise muß die Deutsche Demokratische Republik, in der die Großgrundbesitzer enteignet sind und die kapitalistische Ausbeutung abgeschafft ist, einem Freiherrn von Guttenberg als System der Unfreiheit gelten.

Name für Kapitalismus

Was unter Freiheit zu verstehen ist, hängt offenbar vom Klassenstandpunkt ab. Für die Kapitalisten ist die Freiheit, andere Menschen auszubeuten, die Freiheit schlechthin. „Freiheit“ ist für sie ein wohlklingender Name für das kapitalistische System, insbesondere für die imperialistische Ordnung der Bundesrepublik. In diesem Sinne wird ja in westdeutschen Schriften auch der Ausdruck „freie Welt“ verwendet. Nach Karl Jaspers zum Beispiel gehören zur „freien Welt“: die USA, Großbritannien, Schweden, Norwegen, Dänemark, die Niederlande, die Schweiz, Öster-

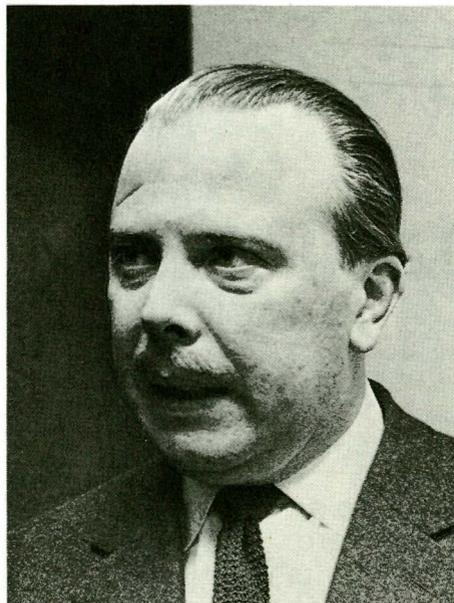
reich, Belgien, Luxemburg, Italien, Frankreich, Irland, Island, Finnland, Griechenland, die Bundesrepublik, Japan. Die Zugehörigkeit Spaniens und Portugals wird ein wenig verschämt als „fraglich“ bezeichnet. Die „freie Welt“ ist also eindeutig die kapitalistische Welt.

Überprüfen wir diese Interpretation des Wortes „Freiheit“ an einem älteren Text Guttenbergs. In einem öffentlichen Streitgespräch, das im Februar 1965 in Westberlin stattfand und dessen Protokoll veröffentlicht wurde, erklärte Guttenberg: „Mir scheint das erste Ziel der deutschen Politik die Wiederherstellung der Freiheit für alle Deutschen zu sein, und dies ist identisch mit dem Ziel also, das Ende des kommunistischen Regimes in der Zone anzustreben.“ Hier ist vollkommen klar, daß „Wiederherstellung der Freiheit“ gleichbedeutend ist mit der Wiederherstellung eines kapitalistischen Systems, eines imperialistischen Regimes. Unsere Interpretation erweist sich als richtig.

Damit ist auch die Darstellung der Strategie des westdeutschen Imperialismus, die Guttenberg kürzlich im Fernsehen gegeben hat, vollkommen deutlich. Setzen wir für das Wort „Freiheit“ als genauere Bezeichnung Kapitalismus oder Imperialismus ein, so lautet die oben zitierte Zielsetzung, „den Raum des Imperialismus so weit als möglich zu gestalten“. Wohlgermerkt, es geht um eine territoriale Erweiterung des Raumes für den westdeutschen Imperialismus. Guttenberg hob ausdrücklich hervor, daß die „Nachbarn“ einbezogen werden sollen. Das heißt, die Expansion des imperialistischen Herrschaftsbereiches soll sich auf die DDR und andere sozialistische Länder erstrecken. Das ist gemeint, wenn von der Veränderung des Status quo die Rede ist. Das ist die weitreichende Absicht, wenn der DDR die völkerrechtliche Anerkennung verweigert wird.

Fehlerhafte Logik

Die DDR erstrebt ein Verhältnis der friedlichen Koexistenz zur Bundesrepublik auf der Grundlage normaler gleichberechtigter



völkerrechtlicher Beziehungen. Diese Politik der friedlichen Koexistenz kommt dem Wunsche auch der meisten Westdeutschen nach Sicherheit und Frieden entgegen. Leute wie Guttenberg merken wohl, daß es einer handfesten Demagogie bedarf, wenn sie diese Menschen auf den Irrweg ihrer imperialistischen Expansionspolitik ziehen wollen. Guttenberg macht es auf folgende Weise:

Erste Prämisse: Es war ein Fehler, daß „der Westen um des Friedens willen mit Adolf Hitler seinen Frieden machte“. – Das ist wahr.

Zweite Prämisse: „Das gleiche gilt heute gegenüber den Machthabern jenseits des Eisernen Vorhangs.“ – Das ist eine hanebüchene Unwahrheit. Nazis und Kommunisten sind nicht das gleiche, sondern bilden einen extremen Gegensatz.

Schlußfolgerung aus der wahren und der falschen Prämisse: Es ist ein Fehler, mit den Kommunisten „seinen Frieden zu machen“. – Dieser Satz muß nach den Regeln der Logik falsch sein und ist es auch. Aber es ist klar, was Guttenberg damit sagen will: Friedliche Koexistenz mit der DDR und mit den anderen sozialistischen Ländern darf nicht stattfinden!

Kriegsrisiko eingeschlossen

Guttenberg stellt sich damit nicht weit entfernt von dem Standpunkt des berüchtigten William Schlamme, der erklärte, „daß der Kommunismus am Frieden gedeiht, Frieden will, im Frieden triumphiert“. Schlamme zog daraus den Schluß: „Der Westen, wenn er am Leben bleiben will,

muß glaubhaft entschlossen sein, Krieg zu führen.“

Gaus hört auch in Guttenbergs Sätzen den Funken der Kriegsgefahr knistern. Er fragt ihn, „ob in seiner, auf eine Veränderung des Status quo abzielenden Politik das Risiko eines kriegerischen Konflikts einkalkuliert ist“. Der Politiker Guttenberg, der ja auch einmal wieder gewählt werden will, muß ein bißchen vorsichtiger sein als der Publizist Schlamme. Er meint, daß „der Kommunismus kein Ewigkeitswert“ sei, daß die „Revolutionäre ermüden“, daß vom Kommunismus „Stück für Stück abbröckeln“ werde. Es sei seine Absicht, „diesen Prozeß zu fördern“, man müsse die „freiheitlichen Kräfte drüben unterstützen“. (Zur Bedeutung von „freiheitlich“ siehe oben!)

Natürlich kann ein gegebenes strategisches Ziel, in diesem Fall die Expansion der Herrschaft des Imperialismus, mit wechselnden taktischen Mitteln angegangen werden. Was Guttenberg hier beschreibt, ist die Taktik, die gegenwärtig für bestimmte Kreise der Bundesrepublik im Vordergrund steht. Damit ist die berechnete Frage, die Günter Gaus gestellt hat, nicht zurückgewiesen. Eine Politik der Veränderung des Status quo schließt tatsächlich das Kriegsrisiko ein.

Artikel 7 als „Errungenschaft“

Die von Guttenberg erläuterte Politik des westdeutschen Imperialismus ist ein Teilstück der Globalstrategie Washingtons. Er legt darauf besonderen Wert und wendet sich scharf gegen jede Tendenz, diese

Bindung im Interesse einer selbständigen Politik der Entspannung zu lockern. Dabei berief er sich in einer Bundestagsrede Ende Mai 1970 auf den „Artikel 7 des Deutschlandvertrages, der eine der größten und geschichtlich wirksamsten Errungenschaften Adenauers war, weil mit diesem Artikel 7 die Westmächte die Verpflichtung auf sich genommen haben, für die Freiheitsrechte der Deutschen einzutreten“.

In diesem Artikel haben sich die Unterzeichner, insbesondere die USA und die Bundesrepublik, in der Tat auf das Ziel festgelegt, ein vereinigtes Deutschland zu schaffen, „ähnlich wie die Bundesrepublik“ und „in die europäische Gemeinschaft integriert“, das heißt ein kapitalistisches Deutschland, das die DDR annektiert und sich dem imperialistischen System eingliedert. Das ist, wie wir sehen, genau das, was Guttenberg mit „Freiheit“ zu bezeichnen pflegt. Aber er kommt zu spät. Die Bürger der DDR haben sich schon längst die Freiheit genommen, einen sozialistischen deutschen Staat zu errichten.

Wenn die Frage nach der Strategie der Bundesrepublik gestellt wird, so erhält man oft unbestimmte und zweideutige Antworten. Was aber Guttenberg und seine Gesinnungsfreunde betrifft, so ist die Antwort eindeutig:

Expansion der imperialistischen Herrschaft im Gleichschritt mit der amerikanischen Globalstrategie, Export der Konterrevolution in die DDR und andere sozialistische Länder. Eine solche Strategie ist ebenso aussichtslos wie riskant. Sie bildet heute die ernsteste Bedrohung der Sicherheit Europas.

... und „Selbstbestimmung“

Neuerdings ist in der Bundesrepublik das Wort Selbstbestimmung wieder mächtig in Mode gekommen. Es wäre aber ein Irrtum, das als Aufschwung der Demokratie und der Völkerrechtstreue zu deuten. Am lautesten gellt nämlich das Signal „Selbstbestimmung“ aus den Hälsen der schwärzesten und aggressivsten Reaktionen.

So verkündete der CSU-Parteitag Anfang Juli in seiner politischen Resolution als erstes Prinzip: „Richtschnur und Ziel der Deutschland- und Ostpolitik ist das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes. Alles muß getan werden, was der schließlichen Verwirklichung dieses Rechtes dient. Alles muß unterlassen werden, was diese Verwirklichung behindert.“

Warum Strauß und seine Kumpane aus der Rüstungsindustrie das Wort „Selbstbestimmung“ auf ihre Fahnen geschrieben haben und was sie damit eigentlich meinen, wird noch zu untersuchen sein. Als sicher kann man schon jetzt annehmen, daß sie damit

gegen die DDR nichts Freundliches beabsichtigen. Dem Unfreundlichen wurde ein wohlklingender Name gegeben.

Von seiner sprachlichen Zusammensetzung her sagt das Wort nicht viel. Wer soll eigentlich selbst bestimmen? Oder über sich selbst bestimmen? Oder über was eigentlich sonst bestimmen? In der Bundesrepublik, wo große Mühe auf die Verbreitung politischer Unbildung verwendet wird, werden viele bei dem Worte Selbstbestimmung nichts Bestimmtes zu denken vermögen. Darauf bauen Strauß und andere Selbstbestimmungstropfeter. Wer aber mit dem Wort einen vernünftigen Gedanken verbindet, erkennt einen erstaunlichen Vorgang: Die Herren, die da so unbekümmert mit Selbstbestimmung um sich werfen, zertrümmern die Scheiben ihres eigenen Glashauses. Wirkliche und ernsthafte Selbstbestimmung wäre für sie sehr unangenehm.

Die Idee des Selbstbestimmungsrechts wurde einst von bürgerlich-revolutionären

Bewegungen im Kampf für unabhängige bürgerliche Nationalstaaten vertreten. Eine große Rolle spielt das Selbstbestimmungsrecht in Lenins Schriften. Die Zarenmonarchie schloß viele Völker wie in einem Gefängnis ein. Die Arbeiterklasse, die ihre soziale Befreiung im Kampf gegen das zaristische System erringen mußte, und die nationalen Befreiungsbewegungen hatten also denselben gemeinsamen Feind. Die Losung des Selbstbestimmungsrechts für die Nationen war im zaristischen Völkergefängnis ein wichtiges Element im Programm der Arbeiterpartei.

Selbstbestimmung und Klassenkampf gehören zusammen

Lenin hat uns gelehrt, daß die Wahrheit immer konkret ist. Für ihn war das Selbstbestimmungsrecht nicht irgendein abstraktes juristisches Prinzip, das auf Teufelkomm-raus in jeder beliebigen Situation mechanisch anzuwenden wäre. Auch in der

nationalen Frage, so sagte er, dürfe man „keine abstrakten und keine formalen Prinzipien in den Vordergrund rücken“. Er gab dem Begriff Selbstbestimmung stets einen reichen konkreten Inhalt. In den Thesen zur nationalen Frage von 1913 schrieb er, die Sozialdemokraten müßten im Hinblick auf das Selbstbestimmungsrecht in jedem einzelnen Falle eine selbständige Einschätzung geben, wobei sie „vor allem die Interessen des Klassenkampfes des Proletariats für den Sozialismus berücksichtigen müssen“. Das Selbstbestimmungsrecht existiert nicht unabhängig vom Klassenkampf!

Wenn Lenin schon vor der Oktoberrevolution den sozialen Inhalt des nationalen Selbstbestimmungsrechts hervorhob, so kann es in unserer Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus erst recht nicht aus diesem großen weltgeschichtlichen Umwälzungsprozeß herausgelöst werden. Der wesentliche Inhalt des Selbstbestimmungsrechts ist vom Hauptinhalt unserer Epoche abzuleiten. Jede Nation, jedes Volk oder sonstige Gemeinschaft steht in dieser Epoche vor der Aufgabe, eine veraltete Gesellschaftsformation hinter sich zu lassen und den Weg in die gesellschaftliche Ordnung der Zukunft, in den Sozialismus und Kommunismus, zu finden. Jedes Volk hat ein geschichtliches Recht darauf, diesen Weg zu gehen. Es ist unrecht, ihm diesen Weg zu verlegen. Das ist heute der Kern des Selbstbestimmungsrechts.

Im Hinblick auf die Selbstbestimmung ist die Lage in der DDR von der Lage in der Bundesrepublik grundlegend verschieden. Das Volk der DDR hat in den vergangenen 25 Jahren von seinem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch gemacht. Das Volk in der Bundesrepublik ist daran gehindert worden.

In Sachsen verwirklicht, in Hessen nicht

Wir stellen das nicht nur mit dem Blick auf die Ergebnisse fest. Das Volk der DDR hat entscheidende Akte der Selbstbestimmung in aller Form als freie Abstimmung vollzogen. Die Jahre nach der totalen Niederlage des deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg und vor seiner Wiederherstellung in Westdeutschland waren eine Zeit, in der wichtige Weichen gestellt wurden.

Am 30. Juni 1946 fand im Land Sachsen ein Volksentscheid statt über die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher und die Überführung ihres Eigentums in die Hände des Volkes. 77 Prozent stimmten dafür. Wenige Monate später, am 1. Dezember 1946, stimmten bei einem Volksentscheid im Land Hessen 72 Prozent, fast soviel wie in Sachsen, für die Enteignung der Bank- und Konzernherren. In Sachsen wie in Hessen waren etwa drei Viertel der Bevölkerung entschlossen, Lehren aus der Geschichte zu ziehen und grundlegende Veränderungen der Machtstruktur vorzunehmen. Das waren bedeu-



tungsvolle Akte der Selbstbestimmung, die in Sachsen wie in Hessen gleichermaßen der progressiven Entwicklungsrichtung entsprachen.

Nun aber kommt der große Unterschied. Sachsen lag in der damaligen sowjetischen Besatzungszone. Die Besatzungsmacht respektierte die in freier Abstimmung getroffene Entscheidung. Es wurde so verfahren, wie das Volk selbst bestimmt hatte. Hessen lag in der amerikanischen Besatzungszone. Die amerikanische Militärregierung mißachtete das Selbstbestimmungsrecht. Sie verbot die Realisierung dessen, was die hessische Bevölkerung beschlossen hatte. Die Durchführung des demokratischen Beschlusses wäre bei weitem noch keine sozialistische Umgestaltung gewesen, hätte aber doch schon die Macht der Monopole eingeschränkt.

In der DDR ging man daran, eine sozialistische Gesellschaft zu errichten. 1968 gab sich das Volk der DDR eine sozialistische Verfassung. Der Entwurf wurde wochenlang in Hunderttausenden von großen und kleinen Veranstaltungen erörtert. Schließlich wurde ein auf Grund der Vorschläge verbesserter Entwurf am 6. April 1968 zur Abstimmung gestellt. Mit Ja stimmten 11 363 803, mit Nein 409 329 stimmberechtigte Bürger. So war die Verfassung mit großer Mehrheit angenommen. Die DDR wird im Artikel 1 definiert als die „politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land, die gemeinsam unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei den Sozialismus verwirklicht“. Dazu hatten 94,49 Prozent der Stimmberechtigten Ja gesagt. Das war wiederum ein wichtiger Akt der Selbstbestimmung.

Was dagegen das Grundgesetz der Bundesrepublik betrifft, so ist festzustellen: Die Bevölkerung Westdeutschlands hat niemals Gelegenheit gehabt, dazu in einer Abstimmung ja oder nein zu sagen.

Die DDR und die Bundesrepublik nehmen im geschichtlichen Prozeß grundverschie-

dene Positionen ein: hier der vollzogene Übergang zur neuen Gesellschaft, dort das Zurückbleiben in einer überholten Gesellschaftsformation. Selbstbestimmung heißt für das Volk der DDR, nachdem der für unsere Epoche entscheidende Akt der Selbstbestimmung vollzogen ist, insbesondere auch die errungene Freiheit gegen konterrevolutionäre Interventionspläne der Imperialisten zu wahren. Für die Bevölkerung der BRD heißt Selbstbestimmung der historische und völkerrechtliche Anspruch, sich von der Herrschaft des Imperialismus, von der Macht der Monopole zu befreien.

Was Strauß & Co. damit meinen

Strauß und Konsorten wollen sich über diesen Unterschied hinwegschwindeln und reden vom „Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes“. Ja, sie interessieren sich dabei vor allem für die „Landsleute in der Zone“. Das ist eine Form der Alltagsvertretungsmaßnahme. Sie verweigern der westdeutschen Bevölkerung ihr Selbstbestimmungsrecht und mischen sich in die Angelegenheiten der DDR ein.

Das Volk der DDR hat bewiesen, daß es sein Selbstbestimmungsrecht wahrzunehmen versteht. Um es völkerrechtlich auszusprechen: Das Volk der DDR ist ein Subjekt der Selbstbestimmung, die Bevölkerung der Bundesrepublik ist ein anderes Subjekt der Selbstbestimmung. Das muß schön sorgfältig auseinandergehalten werden!

Die anfangs zitierten programmatischen Sätze der CSU entspringen natürlich nicht einem mangelhaften Unterscheidungsvermögen. Richtschnur der CSU-Politik sei „das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes“. Die beiden Subjekte der Selbstbestimmung werden einfach zusammengerührt. Wozu? Welche Veränderung soll denn das Ergebnis dieser „Selbstbestimmung“ sein? Soll die westdeutsche Bevölkerung endlich, wie in der DDR bereits geschehen, den Imperialismus abschaffen und den Weg in die gesellschaftliche Zukunft beschreiten? Das meinen Strauß und Kompanie doch wohl nicht. Umgekehrt, ihr Ziel ist es, die Ergebnisse der Selbstbestimmung in der DDR aufzuheben und den sozialistischen deutschen Staat dem Imperialismus zu unterwerfen. Deshalb wird in der CSU-Resolution weiter erläutert, daß Gewaltverzichtverträge, die der „Festschreibung“ des Status quo dienen, „mit dem Selbstbestimmungsrecht der Deutschen unvereinbar“ seien.

Da haben wir es: Mit „Selbstbestimmung“ meinen sie die Veränderung des Status quo zugunsten des westdeutschen Imperialismus, Konterrevolution in der DDR, Annexion der DDR. Sie mißbrauchen das Wort „Selbstbestimmung“, um das Gegenteil von Selbstbestimmung damit zu dekorieren. In der Tat scheuen die Imperialisten keine Gewalttaten, sich die Selbstbestimmung der Völker vom Halse zu halten, solange es geht. Immer größer wird die Zahl der Länder, in denen es nicht mehr geht.

Sammlungsbewegung



zur Rettung des Vaterlandes

Geht nicht mehr! Schon ausverkauft. Außerdem hat Strauß
(nach elan-Redaktionsschluß) eine einstweilige Verfügung
gegen die Verbreitung des Plakats erwirkt. Also: falls je-
mand dieses Plakat besitzt: bitte, nicht verbreiten!

Dieses Plakat (50x70 cm) von Raine
0,20 DM; über 1000 Stück 0,15 DM. Vc

bis 500 Stück: 0,30 DM; bis 1000 Stück:

Bestellungen an EXTRA-Dienst, 1 Westberlin 31, Pfalzburger Straße 20

Hier sind die Beweise! Trotz Bonner Dementis:

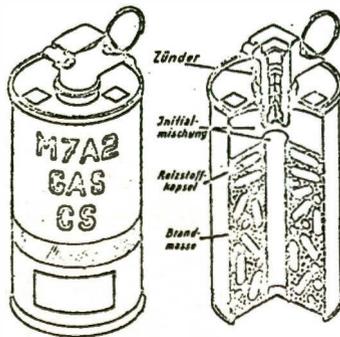
Die geheime Giftgas-Rüstung

Von Günter Wallraff und Hans-Jörg Heimbrecht

„Uns wird immer wieder gesagt, die Bundeswehr sei ein Instrument zur Sicherung des Friedens. Wir haben das Gegenteil erfahren. . . . Deshalb fordern wir: Verbot der Lagerung und Herstellung von chemischen und biologischen Kampfstoffen auf dem Boden der BRD.“ (Aus der Studie „Soldat '70“)

Seit einem Vierteljahr ist es bekannt, und seit einem Vierteljahr versucht das Verteidigungsministerium, es zu verschleiern. Im März nämlich schrieb die Zeitschrift ‚konkret‘: „Hier sind die Beweise: Bundeswehr hat Giftgas.“ Grundlage für diese Behauptung waren Recherchen des Projektbereichs Kriegsforschung im Verband Deutscher Studentenschaften (VDS). Beim Studium einiger Heeresdienstvorschriften hatten wir entdeckt, daß z.B. in der HDv 215/51 („Die Ausbildung mit Handgranaten“) lang und breit über chemische Handgranaten geschrieben wird: „... während die chemischen Handgranaten zur Erzeugung von künstlichem Nebel und Bränden gebraucht werden oder zur Feindbekämpfung mittels chemischer Kampfstoffe.“ Im Anschluß werden zwei derartige Handgranaten beschrieben: Die ‚Reizstoffhandgranate‘ CN-DM-M6 „... entwickelt ein Reizgas, das in geschlossenen Räumen zum Aufsetzen der ABC-Schutzmaske oder zum Verlassen der Deckung zwingt. *Eingeatmet kann es tödlich wirken.*“ Die ‚Tränengashandgranate‘ CN-M7 „... entwickelt ein Reizgas, das... ähnlich wirkt.“ Ein weiterer Kampfstoff wird in der HDv 132/6 „Darstellungsmittel für die Ausbildung in der ABC-Abwehr“ („Dies ist ein geheimer Gegenstand... Mißbrauch wird bestraft.“) beschrieben: Das Giftgas CS. Die Amerikaner verfügen über eine reiche Erfahrung mit diesen drei Kampfstoffen: In Vietnam werden sie tonnenweise eingesetzt zur „Befreiung“ der befreiten Gebiete. Die schweizer Ärztever-

einigung „Centrale Sanitaire Suisse“ berichtet darüber in einer umfangreichen Dokumentation. Die Fernsehsendung ‚Monitor‘ nahm sich der Sache an. Zusätzlich interviewte sie einige ehemalige Bundeswehr-Offiziere, die über ihre Erfahrungen mit den offiziell nicht existierenden Kampfstoffen berichteten. Die Sendung schloß mit einem Interview mit dem Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Berkhan. Es handele sich bei den genannten Kampfstoffen um harmlose Tränengase zur Erprobung der Dichtigkeit von Gasmasken. Davon, daß die Centrale Sanitaire Suisse geschrieben hatte, eine 200-Gramm-CS-Granate töte 8–18 Menschen (im Freien), hatte



Handgranate, Reizstoff CS, M7A2

Abbildung aus der geheimen Verschlussache HDv 132/6. Darin heißt es zynisch zum „Reizstoff CS“: „Nach einer Einwirkungszeit von mehr als 20 Sekunden ist der ungeschützte Soldat zunächst nicht mehr verwendungsfähig.“ Der „gezielte Wurf gegen Personen oder Fahrzeuge“ ist bei der Übung verboten.

Berkhan noch nichts gehört. „Es ist ja schön, daß ich von Ihnen auch mal was Neues erfahre.“ Das Zweite Deutsche Fernsehen, immer um ein Kontrastprogramm bemüht, brachte die Gendarstellung. CDU-Fan Gerhard Loewenthal bewies, weshalb die Bundeswehr keine C-Kampfstoffe haben kann: Sie hat 1954 in den WEU-Verträgen darauf verzichtet. Aber: die Russen hätten Giftgas! Und da man damit rechnen müsse, daß sie es auch einsetzen, müsse sich die BuWe auf die Abwehr einrichten. Das geschieht z.B. in der Erprobungsstelle 53 in Munsterlager. Mit winzigen Mengen der Kampfstoffe werden Versuche an Mäusen gemacht. Um zu beweisen, daß in der E 53 alles mit rechten Dingen zugeht, lud man eine sorgfältig ausgewählte Gruppe von Journalisten ein, zeigte ihnen, was sie sehen durften, und sie berichteten entsprechend. Loewenthal kommt zu der frisch-fröhlichen Feststellung: „Nur wirklich Böswillige können jetzt noch behaupten, daß die Bundeswehr chemische Kampfstoffe besitzt.“ Wenn wir Loewenthal selbst keine Böswilligkeit unterstellen wollen, so müssen wir ihm doch eine beträchtliche Portion Naivität bescheinigen; denn außer der Erklärung, bei den erwähnten Handgranaten handele es sich gar nicht um Handgranaten, da sie keine Sprengkraft besäßen, bringt der aufrechte Fernsehmann nichts Neues. Nach Loewenthal handelt es sich um „Schwelkerzen“ zur Erprobung der Dichtigkeit von Gasmasken. Das Verteidigungsministerium selbst reagierte durch interne Rundschrei-

ben. Tenor natürlich: Alles nur kommunistische Hetze. Ansonsten: Die gleichen Verharmlosungen wie im ZDF-Magazin.

Die Wahrheit über E 53

Zur Erprobung von Abwehrmitteln benötigt man keine 2500 Kubikmeter große BC-Prüfhalle. Das hatten schon vor vier Jahren mehrere Beamte im Verteidigungsministerium erkannt und sich bei ihren Vorgesetzten beschwert. Statt einer Antwort erhielten sie einen Verweigerungsbefehl. An einer weniger „brisanten“ Stelle durften sie weiterarbeiten. Tatsache ist: eine 2500 m³ große Halle ist zwar nach herkömmlichen Maßstäben nicht groß, aber die für Abwehrversuche maximal vertretbare Größe beträgt etwa ein Fünftel davon. Selbstverständlich wurde den geladenen Journalisten diese seit 1967 bestehende Einrichtung der E 53 vor-enthalten.

Einmal wäre doch beinahe etwas ans Licht gekommen: Als bei einem Kampfstoffunfall kurz nach der Inbetriebnahme 12 Soldaten verletzt wurden, wollte der „stern“ Genaueres wissen. Doch die Journalisten wurden abgeschoben, die Opfer mit hohen Schweigegeldern bestochen. Das Unglück war die Folge eines übergroßen BC-Eifers: Man hatte die Lüftungsanlagen der Halle zu klein bemessen.

Allen gegenteiligen Erklärungen zum Trotz wissen wir: Seit der Indienststellung der Halle sind dort 68 Großversuche zur Einsatzprüfung von C-Kampfstoffen durchgeführt worden. Für jeden Versuch braucht man etwa die gleiche Kampfstoffmenge, die die USA nach offiziellen Angaben pro Jahr in die Bundesrepublik liefert. Woher kommt der Rest? Doch davon später.

In den offiziellen Erklärungen hatte es geheißt, die größten Versuchstiere in Munsterlager seien Mäuse und Ratten. Um die Wirkung von Giften und Gegengiften auf den Organismus zu testen, reichen diese Tiere aus. In Munsterlager aber gibt es Tiere, die nach Körpergröße und Physiologie dem Menschen wesentlich näherkommen: Schafe und Affen werden, an Brettern festgebunden, den Kampfstoffnebeln ausgesetzt. Sie verenden oft unter schrecklichsten Qualen.

ost (= Senfgas) ist in erster Linie ein Hauptkampfstoff. Die Berührung mit der Haut wird zunächst nicht wahrgenommen, nach einigen Stunden entstehen Blasen, die nach einigen Tagen eiternde, schwer heilende Wunden übergehen. Ein Zehntausendstel Gramm genügt bereits, um die Symptome hervorgerufen zu werden. Auch die Lstdämpfe sind hochgiftig. Obwohl einer der ältesten Kampfstoffe, hat er bis heute seine Bedeutung nicht verloren. Da er sich nur sehr langsam verflüchtigt, ist er ideal, um Gebiete langfristig zu verunreinigen. Lost dringt in kurzer Zeit durch fast alle Materialien, sogar Leder und Ziegelsteine. Phosgen zerfrisst die Lunge. Im ersten Weltkrieg in großen Mengen eingesetzt. Verlor mit der Entwicklung der Nervengase seine Bedeutung. Nervengase lähmen das Nervensystem. Chemisch sind sie den bekannten Insektengiften wie DDT verwandt. Giftigste Kampfstoffklasse. Die Entwicklung begann nach dem Ersten Weltkrieg vor allem bei der IG-Farbenindustrie-AG (heute Bayer, Hoechst und BASF). Die bekanntesten im Zweiten Weltkrieg entwickelten Nervengase sind Tabun und DFP. Ein Gramm Tabun tötet 50 Menschen. Nach dem 2. Weltkrieg wurden noch wesentlich giftigere Nervengase entwickelt.

S: Pulverförmige Substanz, die mit Brandsätzen verdampft wird. Die Symptome treten auf einer hohen Konzentration von einem bis sechs Tausendstel Gramm pro Kubikmeter Luft: Tränenfluß, Brennen der Augen, Verbrennungen der Haut, Brechreiz, Verätzung der Atemwege, Muskelschwäche, Zittern, bei höheren Konzentrationen starke Schmerzen am ganzen Körper, Kreislaufstörungen, die Lungen füllen sich mit Blut. Die Symptome klingen im Allgemeinen erst nach Tagen ab; sie können zu Bewußtlosigkeit und Tod durch Ersticken führen. Die Schmerzen sind so unerträglich, daß die Opfer häufig Selbstmordversuche unternehmen. CS wird von den US-Aggressoren in Vietnam in großem Rahmen eingesetzt.

CN und DM: Ähnliche Symptome wie CS, aber höhere Tödlichkeit.

CN-DM: Sogenanntes 'taktisches Gemisch' aus den Kampfstoffen CN und DM, durch das die Wirkung noch gesteigert wird.

Damit genug. Es bleibt die Frage, ob der jetzige Verteidigungsminister und sein Vorgänger über den vollen Umfang der BC-Rüstung in der Bundeswehr orientiert waren; oder geschah das Ganze möglicherweise mehr oder weniger hinter ihrem Rücken und gedeckt von einigen reaktionären Generalen?

Eine kleine Firma in Hamburg-Bahrenfeld

Die „Chemische Fabrik Dr. Stoltzenberg“ kann auf eine vierzigjährige Erfahrung im Umgang mit Kampfgiften zurückblicken. Im Jahre 1928 ereignete sich ein Unfall, bei dem über 100 Menschen verletzt wurden: Ein Behälter mit Phosgen explodierte. Wie sehr sich Weimar und Bonn doch gleichen: Im Versailler Vertrag hatten die Deutschen 1919 auf Besitz und Herstellung von chemischen Kampfstoffen verzichtet. Nun ist Phosgen sowohl ein Kampfstoff als auch ein wichtiges Zwischenprodukt der chemischen Industrie, weshalb ein Vertragsbruch im allgemeinen schwer nachweisbar ist. Daß es aber in der Weimarer Republik eine illegale Aufrüstung gegeben hat, ist ja hinlänglich bekannt.

Stoltzenberg war einer der führenden Kampfstoffexperten im Nazi-Deutschland. In dem Lehrbuch „Schulversuche zur Chemie der Kampfstoffe“ (!) von W. Kinttof aus dem Jahr 1935 ist die Hamburger Firma mehrfach erwähnt. Im Vorwort dankt ihr der Verfasser für die Überlassung von Klischees; häufig wird auf Erzeugnisse des Hauses verwiesen.

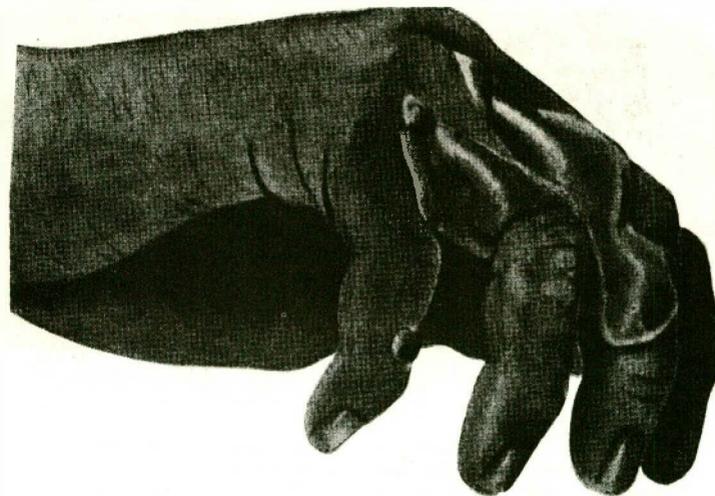
Heute weist sein Fertigungsprogramm offiziell die „Vollblickmaske“, eine durchsichtige Gasmasken, „gelben Phosphor in Stangen“ sowie „Nebel weiß und farbig“ auf.

Bei dieser Firma rufen wir mal an.

Wir werden verbunden mit dem Prokuristen, Herrn Leuschner. Wallraff: „Guten Tag, Herr Leuschner, hier Kruse, BWB.“ Das BWB (Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung) in Koblenz ist zuständig für die Versorgung der Erprobungsstelle 53.

„Könnten wir wohl in der nächsten Zeit mal wieder eine größere Menge Stickstofflost über Sie beziehen?“

Leuschner ist einverstanden. Im



Lostvergiftung nach einem Tag

Verlauf des Gesprächs erzählt er auch, wieviel Kampfgas die BuWe beim letztenmal erhalten hat: 35 kg – eine stattliche Menge! Und da Leuschner immer gesprächiger wird, erfahren wir einiges Neues, Vermutungen werden untermauert. So hören wir, daß die Abteilung unseres „Kruse“ offenbar nicht die einzige Stelle ist, die bei Leuschner Kampfstoffe bezieht, denn er sagt: „Es wird viel verlangt zur Zeit.“ Die Firma hat auch schon das Giftgas Tabun geliefert und hat sogar noch Restbestände am Lager, die sie nicht mehr verkaufen kann. Durch eine Panne war durchgesickert, daß nicht alles Tabun, wie vorgeschrieben, aus den USA stammt.

Bei einem zweiten Anruf am nächsten Tag erfahren wir den ungefähren Preis für das Lost: 1800–2000 DM pro Kilogramm. Die Bundeswehr läßt sich ihre Kampfstoffversorgung schon etwas kosten.

Diese Gespräche, die zusammen mindestens eine Viertelstunde dauerten und teilweise in einen rechten Plauderton einmündeten, fanden statt unter der Anwesenheit von Zeugen, die bereit sind, das wörtliche Protokoll zu beenden.

Zu Anfang dieses Jahres hatte Verteidigungsminister Helmut Schmidt dem Bayer-Chef Prof. Hansen in einem Brief bestätigt, daß die Bundeswehr noch nie chemische Kampfstoffe von deutschen Firmen bezogen habe. (Damals hatten wir nachgewiesen, daß die Firma Bayer Patente für neuartige, noch giftigere Kampfstoffe besitzt.) Nun erweist sich dieses Schreiben als pure Augenwischerei.

Es ist so gut wie ausgeschlossen, daß wir mit unserem Test schon

Kampfstoff-Firmen erwischt haben, denn das Konzept der BuWe ist klar: Mit einer Reihe kleiner Firmen läßt sich das gleiche erreichen wie mit einer großen, nur ist eine Kontrolle wesentlich schwerer. Außerdem möchten sich die Herren von den Großkonzernen nicht selbst die Hände schmutzig machen. So war das schon im Dritten Reich: Obwohl die IG Farben bei der Entwicklung von neuen Kampfstoffen eifrig mitmischten, baten sie die Regierung ausdrücklich darum, nicht selbst Giftgas herstellen zu müssen.

Vertreter verschiedener demokratischer und sozialistischer Organisationen (u.a. SDAJ) haben inzwischen gegen die illegale Aufrüstung protestiert und juristische Schritte angekündigt. Juristische Berater sind Mitarbeiter des VDS-Projektbereichs Justiz sowie der Berliner Rechtsanwalt Prof. Kaul.

Angesichts der nunmehr eindeutig bewiesenen Aufrüstung mit chemischen Kampfstoffen offenbart sich erneut der aggressive Charakter des westdeutschen Imperialismus.

Streben nach Veränderung des Status quo in Europa, Handlungsfreiheit für faschistische Offiziere, Haftstrafen für kritische Wehrpflichtige und Aufrüstung mit ABC-Waffen sind Ausdruck der gleichen Politik; wenn die SPD-Regierung ihre Friedensbemühungen glaubhaft machen möchte, wird sie nicht umhin kommen, diese Politik zu beenden. Dazu gehört, daß sie den Giftmischern endlich das Handwerk legt.

Informationen aus der Truppe

Drei Soldaten – ein Matrose, ein Panzergrenadier und ein Gefreiter – gaben einem Nazigeneral den letzten Stoß. Jetzt ist er zurückgetreten, der Chef des Wahrbereichs 4, Generalmajor Karl-Theodor Molinari. Im Kriege ließ er 106 französische Widerstandskämpfer ermorden und wurde dafür in Frankreich rechtskräftig zum Tode verurteilt. Nach dem Kriege wurde Molinari CDU-Politiker und General. In Frankreich und in der Bundesrepublik häuften sich die Proteste gegen den Mörder in Uniform. Drei Soldaten, die sich der Schrift „Soldat 70“ angeschlossen haben, erklärten in einer Verlautbarung der Unterzeichner dieser Wehrpflichtigenstudie: „Wir sind nicht in der Lage und nicht bereit, einen Kriegsverbrecher als unseren Vorgesetzten zu akzeptieren, ihm Vertrauen entgegenzubringen und Gehorsam zu leisten. Darin wissen wir uns mit vielen Mannschaften, Unteroffizieren und Offizieren einig.“ Zehn Tage später trat Molinari zurück. Berichtete die „Frankfurter Rundschau“ über die „Unruhe“, die zu diesem Schritt führte: „Dazu gehörte auch die jüngste Erklärung dreier Soldaten, die zum Ungehorsam gegenüber Molinari aufgerufen hatten.“ Und die französische Zeitung „L'Ardennais“: „Der Aufruf junger deutscher Soldaten zur Gehorsamsverweigerung hat Molinari den endgültigen Stoß gegeben.“ Marcel Noiret, Widerstandskämpfer und Generalsekretär des Departements-Aktionskomitees gegen Molinari in den Ardennen – er hatte den Fall Molinari ans Licht gebracht –, schrieb den Soldaten: „Der Widerstand der jungen Soldaten der Bundeswehr gegen den Kriegsverbrecher Molinari war ein entscheidendes Ereignis im gemeinsamen Kampf unserer beiden Völker zur Entlassung des Nazikriegsverbrechers. In den Ardennen sind Euch alle Patrioten sehr dankbar.“ Ein Erfolg der Soldaten von „Soldat 70“ – und ein Beispiel der Völkersolidarität gegen den Faschismus!

Feldwebel Neumann hat Sorge, daß im kalten Rußland die Batterien im Feldfernsprecher der Bundeswehr einsatzunfähig sein könnten. Und Oberleutnant Freitag stellte den Soldaten in Aussicht, daß sie wohl keine Brötchen mehr bekommen, wenn sie kurz vor Moskau stehen. Über diese beiden Ostlandritter und andere Vorfälle aus dem Kasernenalltag berichtet eine Zeitung von Soldaten für Soldaten mit dem Titel „Rührt Euch“. „Rührt Euch“ (zu beziehen bei Günter Kairies, 21 Hamburg 90, Gazertstr. 21) hat die beiden Rußlandspezialisten für die Verleihung des „Rußland-Einmarsch-Wanderpokals“ vorgeschlagen. Die Zeitung berichtet auch über den Soldaten Peter Thauß, der Kritik geübt und Beschwerden geschrieben hatte. Kurzerhand wurde er versetzt – ins Lazarett, wo er psychiatrisch-neurologisch untersucht wurde...

Arreststrafen wegen ihrer Beteiligung an der Studie „Soldat 70“ mußten Wolfgang Hoffmann und Udo Kniffel absitzen. Wolfgang wurde bei seiner Haftentlassung in Westerburg von jungen Arbeitern und Soldaten aus Koblenz empfangen. Sie führten Transparente mit antimilitaristischen Losungen mit sich. Anschließend berieten die jungen Arbeiter mit und ohne Uniform in einem Jugendforum über die Möglichkeiten des Kampfes für die Rechte der Soldaten. Während Udo Kniffel in seiner Zelle über die Meinungsfreiheit der Soldaten nachdachte, drangen vom Kasernenort Sprechchöre an das Ohr der Wachsoldaten: „Freiheit für Kniffel“. SDAJler aus Köln demonstrierten für „Soldat 70“ und gegen den militaristischen Ungeist. Sie verteilten den Text der Studie an die Soldaten. Für die Freilassung von Udo Kniffel sprachen sich auch dreizehn Bundeswehrgoldaten aus, die in Stadt-Allendorf (Hessen) Dienst tun. Sie schrieben: „Wir appellieren an die gesamte demokratische Öffentlichkeit, uns bei der Verbreitung der Wehrpflichtigen-Studie ‚Soldat 70‘ zu unterstützen – gegen Neonazismus und Militarismus in der Bundesrepublik!“

Die rund 310.000 Soldaten und 122.000 Unteroffiziere der Bundeswehr werden ab 1. November in den Genuß vergünstigter Bahnfahrten kommen. Beliebig oft sollen Soldaten Fahrkarten für beliebige Inland-Ziele zum halben Preis kaufen können. Damit wurde einer sehr verbreiteten Forderung von Soldaten zum Teil entsprochen. Die freie Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel durch Soldaten – also der Soldaten-Null-Tarif – steht auf dem Forderungskatalog von „Soldat 70“.

Die Initiatoren von Soldat 70 müssen viele Briefe beantworten, sie sprechen auf Jugendforen und hektographieren Flugblätter. Porto, Fahrkarten, Papier kosten Geld. Für ihr Bürgerrecht auf Meinungsfreiheit mußten einige Soldaten Bußgelder entrichten. Jetzt wurde ein Solidaritätskonto „Soldat 70“ eingerichtet. Spenden können eingezahlt werden bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Konto „Soldat 70“ Nr. 2005.8784 Dortmund.

Aus „Unsere Zeit“ Verschlussachsen

WIR

DRUCKEN
VON DIN A8
BIS DIN A1

BÜCHER
BROSCHÜREN
ZEITSCHRIFTEN
PROSPEKTE
KATALOGE
DRUCKSACHEN
ALLER ART



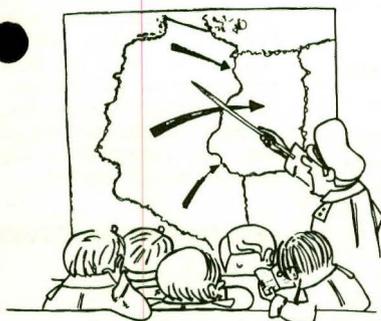
HOSCH GMBH
OFFSETDRUCK+
WERBEGRAFIK

6 FRANKFURT
HEDDERNHEIMER
LANDSTR. 78A
TEL. 0671/571051

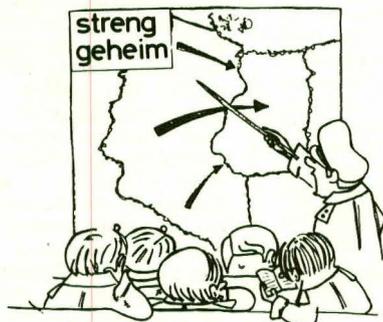
Richtig ist vielmehr . . .

Nachstehende bebilderte Gendarstellung hat – so verlautet – Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt eigenhändig in Tag- und Nacharbeit verfaßt. Der Schriftsatz soll an die Redaktionen aller Zeitungen und Schriften gehen, die in der Vergangenheit die Bundeswehr, ihre Führung und den „Geist“ der Truppe nach dem Pressegesetz ist auch elan verpflichtet, diese Gendarstellung abzdrukken – ohne Rücksicht auf ihren Wahrheitsgehalt. Wir haben die Aussagen trotzdem genauestens überprüft und festgestellt, daß sie zutreffen.

Ohne im einzelnen auf die in Ihrer Zeitschrift erhobene Kritik eingehen zu wollen, stellt der Bundesminister der Verteidigung fest:



UNRICHTIG ist, daß maßgebliche Offiziere in der Bundeswehr-Führung die Streitkräfte nicht als ein Instrument zur Sicherung des Friedens betrachten und daß sie diese Ansichten öffentlich verbreiten. Unrichtig ist auch, daß irgendjemand Angriffspläne hegt und solche Pläne auch im Kompanie-Unterricht lehrt. Unrichtig ist ferner die Behauptung, die Soldaten der Bundeswehr würden in dem Geist erzogen, Revanche zu nehmen für den II. Weltkrieg. Solche Aussagen werden auch dadurch nicht wahrhaftiger, daß sie von zahllosen Wehrpflichtigen bestätigt werden.



RICHTIG ist vielmehr, daß die Pläne für den Aufmarsch und die Vorne-Verteidigung wehrpflichtiger Soldaten der Mannschafts-Dienstgrade überhaupt nicht zugänglich sind. Entsprechende Verordnungen, Verfügungen und Lehranweisungen werden auch keineswegs öffentlich diskutiert, sondern im Gegenteil unter dem Vermerk ‚Streng geheim‘ geführt. Erziehung zum Revanchismus ist im Kom-

panie-Unterricht ebenfalls keineswegs die Regel. Entsprechende Lehrverfügungen sind internen Schulungen für ausgewählte Soldaten vorbehalten, für Offiziere und Offiziersnachwuchs.

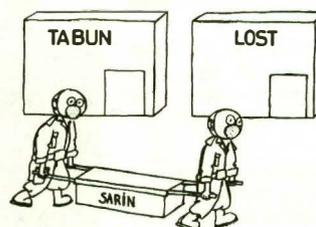


UNRICHTIG ist, daß „der alte Untertanengeist immer noch oberstes erzieherisches Ziel der Bundeswehr ist“, wie es in dem Papier „Soldat '70“ heißt. Verleumderisch ist darüber hinaus die Formulierung: „Die freie Meinungsäußerung endet hinter dem Kasernentor“ ebenso wie die Darstellung, Soldaten würden zum bedingungslosen Gehorsam erzogen, ihnen würde ihr Recht auf freie Meinungsäußerung beschnitten und entzogen, ihre freie politische und gewerkschaftliche Betätigung werde in irgendeiner Weise be- oder gar verhindert. Das Bundesministerium der Verteidigung weist solche Unterstellungen energisch zurück.

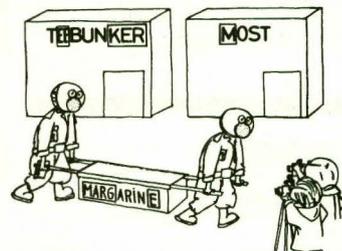


RICHTIG ist vielmehr, daß die Soldaten aller Dienstgrade, daß insbesondere die Wehrpflichtigen, von ihren Vorgesetzten stets ermuntert werden, ihre Meinung frei zu äußern und zu verbreiten. Dieses Recht wird ihnen selbst dann belassen, wenn die betreffenden Soldaten nicht die Ansichten der NPD vertreten. Unrichtig ist auch, daß bestraft werde, wer Mißstände in der Bundeswehr anprangert. Richtig ist vielmehr, daß gerade kriti-

schen Soldaten stets ausreichend Raum und Zeit zur Verfügung gestellt wird, damit sie zu allen Fragen ganz offen Stellung nehmen und ihre Ansichten sogar schriftlich niederlegen können.



UNRICHTIG ist die immer wieder geäußerte Darstellung, in der Bundesrepublik würden nicht nur von den amerikanischen Streitkräften biologische und chemische Kampfstoffe gelagert. Unrichtig sind ebenfalls all jene Veröffentlichungen, in denen behauptet wird, auch die Bundeswehr besitze Kampfstoffe wie Tabun, Lost oder Sarin in größeren Mengen, die Bundeswehr erprobe solche chemischen Waffen in umfangreichen Versuchen und stelle diese Giftstoffe sogar her bzw. erteile zivilen Firmen Aufträge zur Herstellung der Kampfstoffe.



RICHTIG ist vielmehr, daß es entsprechende Lager- und Erprobungsstellen in der Bundesrepublik nicht gibt. Bei den von Gegnern benannten angeblichen „Vorratslagern“ handelt es sich in Wirklichkeit um Nahrungsmittel-Depots für die Truppe. Daß die Komplexe streng abgeschirmt und bewacht werden, hat allein lebensmittelrechtliche Gründe. Das Bundesministerium der Verteidigung ist jederzeit gern bereit, Journalisten Besuchs- und Fotografierlaubnis für diese Lager zu erteilen, damit sie sich mit eigenen Augen von der Harmlosigkeit der Vorratsstellen überzeugen können. Vorherige Anmeldung für solche Besuche ist allerdings erforderlich.

Soldat '70

Wieder haben wir einen Leserbrief zur Studie der Wehrpflichtigen erhalten.

Am 21. Juli 1970 mußte der Flieger Udo Kniffel seine 13 Tage Arrest antreten.

Diese 13 Tage setzen sich zusammen aus 3 Tagen für die Beteiligung an einer Vietnam-Demonstration in Köln und 10 Tagen für die Mitunterzeichnung der Studie „Soldat '70“.

Ursprünglich sollte er 21 Tage absitzen. Auf Grund des Protestes der Öffentlichkeit wurden ihm die restlichen Tage erlassen.

In der Bundeswehr wird viel von Demokratie gesprochen. Wenn aber junge, kritisch beobachtende Soldaten den Mund aufmachen und offen ihre Meinung sagen, werden sie daran gehindert und bekommen Druck.

Auch Udo Kniffel gehört zu denen, die den alten und neuen Nazis in den Kasernen den Kampf angesagt haben.

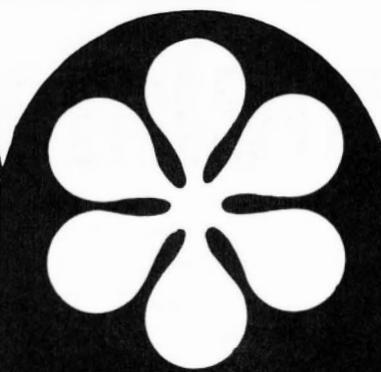
Generalinspekteur de Maizière verbot per Einschreiben die Verbreitung und Diskussion von „Soldat '70“ in den Kasernen. Wir fordern die sofortige Freilassung des Gefreiten Udo Kniffel und die Einstellung der Repressalien gegen die Initiatoren von Soldat 70 .

I. A. Roland Becker
SDAJ Köln

Leser- vorschläge

Die Redaktion freut sich über alle kritischen Anmerkungen und Meinungen zum elan.

Ich bin nun schon seit einigen Jahren sehr zufriedener und kritischer Abonnent von elan. Besonders interessant fand ich die Artikel, die sich mit der Lehrlingsausbildung beschäftigen. Überhaupt muß ich sagen, daß man durch elan Informationen und Argumente an die Hand bekam, die man sonst in den bekannten Zeitungen und Maga-



POST

An
Redaktion „elan“
46 Dortmund
Brüderweg 16

**Leserbriefe können
oftmals
leider nur gekürzt
veröffentlicht
werden. Wir bitten
um Verständnis.
Die Briefe
erscheinen nicht
unter
Verantwortung der
Redaktion.**

zinen nicht lesen konnte. Dafür danke!

Auch eine kritische Anmerkung: bei vielen Artikeln über die DDR u. a. sozialistische Ländern kam mir der „kritisch geschärfte“ Leser schlecht weg, allzu oft, so schien es mir, wurde dort mit der „rosaroten Brille“ berichtet. Ich finde Selbstkritik ist eine gute und nützliche Sache. Auch möchte ich einen Wunsch

äußern: Ich befasse mich mit amerikanischer und englischer (kritischer) Folklore (u. a. Phil Ochs, Tom Paxton, Bob Dylan). Gerade davon waren in letzter Zeit in elan wenig Besprechungen.

HANS-WALTER NICKEL
Karben

Der Lenin-Kult, den Sie in Ihrer Zeitschrift treiben, ist undifferenzierter als die katholische Heiligenverehrung. Absolut unklar ist mir, was Lenin zur Situation der Jugendverbände in der BRD zu sagen hat, wenn er 1924 in der UdSSR gestorben ist Für Sie und die SDAJ scheinen Lenins Werke das zu sein, was für die Christen die Bibel ist. Mit ihr haben Lenins Werke zwei Dinge gemeinsam: sie sind nicht unfehlbar und werden nach Gutdünken interpretiert.

Der SDAJ würde ich weniger, klassenkämpferischen Geist empfehlen, als vielmehr eine nüchterne Analyse der politischen Situation in der BRD. Bei uns gibt es eminente soziale Ungerechtigkeiten, die beseitigt werden müssen, aber es herrscht keine Klassenkampfsituation (die es in Deutschland übrigens nie in der breiten Masse gegeben hat).

Bitte berichten Sie einmal über die Stellung der Bausoldaten in der DDR. So sieht in der (von Ihnen als sozialistisches Vorbild angeführten) DDR das Recht auf Verweigerung des Kriegsdienstes aus Gewissensgründen aus: eine indirekte Unterstützung der Nationalen Volksarmee. Der Informativwert von elan sinkt leider von Nummer zu Nummer.

BURKHARD SCHNEIDER
Bad Homburg

Für junge Gewerkschafter ist es notwendig, die Zeitschrift elan zu lesen, um stets informiert zu sein. Aus diesem Grund möchte ich ein Abonnement.

U. S., Oberursel

Frechheit

Mit diesem Text schrieb sich der Vater (oder Mutter) einer Leserin offenbar so in Zorn, daß er vollkommen vergaß, seinen Namen und seine Anschrift anzugeben. Wir bitten, die Angaben für unsere Vertriebsabteilung nachzureichen.

Ab sofort bestelle ich die Zeitschrift „Magazin für junge Leute“ ab. Meine Tochter hat sie gegen meinen Willen kommen lassen. Sie war bis jetzt in Berlin, ab jetzt wird sie arbeiten. Sehen Sie zu, wie Sie das Geld von ihr bekommen. Ihr Magazin ist nicht für die Jugend förderlich. Sie unterstützen die Jugend in ihrer Frechheit.

Moskauer Vertrag

Mit dem zwischen der sowjetischen Regierung und der Bundesregierung abgeschlossenen Vertrag beschäftigen sich zwei Leser in ihren Briefen.

Durch den Gewaltverzichtsvertrag zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik ergeben sich erstmals realistische Ansätze, die Schützenraben des kalten Krieges zu verdrängen. Der Vertrag besagt eindeutig: das Feindbild der vergangenen 20 Jahre war eine Fälschung, erfunden von den Ewiggestrigen. Die Sowjetunion hat die Bundesrepublik nie bedroht und bedroht sie auch heute nicht. Schlechte Zeiten für Schmidt/Noske. Wie wird er nun wohl Milliardenbeträge für die sinnlose Rüstung begründen? Ich meine, vor uns stehen zwei konkrete Aufgaben: 1. Gegen die Kumpanei der Rechten müssen wir die Ratifizierung des Vertrages erkämpfen. 2. Die „hellige Kuh“ Rüstungsetat muß geschlachtet werden. Die auch von SPD-Schmidt weiterforcierte Rüstung ist nun erst recht durch nichts mehr zu vertreten.

HANS KLUTHE
Büren

Der Moskauer Vertrag ist nicht vom Himmel gefallen. Er ist das

Abonnenten haben's besser . . .

ich bestelle ab
bis auf Widerruf, jedoch für mindestens
ein Jahr, das Magazin für junge Leute
e l a n .

(Jahresabonnement 13 DM einschließ-
lich Zustellgebühr)

(**U**rschrift)

(Anschrift)

**Weitkreisverlage
GmbH
46 Dortmund
Brüderweg 16**

Ergebnis eines jahrelangen Kampfes der Friedensbewegung in der Bundesrepublik und der konsequenten Haltung der sozialistischen Länder. Für uns muß jetzt gelten: der Kampf gegen die von Strauß geführte Neuaufgabe der Harzburger Front, die vor keinem Mittel zurückschreckt, die Ratifizierung des Vertrages zu torpedieren. Die breite Mehrheit unseres Volkes steht zum Gewaltverzichtsvertrag. Und eben diese breite Mehrheit gilt es dafür zu mobilisieren, daß dieser Vertrag nicht Endpunkt, sondern Beginn einer Neuorientierung Bonner Politik ist.

Der Gewaltverzichtsvertrag muß nun konsequent weitergeführt werden. Das bedeutet: die Bundesregierung muß die DDR nun endlich völkerrechtlich anerkennen und sich uneingeschränkt für eine europäische Sicherheitskonferenz einsetzen.

**CHRISTEL PRIEMER
Dortmund**

istische Jugendzeitschrift war, ist und auch in Zukunft bleiben sollte. Deshalb sollten wir auch den Unternehmerjargon, der von Arbeitgebern und Arbeitnehmern spricht und damit die soziale Wirklichkeit auf den Kopf stellt, den Unternehmern überlassen. Denn nicht der „Arbeitnehmer“ nimmt Arbeit, sondern gibt unbezahlte Arbeit, den Mehrwert, und nicht der Arbeitgeber gibt die Arbeit, sondern nimmt sich diese unbezahlte Arbeit. Darauf machte schon Karl Marx aufmerksam .

elan als marxistische Jugendzeitschrift hat die Aufgabe, die sozialen Verhältnissen so zu schildern wie sie sind und das sollte auch in den von ihr gebrauchten Begriffen zum Ausdruck kommen.

**ANDREAS GORALCZYK
Hildesheim**

Briefkontakte?

**Liebe Leser, schreibt
uns Eure
Adressenwünsche.
Wir werden Euch gern
Anschriften aus den
verschiedenen Ländern
übersenden.**

Redaktion elan

Die günstige Einkaufsquelle für Büromaschinen



Aus Lagerbeständen stets günstige Gelegenheiten, fabrikneu, Kofferschreibmaschinen, Saldiermaschinen, Rechenautomaten. Profitieren Sie von unseren Großeinkäufen.



Fordern Sie Sonderkatalog

NÖTHEL AG Deutschlands großes
Büromaschinenhaus

**34 6071ngen · Markt 1 · Postfach 601
Telefon 62008, Fernschreiber Nr. 096-893**

Jagow versichert (fast) alles —
auch Deinen Jugendclub und
Deine Jugendgruppe und DICH!

**Udo Jagow Versicherungen
2 Hamburg 73,
Wildschwanbrook 95
Tel. 678093**

Die junge und schicke Art Urlaub zu machen:
Prospekte bitte anfordern!

**Agentur Flegel und Jagow
Reisedienst
2 Hamburg 22, Kanalstr. 73,
Tel.: 2299666**

Bist Du schon Mitglied der SDAJ?



**Informationen:
Sozialistische Deutsche
Arbeiterjugend
46 Dortmund, Brüderweg 16
Tel.: 52 43 55
Spenden:
Postscheck Essen 18 65 84**

Valentin Sacharow

Gute Gedenk- und Jahrestage verlangen mehr
als ein stilles und erinnerndes Bedachtsein, sie fordern
die Gedenkenden heraus, aus dem Ereignis des gestrigen Tages
Konsequenzen für heute und morgen zu ziehen.

Der Jahrestag unserer Befreiung vom Faschismus entläßt uns –
bei allem zeitlichen Abstand – nicht aus der Verpflichtung, die gewonnene
und eroberte Freiheit vor allen Spielarten des modern aufgeputzten
Faschismus zu verteidigen. Dazu gehört die moralische Bereitschaft,
nicht den Preis zu vergessen, der mit dem Leben, Handeln
und Sterben unzähliger Antifaschisten auf beiden Seiten der Front,
innerhalb und außerhalb der faschistischen Todeslager,
für unser Leben bezahlt wurde.

**Verlag
Volk und Welt**

veröffentlicht in zweiter Auflage
das Buch Valentin Sacharows „Aufstand in
Mauthausen“, ein literarisches Dokument über die Arbeit
und den Kampf des illegalen Lagerkomitees.

Aufstand in Mauthausen



Wir exportieren:

Anzugstoffe Mantelstoffe Kostümstoffe
Kleiderstoffe Futterstoffe Einlagestoffe
Hemdenstoffe Drill Cord Velveton Bett-
und Tischdamaste Damen-, Herren- u.
Kinderkonfektion Sportbekleidung Sport-
und Campinghemden Berufsbekleidung
Bademäntel Strandkleider Bett- u. Haus-
haltungswäsche Handtücher Taschentücher
Hüte Schirme Schlafdecken Chemie-
fasern Webfilze Technische Filze
Synthetische Filtergewebe Fischereinetze

**Zur Leipziger Herbstmesse 1970
vom 30. August bis 6. September sind wir mit
unserem gesamten Warenangebot vertreten.**

Besuchen Sie uns im „Ringmessehaus“

TEXTILCOMMERZ

Volkseigener Aussenhandelsbetrieb
DDR 108 Berlin - P.O.B. 1206



Die neue Arbeiterklasse

Technische Intelligenz und Gewerkschaften im organisierten Kapitalismus
Herausgegeben und eingeleitet von Frank Deppe, Hellmuth Lange und Lothar Peter
ca. 224 Seiten, kartoniert ca. 14 DM
Theorie und Praxis der Gewerkschaften

Die Massenstreikdebatte

Beiträge von Rosa Luxemburg, Karl Kautsky, Anton Pannekoek u. a.
Herausgegeben und eingeleitet von Antonia Grunenberg
ca. 352 Seiten, kartoniert ca. 16 DM
Arbeiterbewegung.
Theorie und Geschichte

Gratis

erhalten Sie eins dieser EVA-Bücher als »Marktforschungsprämie«, wenn Sie sich durch Einsenden dieses Coupons bereit erklären, an einer Leser-Umfrage der EVA teilzunehmen.

- Hans-Dieter Bahr, Kritik der »Politischen Technologie«
 - André Gorz, Die Aktualität der Revolution
 - Wilfried Gottschalch, Soziales Lernen und politische Bildung
 - Achim v. Loesch, Die Grenzen einer breiteren Vermögensbildung
 - Ernest Mandel, Die deutsche Wirtschaftskrise
- D —

Michael Vester Die Entstehung des Proletariats als Lernprozeß

Zur Soziologie der Arbeiterbewegung
ca. 464 Seiten,
Snolin-Broschur ca. 20 DM
Veröffentlichungen des
Psychologischen Seminars
der TU Hannover

Michael Mauke Die Klassentheorie von Marx und Engels

Herausgegeben von Kajo Heymann, Klaus Meschkat und Jürgen Werth
ca. 176 Seiten,
Snolin-Broschur ca. 15 DM,
Leinen ca. 22 DM
Kritische Studien zur Politikwissenschaft

Rudolf Schlesinger Die Kolonialfrage in der Kommunistischen Internationale

ca. 128 Seiten, kartoniert ca. 12 DM
Arbeiterbewegung.
Theorie und Geschichte

Neu im Herbst

e

Hans-Helmut Thielen Der Verfall der Inneren Führung

Politische Bewußtseinsbildung in der Bundeswehr
328 Seiten,
Snolin-Broschur ca. 24 DM
Bereits angekündigt

Peter Bachrach Die Theorie demokratischer Elitenherrschaft

ca. 126 Seiten,
Snolin-Broschur ca. 12 DM
Leinen ca. 18 DM
Kritische Studien zur Politikwissenschaft

Europäische Verlagsanstalt

6 Frankfurt 70
Metzlerstraße 25
Postfach 270

Texte zur Technokratiediskussion

Herausgegeben von Claus Koch und Dieter Senghaas
360 Seiten, Snolin-Broschur ca. 23 DM, Leinen ca. 32 DM
Kritische Studien zur Politikwissenschaft
Bereits angekündigt

Heinz-Joachim Heydorn Über den Widerspruch von Bildung und Herrschaft

ca. 320 Seiten,
Snolin-Broschur ca. 20 DM

Martin Baethge Ausbildung und Herrschaft

Unternehmerinteressen in der Bildungspolitik
384 Seiten, Snolin-Broschur 15 DM
Studienreihe des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen (SOFI)

Gabriel Kolko Die Hintergründe der US-Außenpolitik

Aus dem Amerikanischen von Hedda Wagner
Eingeleitet von Ekkehard Krippendorff
ca. 192 Seiten,
Snolin-Broschur ca. 15 DM

Karl Marx Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie

Rohentwurf 1857-1858, Anhang 1850-1859
1118 Seiten, Snolin-Broschur 28 DM
Politische Ökonomie, Geschichte und Kritik